



Wortprotokoll

der 77. Sitzung vom 17. April 1964

Resoconto integrale

della seduta n. 77 del 17 aprile 1964

IV. Legislatur
IV legislatura
1960 - 1964



CONSIGLIO PROVINCIALE BOLZANO

LANDTAG BOZEN

IV. Legislatura
IV. Gesetzgebungsperiode

SEDUTA 77.^a SITZUNG

17-4-1964

INDICE - INHALTSANGABE

Disegno di legge provinciale N. 150:

„Stati di previsione dell'Entrata e della Spesa della Provincia di Bolzano per l'esercizio finanziario 1964,, - Uscite

Landesgesetzentwurf Nr. 150:

„Einnahmen- und Ausgabenvoranschlag der Provinz Bozen für das Rechnungsjahr 1964“ - Ausgaben

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Rag. Silvio Nicolodi

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

Ore 9.40 Uhr.

NARDIN (Segretario - P.C.I.): (Appello nominale, lettura del processo verbale — Namensaufruf, Verlesung des Sitzungsprotokolls).

PRESIDENTE: Osservazioni al processo verbale? Nessuna. Il verbale è approvato.

Continuiamo con la discussione del bilancio.

La parola all'Assessore Fioreschy.

FIORESCHY (Assessor für Industrie, Handel, Handwerk und Fremdenverkehr - S.V.P.): Herr Präsident, meine Herren Kollegen! Ich habe nicht die Absicht, hier ein Referat genereller Natur über die Wirtschaftslage im allgemeinen zu halten, sondern möchte nur als Ergänzung zu den Ausführungen des Herrn Präsidenten des Landesauschusses in seinem Eröffnungsreferate einiges sagen. Ich behalte mir aber vor, bei eventuellen Anfragen, die im Laufe der Diskussion über die Artikel gestellt werden, näher darauf einzugehen.

Meinen kurzen Ausführungen möchte ich noch etwas vorausschicken. Unsere ganze Tätigkeit im Jahre 1963 war von der rückläufigen Konjunktur überschattet, die man leider in ganz Italien feststellen mußte. Sie wissen, daß die Wirtschaft in Italien in den Jahren 1960 und 1961 einen raschen Konjunkturanstieg zu verzeichnen hatte. Diesen Konjunkturanstieg und seine Auswirkungen haben wir auch hier auf dem industriellen wie auch auf dem handwerklichen und Fremdenverkehrssektor verspürt. Das Jahr 1962 brachte eine überdurchschnittliche Teuerungswelle über das gesamte Land, welche wohl auf die politische Umschwenkung zurückzuführen ist. Dadurch entstand ein nicht ganz unbegründetes Mißtrauen der Privatindustrie und des privaten Kapitals gegenüber der verstaatlichten Industrie. In unserem Lande, wo diese Probleme über unsere Möglichkeiten hinausreichen, konnte dieser Entwicklung nicht ausreichend entgegengetreten werden. Dies hat sich hemmend auf unsere Bemühungen ausgewirkt, bis es dann schließlich zu den Schwierigkeiten der jüngsten Zeit gekommen ist. Es mag ihnen genügen, wenn ich sage, daß das Passivsaldo der Zahlungsbilanz in einem Jahr auf 1,2 Milliarden Dollar angestiegen ist. Die Situation ist im großen und ganzen ernst. Ich wollte diese generellen Voraussetzungen nur machen, um dann später auf einen bestimmten Stillstand, den wir auf allen wirtschaftlichen Sektoren erleben, hinzuweisen.

Weiters möchte ich noch hinzufügen, daß das von mir geleitete Assessorat eigentlich nur auf 2 Sachgebieten primäre Zuständigkeit besitzt und zwar auf dem Gebiete des Handwerks und der Berufsschulung. Auf den Sektoren des Fremdenverkehrs und der Industrie üben wir nur delegierte Befugnisse, auf Grund der von der Region erlassenen Gesetze, aus. Auf dem Gebiete des Handels intervenieren wir nur sporadisch in einzelnen Fällen und versuchen, vermittelnd und fördernd bei jenen Problemen einzugreifen, die an uns herangetragen werden oder auf die wir im Laufe des Jahres stoßen.

Nun gestatten sie mir, ein paar Worte über das Handwerk zu verlieren. Die, wenn auch nicht rasend schnelle Entwicklung auf dem industriellen Sektor hat bei den anderen Wirtschaftsgebieten eine gewisse Kritik hervorgerufen. Von seiten des Handwerksektors ist manchmal behauptet worden, daß durch die Forderungen der Industrie die Entwicklung des Handwerks gehemmt und durch die Industrialisierung die Verfügbarkeit an Arbeitskräften im Handwerk stark vermindert werde. Wie steht es nun in der Praxis? Das Handwerk hat sich im großen und ganzen als lebendig und lebensfähig erwiesen und bedeutet auch weiterhin einen wichtigen Faktor im Wirtschaftsleben Südtirols. Das Handwerk wird zu recht als die erste Stufe der Industriewirtschaft angesehen: Eine breite Basis von Kleinbetrieben, die alle nach höheren Betriebsstufen streben, in keiner Weise von der Industrie erdrückt werden, ja, sie im wesentlichen sogar ergänzen und daher einen wichtigen Produktionsfaktor im gesamten Wirtschaftsleben einnehmen. Diese Feststellung, glaube ich, muß getroffen werden, um hier gewissen Befürchtungen entgegenzutreten.

Sie wissen, daß wir gewisse Krisenerscheinungen im Handwerk feststellen haben. Diese Krisenerscheinungen werden hauptsächlich durch die Struktur hervorgerufen, denn die Struktur des Südtiroler Handwerkes ist in der Hauptsache durch die Vielzahl von Klein- und Kleinstbetrieben gekennzeichnet. Die wichtigsten Faktoren zur Förderung des Handwerks sind: Kreditbeschaffung, Strukturverbesserungen, Modernisierungen der Produktion und dadurch bessere technische Vorbereitung, Markterschließung und Marktforschung und schließlich, durch Abhaltung von Kursen, die Berufsertüchtigung der Unternehmer selbst. Und alle unsere Maßnahmen waren auf die Verwirklichung dieser Voraussetzungen ausgerichtet.

Was den Kredit anbelangt, haben wir feststellen müssen, daß die Förderungsmaßnahmen zur Vergrößerung der Betriebe dazu geführt haben, daß eine jährlich steigende Tendenz zu Anlagekrediten feststellbar war. Wir haben eine jährliche Zunahme von

zirka 30% feststellen können. Im Jahre 1963 wurden insgesamt 394 Gesuche um Gewährung von Zinsenbeiträgen eingebracht, von denen 367 bewilligt und 12 abgewiesen wurden. Die Inanspruchnahme der Kredite hat ein Volumen von 932 Millionen Lire erreicht. Die fachliche Aufgliederung wird vielleicht auch interessant erscheinen. Den Hauptsektor bilden die Holzverarbeitenden Betriebe: hier wurden 114 Anträge mit insgesamt 274 Millionen Lire erledigt. Gleich darauf folgt der Lebensmittelsektor mit 172 Millionen Lire, der metallverarbeitende Sektor mit rund 152 Millionen Lire.

Die zahlenmäßige Aufgliederung der Gesuche ist folgende: von den 367 Gesuchen betreffen 114 die Holzverarbeitung mit einem Kreditvolumen von 274 Millionen, darauf folgt der Lebensmittelsektor mit 46 Gesuchen und 172 Millionen, der metallverarbeitende Sektor mit ebenfalls 46 Gesuchen und 152 Millionen Lire, das Baugewerbe mit 63 Anträgen und 120 Millionen, dann kommen die anderen Sektoren, die den Rest darstellen. Diese fachliche Aufgliederung ergibt gleichzeitig einige Anhaltspunkte und Hinweise über die zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten des Handwerks in unserer Provinz. Dabei ist interessant, daß der Großteil der beanspruchten Kredite, ganze 911 Millionen, das sind 96% des gesamten Kreditvolumens, für den Neubau, die Erweiterung, den Umbau von Werkstätten sowie zum Ankauf von Maschinen und Werkzeugen diente. Das heißt also, daß sie als Anlagekredite verwendet wurden. Nur 20 Millionen, also 4%, wurden als Betriebskredite zum Ankauf von Verarbeitungsmaterial verwendet. Die Schwierigkeiten, die naturgemäß damit verbunden sind, müssen auch hervorgehoben werden. Die Hauptschwierigkeit bei der Kreditbeschaffung lag in der Vergangenheit in der Hauptsache darin, für den einzelnen Handwerker die nötigen Garantiemöglichkeiten, also die nötigen Bürgen zu finden. Ich kann hier ankünden, daß wir zu diesem Zwecke beim Landesauschuß bereits ein Gesetz über die Bildung einer Kreditgarantiegemeinschaft ausarbeiten, um der Handwerkerschaft auf diesem Gebiete entgegenzukommen. Wir hoffen, daß wir dieses Gesetz noch im Laufe dieser Legislaturperiode einbringen können. Natürlich sind diese Kreditgesetze von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage abhängig, wir hoffen jedoch, daß sich die Lage auf dem Kapitalmarkt zumindest in den nächsten Monaten verbessern werde. Ich mag vielleicht etwas zu optimistisch sein, aber man soll in diesen Dingen auch nicht einen allzu großen Pessimismus walten lassen. Das ist die Lage auf den Kreditsektor.

Der Herr L. Abg. Avancini hat in der allgemeinen Diskussion den Umstand beklagt, daß die Gewährung der Handwerkskredite, wenn ich richtig ver-

standen habe, geraume Zeit in Anspruch nimmt und sich manchmal bis zu vier Monaten verzögert. Die Lage ist etwa folgende. Allgemein muß man hervorheben, daß durchschnittlich von der Einbringung des Gesuches bis zur Erledigung höchstens zwei bis drei Monate vergehen. Es sind Ausnahmefälle, wenn die Erledigung länger dauert. Diese Ausnahmefälle sind meistens darauf zurückzuführen, daß entweder gewisse Unterlagen fehlen oder verspätet eingebracht werden. Der prozedurale Gang der Gewährung dieser Handwerkskredite ist folgender: Die Gesuche werden von einer Kommission überprüft, die in der Regel einmal im Monat zusammentritt. Falls aber eine größere Anzahl von Gesuchen vorliegt, wird die Kommission etwas früher einberufen. In der darauffolgenden Woche kommen die Gesuche vor den Landesauschuß, wo sie genehmigt werden. Der Beschluß muß kopiert werden, kommt an die Anschlagtafel und sodann zum Rechnungshof. Dieser bürokratische Gang erfordert in der Regel sechs bis sieben Wochen. Glauben sie, ich bin selber bemüht, die bürokratischen Formalitäten nach Möglichkeit und Tunlichkeit auszuschalten, um den Leuten entgegenzukommen. Auf Grund der Erfahrungen in den letzten Jahren sind wir dazu übergegangen, bei gewissen Gesuchen die Konsistenz der Anfrage zu kontrollieren, d. h. wir lassen Kollaudierungen vornehmen. Es ist Gott sei Dank nicht häufig vorgekommen, daß Kredite für Arbeiten gegeben worden sind, die dann effektiv nicht ausgeführt wurden und daß diese Kredite für andere Zwecke verwendet wurden. Daraufhin haben wir die Behandlung solcher Fälle sofort eingestellt. In zweifelhaften Fällen sind wir daher gezwungen, Kontrollen und Kollaudierungen durchzuführen. Ich glaube, das ist die Aufgabe einer korrekten Verwaltung und auch ihre Pflicht, diese Dinge zu kontrollieren. Das bringt verständlicherweise manchmal eine Verzögerung mit sich, die auch einige Wochen ausmachen kann, weil der Techniker oft nicht sofort in der Lage ist, diese Kollaudierung vorzunehmen. Die Durchführung dieser Kollaudierung nimmt auch 10 bis 14 Tage in Anspruch. Ich behalte mir vor, auf das Problem des Handwerkskredites noch näher und ausführlicher einzugehen. Bei der Behandlung des angekündigten Gesetzentwurfes werden wir noch reichlich Gelegenheit haben, darüber zu diskutieren.

Was die Struktur des Handwerkes anbelangt, so habe ich bereits einleitend gesagt, daß sie in der Hauptsache durch die Kleinheit der Betriebe, durch die Klein- und Kleinstbetriebe, gekennzeichnet ist. Das gibt vielfach Anlaß zu Krisenerscheinungen, denn das Einkommenvolumen eines solchen Kleinbetriebes liegt manchmal sogar unter dem Durchschnittseinkommen eines Spezialarbeiters in der In-

dustrie. Eine Änderung dieses Zustandes ist durch zwei Maßnahmen angestrebt worden: Zunächst einmal, durch den Versuch der Rationalisierung der Betriebe und durch die Förderung der Produktivitätssteigerung der einzelnen Betriebe darauf einzuwirken, daß sie eine Vergrößerungstendenz aufweisen. Andererseits durch den unternommenen Versuch eines genossenschaftlichen Zusammenschlusses solcher Betriebe. In den letzten Jahren sind vier solche Versuche gestartet worden. Der älteste Versuch — vielleicht ist es interessant, wenn man dies erwähnt — war derjenige, der in der Stadt Brixen durch den Zusammenbruch eines Industriebetriebes entstanden ist. Diese Arbeiter wurden zu einer Tischlereigenossenschaft zusammengefaßt. Die Struktur ist eine andere als im Idealfall einer Handwerksgenossenschaft, denn hier arbeiten die einzelnen Handwerker in einem einzigen Betrieb zusammen und bilden das Räderwerk dieses Betriebes selbst. Der Betrieb ist jetzt, nach einigen schweren Jahren, aus den Anfangsschwierigkeiten heraus. In diesen Betrieben gibt es aber laufend Schwierigkeiten organisatorischer Art. Ich muß sagen, der Idealfall eines Genossenschaftsbetriebes ist er nicht. Es besteht auch die Tendenz, diesen Betrieb als Handwerksbetrieb aufzulassen und ihn als einen regulären Industriebetrieb weiterzuführen.

Die drei anderen Versuche sind anderer Natur und schon von Grund auf anders gestaltet. Hier haben sich einzelne Handwerksbetriebe zu einer Genossenschaft zusammengeschlossen. Die Geschäftsführung der Genossenschaft ist bemüht, die Aufträge zu sammeln, auf die einzelnen Betriebe zu verteilen und den Absatz wieder kollektiv zu veranstalten. Ich muß sagen, diese Versuche, die in unserer Provinz erstmalig sind, sind zum Teil ermutigend, zum Teil weniger ermutigend gewesen. Ich glaube, daß wir auch hier aus den ersten Schwierigkeiten heraus sind und das der Weg für die Zukunft, speziell für unsere Kleinbetriebe, sein wird. Wir können, Gott sei Dank, auch auf Erfahrungen in anderen Gebieten zurückblicken. Wenn wir die Lage in Italien selber betrachten, so haben wir gewisse Vorbilder in der Romagna, in der Emilia; andere speziell in der Schweiz, wo gerade auf dem Handwerkssektor eine ähnliche wirtschaftliche Struktur wie bei uns feststellbar ist. Wir können in einem etwas vergrößerten Ausmaße auch auf Vorbilder in der Bundesrepublik blicken. Auf diesem Gebiete müssen wir äußerst vorsichtig und langsam vorgehen, denn Fehlschläge und eine verfehlte Politik auf diesem Sektor könnten zu schwerwiegenden Rückwirkungen führen. Der Vertrauensschwund ist einer der gefährlichsten Feinde, der bei der Genossenschaftsbildung auftreten kann. Schon das Menschenmaterial als solches ist schwer

zusammenzuführen, vielleicht muß auch das noch gesagt werden, denn jeder Handwerker ist ein Eigenunternehmer. Er hat sich seinen Betrieb durch eigene Kraft aufgebaut und ist daher in der Hauptsache ein Individualist. Das liegt in der Natur der Sache. Wenn sich nun ein Eigenunternehmer einer Genossenschaft anschließt, bedeutet das eine disziplinierte Unterordnung unter eine zentrale Leitung. Das führt manchmal, auch psychologisch gesehen, zu verschiedenen Schwierigkeiten. Diese Schwierigkeiten müssen überwunden werden. Ich muß sagen, speziell in einem Falle kann der Versuch als gelungen betrachtet werden. In den anderen Fällen, glaube ich, haben wir den Tiefstand schon erreicht, so daß ich nun abschließend sagen kann, daß wir auf diesem Wege weitergehen müssen.

Was die Modernisierung und die technische Verbesserung der einzelnen Betriebe anbelangt, so sind vom Landesausschuß Maßnahmen gefördert und finanziert worden, speziell im Hinblick auf Wettbewerbe, die im Zusammenhang mit dem nationalen Gewerbeförderungsinstitut durchgeführt wurden. Dieses hat uns manchmal durch eine teilweise Betriebsberatung auch die Apparaturen und Unterlagen zur Verfügung gestellt.

Die Betriebsberatung ist ein Sektor, auf den wir, meines Erachtens, in Zukunft ein erhöhtes Augenmerk richten müssen. Im Hinblick auf das menschliche Material sind hier unseren Möglichkeiten Grenzen gesetzt. Bei uns fehlen die entsprechenden Techniker. In Einzelfällen haben wir in der Vergangenheit auf Fachleute zurückgegriffen, die wir teilweise aus Deutschland, aus Österreich oder aus dem Centro della Produttività in Rom geholt haben. Naturgemäß sind aber diese Kräfte, obwohl es sich um sehr wertvolle und wissenschaftlich vorgebildete Elemente handelt, nicht immer dazu geeignet, den einfachen Handwerker auch entsprechend anzusprechen, weil die Vorbereitung und Konzeption dieser Berater meistens allzu hoch ist. Ihre Meinungen sind vielfach auf Verhältnisse ausgerichtet, die in der Größenordnung weit über den unseren liegen. Daher müssen wir, meines Erachtens, unbedingt versuchen, in Zukunft den Sektor der Betriebsberatung dadurch zu fördern, daß wir einen eigenen Kader von Betriebsberatern auf den verschiedenen Sektoren zusammenstellen. Ich denke, daß wir uns hier weitgehendst auf die Berufsschule stützen können. Unsere Absicht wäre es, eine Auswahl von Fachlehrern, die praktisch in der Berufsschule als Lehrmeister tätig sind, zu Betriebsberatern auf dem technischen und auf dem betriebswirtschaftlichen Sektor heranzubilden. Diese Lehrkräfte sollen durch entsprechende Schulungen und in den Ferienmonaten durch den Besuch von Kursen

in die Lage versetzt werden, auch dieser Aufgabe nachzukommen.

Eine andere Förderungsmaßnahme, die wir im letzten Jahrzehnt ziemlich intensiv betrieben haben, ist die Markterschließung. Wie sie wissen, beschicken wir jährlich die verschiedenen, für das Handwerk interessanten Messen in Europa. Wir sind jährlich bei der Mostra mercato per l'artigianato in Florenz, bei der deutschen Handwerksmesse in München, die ja schon zu einer internationalen Handwerksmesse geworden ist, vertreten. Die Vergleichsmöglichkeiten auf diesen Handwerksmessen sind außerordentlich groß, denn hier ist das Handwerk der ganzen Welt vertreten. Die Vergleichsmöglichkeiten, die solche Ausstellungen bieten, sind für unser Handwerk für die Ausrichtung der eigenen Qualität und auch für die Preisgestaltung von enormer Wichtigkeit. Das sind in kurzen Worten unsere Hauptsorgen auf dem Gebiet des Handwerkes.

Was die Berufsschulung anbelangt, möchte ich die Herren Kollegen auf den Bericht, den wir hier anlässlich der Vorlage des Haushaltsvoranschlags 1963/64 und 1964/65 eingebracht haben, verweisen. Ergänzend sei dazu noch folgendes gesagt: Wir haben im Schuljahr 1963/64, das nun langsam dem Ende zugeht, 276 Klassen mit insgesamt 5084 Lehrlingen aufzuweisen. Also wieder eine Zunahme im Vergleich zum vorigen Jahre. Das Hauptkontingent dieser Schüler wird in Bozen in der Abteilung Handel, Gewerbe und Industrie unterrichtet, die 99 Klassen mit 1938 Schülern aufweist. Insgesamt werden in Bozen jährlich über 2.000 Lehrlinge geschult. Darauf folgt Meran mit ungefähr 900 Schülern vor dem nächstgrößeren Bezirk Bruneck mit ungefähr 600 Lehrlingen. An 4. Stelle steht Brixen mit etwa 400 Lehrlingen und dann kommen die kleineren Bezirke wie Schlanders und Mals. Wir halten also an folgenden sechs Bezirksorten Berufsschulung: Bozen, Meran, Bruneck, Brixen, Schlanders und Mals. Im nächsten Schuljahr ist eine Zunahme der Klassen — wir werden von 276 Klassen wahrscheinlich auf 285 Klassen hinaufkommen — vorgesehen: 62% werden dem Handwerk und der Industrie und etwa 38% dem Handel, inklusive Gastgewerbe, angehören.

Offen steht noch, und das wollen wir in diesem Jahre während der Sommerferien klären, der Ausbildungssektor der Industriehrlinge. Hier herrscht noch eine Konfusion, weil die Figur des Industriehrlings in unserer Provinz neu ist. Auf dieses Fachgebiet werden wir während der heurigen Sommerferien unser Hauptaugenmerk richten, so daß wir im kommenden Schuljahr reine Industrieklassen einrichten können. Die Meinungen der Herren Pädagogen und der Experten gehen hier weit auseinander.

Die einen sagen, die Industriehrlinge müßten dieselbe Ausbildung wie der Handwerkslehrling genießen, währenddem die anderen sagen, der Industriehrling brauche nicht diese gründliche Ausbildung, denn er wird ja nur für einen bestimmten Handgriff oder für eine ganz bestimmte Arbeit gedrillt und braucht demzufolge nur die notwendigsten Kenntnisse auf diesem Gebiete aufzuweisen. Es wird Gegenstand eines Studiums sein, wie wir uns hier in Zukunft ausrichten werden. Bis jetzt sind die wenigen Industriehrlinge, die wir in unseren Berufsschulen ausgebildet haben, wie Handwerkslehrlinge behandelt worden.

Es wurde hervorgehoben, daß wir in unserer Berufsschule einen befriedigenden Stand erreicht haben; ich muß aber auch sagen, wir haben noch lange nicht den Höchststand erreicht. Dieser Sektor ist in ständiger Entwicklung begriffen und naturgemäß in vielen Dingen noch zu verbessern. Die Möglichkeiten sind erstens einmal durch die technischen Voraussetzungen, die mit dem finanziellen Sektor verbunden sind, begrenzt. Die technischen Voraussetzungen für eine gute Berufsschulung, und speziell die Berufsschulung muß sich immer mehr auf die Praxis ausrichten, sind die Schulen und die Lehrwerkstätten mit deren modernster Einrichtung. Das sind Kostenfragen und diese kann das Land nur sukzessive und stufenweise verwirklichen. Sie sehen, daß im heurigen Haushaltsjahr, speziell in den Kapiteln, wo von Darlehen gesprochen wird, einige 100 Millionen für die Erstellung neuer Berufsschulen und die Ausstattung von Lehrwerkstätten vorgesehen sind.

Eines unserer größten Sorgenkinder ist zur Zeit die neue Berufsschule in Bozen, die speziell den italienischen Sektor betrifft und auf ungefähr 600 Millionen zu stehen kommt. Die Entwicklung ist, kurz gefaßt, folgende: Das Land hat seinerzeit in der Rovigostraße einen Grund von ca. 8.000 m² für die Erstellung dieser Schule angekauft und auch ein Projekt ausarbeiten lassen. Dieses Projekt ist dann nach einigen Schwierigkeiten vor die Baukommission der Gemeinde gekommen. Diese war aber der Ansicht, daß das Projekt, so wie es war, nicht genehmigt werden könne, weil es im Ausmaße zu groß erscheine, die umliegenden Bauten irgendwie erdrücke und für diese Zone gewissermaßen einen Störungsfaktor bedeute. Die Lösung wurde dann in einem Abkommen gefunden, das zwischen Land und Gemeinde im Hinblick auf die zukünftige Schulbaugestaltung der Stadt Bozen getroffen wurde. Mein Kollege Zelger könnte darüber nähere Auskünfte erteilen, aber im großen und ganzen möchte ich, was meinen Sektor anbelangt, sagen, daß in die Rovigostraße nicht mehr die Berufsschule hinkommen soll, sondern das italienische wissenschaftliche Lyzeum

und das italienischsprachige klassische Lyzeum. Die gesamten Berufsschulen des italienischen Sektors sollen nun in der Zone des ex-Gil-Gebäudes errichtet werden. Das ist ein internes Abkommen, das zwischen den Assessoren der Stadtgemeinde Bozen und unserem Schulassessor getroffen und dem Landesauschuß zur Kenntnis gebracht wurde.

In der Zwischenzeit sind zwei Berufsschulen fertiggestellt worden, und zwar die Berufsschule in Bruneck, die heuer schon teilweise in Funktion getreten ist und im kommenden Herbst voll funktionieren soll, und die Berufsschule in Schlanders, die in kurzer Zeit fertiggestellt sein wird. Dadurch sind wieder zwei Einrichtungen geschaffen, die sich zum Wohle unserer arbeitenden Jugend auswirken werden. Soviel über den Stand der Dinge auf diesem Sektor.

Nun gestatten sie mir noch, kurz auf den Industriesektor, der vielleicht einer der interessantesten ist, einzugehen. Wie ich schon anfangs gesagt habe, ist die zweite Hälfte des Jahres 1963 und die ersten Monate des Jahres 1964 durch eine allgemeine Stasis gekennzeichnet. Dieser fast komplette Stillstand der Nachfragen ist in der Hauptsache auf die gesamte Konjunkturlage auf diesem Sektor zurückzuführen. Bei den Betrieben, welche sich bereits in Bau befinden, ist die Lage folgende: in Bau begriffen und zum Teil auch fertiggestellt sind 51 Betriebe, davon wurden 43 Betriebe neu erstellt und 8 Betriebe erweitert. In diesem Zusammenhang ist folgender Umstand interessant, den ich hier vielleicht besonders hervorheben möchte, daß irrtümlich auch im Bericht des Regionalassessors und in der Presse behauptet wurde, diese Betriebe seien ausschließlich ausländischer Herkunft. Die tatsächliche Lage ist folgende: von diesen 51 Betrieben sind 20 ausländischer Herkunft und die übrigen 31, davon 16 neue, inländischer Herkunft. Man kann also nicht sagen, daß der größere Teil ausländischer Herkunft sei.

Was das Arbeitspotential anbelangt, kann ich sagen, daß sich die Zahl der Neueinstellungen in diesen Betrieben auf ca. 1.100 beläuft. In der Endphase der Entwicklung dieser Betriebe ist ein Arbeitspotential von etwa 4.020 Arbeitsplätzen vorgesehen.

In diesem Zusammenhang darf ich noch auf etwas hinweisen. Ich möchte zu den Ausführungen des Industriecassessors in der Region weiter nichts hinzufügen. Darüber ist schon eingehend gesprochen worden. Manchmal wird an dieser Industrialisierung Kritik geübt. Man sagt, daß das viel zu schnell ginge. Auf der einen Seite beklagt man sich, daß es im Vergleich zur Provinz Trient viel zu langsam gehe und auf der anderen Seite behauptet man, es ginge viel zu rasch, da sich dieser Strukturwandel negativ auf die anderen Wirtschaftssektoren, die Landwirtschaft

und vor allem den Fremdenverkehr auswirke. Ich glaube, daß das Ergebnis bis heute wirklich nicht so überwältigend ist, daß es wegen der zu schnellen Entwicklung Anlaß zu Sorge bietet, denn in zweieinhalbjähriger Entwicklung sind potentiell 4.000 Arbeitsplätze geschaffen worden. Vergleichen wir nun die Abwanderungszahlen aus unserem Lande, die wir schätzungsweise auf rund 2.000 beziffern können, so können wir bei Gott nicht behaupten, daß diese Entwicklung zu rasch ginge. Bis heute wären wir bei dieser Entwicklung nicht imstande gewesen, die Zahl der abgewanderten Arbeiter vollkommen aufzusaugen. Weiters wäre noch zu sagen, daß die Lage in der Zukunft immer drückender wird, denn das Planungsamt weist in seiner Vorlage einen jährlichen Arbeitskräftezuwachs von 3.700 bis 4.000 auf. Wenn das stimmt, müssen wir sagen, daß wir noch einigermaßen in Verzug sind. Die Landesplanung sieht bis zum Jahre 1975 — ich spreche hier von den Berichten, die uns als Ausschußmitglieder in der Zwischenzeit vom Planungsamt zugekommen sind — ein „Soll“ für die Schaffung von 20.000 Arbeitsplätzen vor. Wenn wir dieses „Soll“ erfüllen sollen — es mögen theoretische Zahlen sein, die vielleicht auf Grund arithmetischer Errechnungen entstanden sind —, so müssen wir uns noch stark dahinterhalten, damit wir mit dieser Entwicklung Schritt halten können. Wir sind Gott sei Dank, und wollen das auch immer betonen, eine Bevölkerung, die einen starken jährlichen Geburtenüberschuß aufweist. Dieser große Geburtenüberschuß erzeugt für uns gewisse Probleme. Wenn wir nicht imstande sind, durch Schaffung von Arbeitsplätzen die Leute im Lande zu halten und wir jährlich diese Abwanderungszahl feststellen müssen, dann wird der Geburtenüberschuß automatisch neutralisiert. Dann befinden wir uns als kleine Volksgruppe tatsächlich auf dem Todesmarsch. Das ist eine sehr wichtige Feststellung und ich glaube, wir müssen unsere Kräfte in Zukunft immer mehr auf dieses Gebiet konzentrieren. Ich möchte damit gesagt haben, daß die wirtschaftliche Entwicklung bei uns, in bezug auf Schaffung neuer Arbeitsplätze, nicht so schnell ist, daß sie eine Gefahr für die anderen Wirtschaftszweige bedeuten könnte. Im Gegenteil! Wir müssen in Zukunft sogar bestrebt sein, unsere Bemühungen zu intensivieren. Soviel über den Industriesektor.

Was das Gebiet des Handels anbelangt, so habe ich schon eingangs erklärt, daß die Interventionen des Assessorates nur auf Vorkommnisse konzentriert waren, die an uns herangetragen worden sind oder auf die wir selber gestoßen sind. Unsere Hauptsorge hat sich in den letzten Jahren auf zwei Gebiete konzentriert. Da ist vor allem das Gebiet des Kleinhandels zu erwähnen, wo durch die Schaffung der soge-

nannten Supermarkets neue Verkaufsmethoden eingeführt worden sind. Das hat bei den Kleinhändlern, speziell der Lebensmittelbranche, eine berechtigte Sorge hervorgerufen. Deshalb ist es auch zur Einreichung des Gesetzes über die Supermarkets gekommen. Sie kennen das Schicksal dieses Gesetzes. Es wurde von der Zentralregierung rückverwiesen. Es entzieht sich meiner Kenntnis, ob der Regionalausschuß nun bereit ist, dieses Gesetz neuerdings einzubringen. Beim Kleinhandel besteht die Sorge weiterhin. Die Einwendungen, die von der Regierung gemacht worden sind, sind ganz klar: man dürfe sich den modernen Verkaufsmethoden nicht verschließen, wir dürfen hier nicht rückständig sein. Deshalb kam es auch durch die Schaffung von Verkaufsringen verschiedentlich zu Zusammenschlüssen. Ob sich diese Zusammenschlüsse zum Segen oder zum Nachteil auswirken werden, wird die Zukunft beweisen. Jedenfalls ist die Spannung auf diesem Gebiete noch lange nicht abgeflaut.

Auf den Großhandelssektor ist, was unsere Hauptprodukte Obst und Wein anbelangt, schon mein Kollege Assessor Dr. Brugger eingegangen. Ich will nicht wiederholen, was er schon gesagt hat. Was die Obstproduktion und damit naturgemäß den ganzen Obsthandel betrifft, möchte ich betonen, daß auf diesem Sektor vor allem die Qualitätssteigerung angestrebt werden muß, denn durch die sukzessive Anwendung der Bestimmungen des gemeinsamen Marktes der EWG kommen wir in immer größere Konkurrenzschwierigkeiten. Auf die Dauer kann sich nur die Qualität durchsetzen. Wir wissen aber, daß die Qualität nur durch verfeinerte Produktionsmethoden erreicht werden kann. Die Produktionskosten des Obstes sind schon enorm hoch und deshalb fehlt hier in der gesamten Kette ein Glied, und zwar das der Verwertung des überschüssigen Obstes. Unser Hauptaugenmerk auf diesem Sektor muß in Zukunft darauf ausgerichtet sein, das überschüssige Obst minderer Qualität zu verwerten. Das Land hat vor zwei oder drei Jahren schon mit einigen Millionen zum Studium dieses Problems beigetragen. Die Genossenschaften und die Händler haben sich zusammengeschlossen, um dieses Problem zu studieren. In der Zwischenzeit ist in der Region durch Gesetz eine Studienkommission ernannt worden. Ich nehme an dieser Studienkommission nicht teil, aber ich weiß, daß man nicht sehr weit gekommen ist. Ich möchte nur nicht haben, daß die Arbeiten auf diesem Gebiete versanden und man wegen bürokratischer Schwierigkeiten nicht vorwärts kommt. Das ist eines der dringendsten Probleme der Großverteilung dieses so wichtigen heimischen Produktes.

Was die Berufsschulung anbelangt, habe ich vorhin noch einen Umstand vergessen. In der Presse

wurde berichtet, daß das Land Berufsschullehrer aufgenommen habe, die nicht den Voraussetzungen entsprächen, ja nicht einmal die entsprechende Schulausbildung besäßen. Ich kann hier ganz offen erklären, daß uns kein einziger solcher Fall bekannt ist. Kein Berufsschullehrer, sei er nun hauptamtlich oder im Auftragswege für das jeweilige Schuljahr angestellt, ist ohne Studientitel. Es wäre auch gar nicht anders denkbar, denn unsere Akten sind, wie sie ja wissen, der Kontrolle unterworfen und werden durch den Rechnungshof genau überprüft. Es wäre nicht denkbar, daß sich solche Elemente einschleichen könnten. Wenn behauptet wird, daß an unseren Berufsschulen Lehrkräfte tätig seien, die nicht die nötigen Voraussetzungen mitbrächten, so entspricht das nicht der Wahrheit.

NARDIN (Segretario - P.C.I.): Anzitutto vorrei fare presente, signor Presidente, che mentre l'Assessore Fioreschy parlava, ho ricevuto un invito per martedì 21 aprile, ore 9.30, per partecipare alla riunione della Commissione finanze. Faccio notare, signor Presidente, che gli accordi intervenuti nella scorsa settimana, per quanto riguarda la conclusione della discussione sul bilancio, furono questi: incominciare lunedì e finire venerdì. Successivamente intervenne il fatto che il dott. Magnago non poteva essere presente e si disse che nel caso di una convocazione del Consiglio per martedì scorso, il bilancio lo si sarebbe concluso martedì prossimo. Si disse: seduta fino ad oggi e si riprenderà martedì. Faccio presente, quindi, che occorre rettificare l'ordine dei lavori predisposto anche dal signor presidente della Commissione finanze, dott. Kapfinger, perché non è oggi che si deve concludere la discussione sul bilancio, essendo intervenuta la sospensione della seduta di lunedì, a causa dell'assenza del dott. Magnago, e la convocazione del Consiglio per martedì. In secondo luogo faccio presente che oggi manca anche l'Assessore Dalsass e pertanto oggi non si può finire la discussione sul bilancio.

PRESIDENTE: L'accordo era di incominciare la discussione del bilancio ancora venerdì scorso, cioè il 10 aprile, e finire oggi. Poi ci si era impegnati a terminare oggi, anche iniziando lunedì; infine si era detto che se non si poteva terminare lunedì 20 aprile, la discussione sarebbe terminata martedì 21. Ieri ho detto che oggi si avrebbe potuto terminare la trattazione del bilancio. Se non si finisce nessuno toglierà la parola a chi vorrà parlare come è previsto dal regolamento.

NARDIN (Segretario - P.C.I.): E' anche per coordinare i nostri lavori, signor Presidente, perché, come dico, manca l'Assessore Dalsass impegnato al

processo di Milano, se non sbaglio. Quindi, non mi pare giusto che a noi ci si imponga, e lo dico questa mattina e non questa sera, di finire ad oltranza la discussione sul bilancio in una situazione anormale.

PRESIDENTE: Ma nessuno vuol fare pressione sulla discussione. Andremo avanti normalmente con i lavori e poi questa sera vedremo a che punto saremo giunti. Se mancherà l'Assessore Dalsass naturalmente sarà necessario rinviare o a lunedì o a martedì la chiusura della discussione.

NARDIN (Segretario - P.C.I.): Volevo chiarire la cosa perché si possa, nel corso della giornata, prendere gli opportuni accordi. Se finiamo oggi è logico che questo darà un'impronta a tutta la discussione anche odierna, in quanto, se ci impegnamo a finire oggi, certi interventi non si potranno fare, perché non è opportuno farli, perché non c'è tempo e così via.

PRESIDENTE: Bastava che vi foste messi d'accordo con il presidente della Commissione finanze e si faceva presto a spostare quella seduta.

KAPFINGER (S.V.P.): Ich habe mir erlaubt, die erste gesetzgebende Kommission einzuberufen, Herr Kollege, und nicht die dritte. Die Finanzkommission ist bekannterweise die dritte Kommission. Gleich darauf ist der Herr L. Abg. Avancini gekommen und hat gefragt: „Was, die Finanzkommission ist einberufen und ich weiß nichts?“ Zur Finanzkommission gehört nämlich auch er.

Gestern ist hier offiziell durch den Präsidenten des Ländtages mitgeteilt worden, daß wir heute auf alle Fälle die Bilanz beenden. Ich habe mich beim Herrn Präsidenten des Regionalrates erkundigt, ob nächste Woche Regionalratssitzungen stattfinden werden, was er verneint hat.

Nun, wir haben Gesetze auf der Tagesordnung, die eine gewisse Vordringlichkeit haben. Der zuständige Assessor hat schon lange gewünscht, daß wir das kleine Gesetz über die Regelung des Friseurgewerbes behandeln. Wie sehr das Personalgesetz auf Erledigung wartet, wissen wir alle; es soll auf 1. Jänner rückwirkend sein. Bevor dieses Gesetz nicht von der ersten Gesetzkommission behandelt wird, kann es auch von der Finanzkommission nicht behandelt werden. Auch diese muß es behandeln, da es sich um 190 Millionen Mehrausgaben handelt. Wenn wir dem Personal in ein oder zwei Monaten die Möglichkeit geben wollen, in den Genuß dieser Besserstellung zu kommen, dann müssen wir möglichst bald beginnen, denn später gehen wieder die Regionalratssitzungen los. Also, nachdem die nächste Woche zur Verfügung steht, habe ich mir erlaubt, die Kom-

mission einzuberufen. Die Abkommen, Herr Kollege Nardin, die von den Gruppenführern getroffen worden sind, hat man mir nicht mitgeteilt. Von diesen weiß ich nichts. Ich habe die Kommission einberufen, weil ich geglaubt habe, daß es unsere Pflicht ist, die kommende Woche mit Arbeiten auszunützen. Wenn es nicht stimmen sollte, daß heute die Bilanz abgeschlossen wird, dann ist die Einberufung selbstverständlich hinfällig.

NARDIN (Segretario - P.C.I.): Sulla relazione dell'Assessore Fioreschy ci sarebbe molto da dire, data la vastità degli argomenti e l'interesse degli argomenti stessi. Vorrei fare anzitutto una constatazione ed un'osservazione al tempo stesso. La struttura dell'Assessorato Industria, Commercio, Turismo e Artigianato non mi pare più adeguata alle circostanze. A mio parere si dovrebbe formare un Assessorato alla Industria, all'Artigianato, all'Addestramento professionale e all'Istruzione professionale che costituisce un tutto unico, e le materie del Turismo e del Commercio disgiungerle da questo Assessorato, così pletorico per competenze e per l'esercizio di funzioni delegate anche dalla Regione. Quindi, bisognerebbe anche rivedere la cosa, perché qui noi siamo partiti con una certa struttura a suo tempo, quando venne istituita la Provincia, e siamo andati avanti di questo passo. Il Presidente della Giunta provinciale delegava vari Assessori a determinate materie, e si è andati avanti così. Oggi bisognerebbe trasformare questo Assessorato concentrando in uno unico l'Industria, l'Artigianato, l'Istruzione professionale e l'Addestramento professionale, mentre il Turismo e il Commercio formerebbero un altro Assessorato ad hoc. Questo mi pare che bisognerebbe vedere. Non dico che si debba farlo quest'anno, ma per la prossima legislatura bisognerebbe che si rivedesse un po' tutta la faccenda, perché soltanto in questa maniera, unificando meglio tutte le materie che costituiscono un complesso unico, si consentirà un più razionale intervento e una più razionale politica da parte dello Assessorato competente.

L'Assessore Fioreschy, parlandoci della situazione economica e delle sue prospettive, ad un bel momento ha affermato che si può essere pessimisti o ottimisti. Egli in genere tende ad essere ottimista. Sta bene, non gli faccio nessun appunto al riguardo, perché è meglio essere ottimisti che pessimisti, anche se qualche volta un eccessivo ottimismo, quale quello, ad esempio, del Presidente della Giunta regionale Dalvit a proposito della situazione economica, può costituire un vizio nell'azione politica in genere. Però io considero che il migliore ottimismo si possa realizzare con le iniziative più idonee, con una politica sempre più efficace ed efficiente. Facciamoci una doman-

da, e mi lego un po' anche alle discussioni fatte in Consiglio regionale non molto tempo fa a questo proposito: possiamo considerare l'azione di politica economica svolta in alcuni settori fondamentali: Industria, Artigianato e così via, dalla Regione e dalla Provincia? Parlo di Regione e di Provincia perché in parte siamo corresponsabili dell'azione e della politica regionale e in parte la Giunta provinciale esercita funzioni amministrative della Regione in base alla delega. Ci si potrebbe rispondere con molti argomenti circa la positività di una parte dell'azione svolta, però dobbiamo ammettere che almeno in Alto Adige non siamo riusciti in questi anni di crescendo economico, e parlo degli anni passati, ad approfittare della situazione. Purtroppo il tasso di incremento delle attività industriali nel Trentino-Alto Adige è stato inferiore a quello medio di alcune zone dell'alta Italia. Questo d'altra parte è anche comprensibile se consideriamo la particolare ubicazione della nostra regione, e il fatto che la nostra regione era notevolmente impreparata a recepire una politica industriale con un elevato tasso di incremento e di sviluppo. Ma dobbiamo anche ammettere che in Alto Adige noi abbiamo perso appunto gli anni migliori, soprattutto a causa delle circostanze politiche che conosciamo. E non soltanto a causa di queste, ma anche della politica, perché non è soltanto il riflesso diretto o indiretto degli atti dinamitardi, e quindi dello sconcerato che questi creano negli ambienti economici italiani o stranieri o nostrani, che li rende restii ad intraprendere iniziative. Deriva anche dal fatto — e non sto qui, signori della Volkspartei, a rinfacciarvi delle colpe trascorse o degli errori trascorsi, lo dovette ammettere — che quel freno, quella ostilità, quell'associare ad una politica di industrializzazione una paventata snazionalizzazione nei confronti del gruppo etnico sudtirolese, hanno costituito una importante componente per frenare questo sviluppo.

C'è poco da fare, proprio in quest'aula — io ho una discreta memoria e posso sempre riferirmi a dichiarazioni stese a verbale e così via — mi ricorderò sempre e lo ricorderò probabilmente finché campo, c'è stata la dichiarazione di Brugger in risposta al mio intervento: caro Nardin, se i sudtirolesi entrano in fabbrica diventano rossi! Cioè era una questione politica ed ideologica e non fu una semplice battuta! Corrispose e corrisponde ancora in buona parte alle attese e ai presupposti politici ed ideologici di certi gruppi che sono nell'ambito della Volkspartei e del gruppo sudtirolese, ambienti clericali compresi, e di questi forse in prima linea sotto certi aspetti. Corrisponde anche all'atteggiamento che nella politica hanno assunto nel passato i contadini, non in generale, ma certi gruppi dirigenti contadini, che hanno imposto prevalentemente una loro politica di difesa

di certi interessi economici esistenti nell'agricoltura e da loro rappresentati in contrasto con qualsiasi tendenza di sviluppo in altri settori, quale quello industriale ed artigianale in ispecie. Se si fa un bilancio si deve guardare un po' a tutte le componenti e si deve serenamente ed autocriticamente ammettere che questo è avvenuto. Per questo oggi noi risentiamo dell'attuale stasi, non dovuta soltanto all'attuale congiuntura, perché anche ponendo l'attuale congiuntura di mezzo e risalendo al recente passato, ai tre anni trascorsi prima della congiuntura, nei quali si è registrato il cosiddetto boom economico, o miracolo economico, si registrerebbero dei dati deprimenti al riguardo, anche considerando la situazione precedente a questi anni, che può rappresentare un dato positivo, in quanto un certo sviluppo si è registrato. L'Assessore Fioreschy ci ha indicato delle cifre abbastanza chiare — 4.020 saranno gli addetti nuovi assunti quando le aziende saranno in funzione. Ma questo non significa neanche tener dietro l'incremento naturale della mano d'opera industriale, considerando le nuove leve nel settore industriale nel senso naturale, cioè figli di operai o di appartenenti a ceti che quasi naturalmente, in parte almeno, andranno nell'industria, e considerando quel fenomeno, lento ma inesorabile, di spostamento di popolazione dall'agricoltura ad altri settori, parte della quale preme verso il settore industriale e quello artigianale. Pensate: 4.020 unità! E questo si realizzerà tra qualche anno, tra l'altro; è inevitabile, perché nell'industria nulla s'improvvisa in quattro e quattro otto. Ma questo sta a dimostrare, se dovessimo proprio fare un bilancio e dare delle definizioni, un notevole fallimento della politica di sviluppo industriale in Alto Adige, perché è di fronte ai dati, alle cifre, che noi dobbiamo arrestarci e concludere con un giudizio sia politico che economico. Quindi, come in sede regionale non siamo stati soddisfatti della politica fatta ed enunciata, altrettanto si deve dire qui, e, guardate, non con malanimo o altro, ma proprio esaminando freddamente una realtà.

E questo sviluppo — ne ho già parlato qualche altra volta — va ancora considerato sotto un altro profilo: dobbiamo considerare che gli operatori economici locali hanno sentito scarsamente il richiamo per investimenti nel settore industriale. Dobbiamo ammetterlo! Buona parte, più della metà dello sviluppo industriale in Alto Adige, deriva dall'investimento di capitale straniero, particolarmente di capitale tedesco e corrisponde ad una linea di espansione economica e commerciale che è propria della Repubblica federale tedesca. La Repubblica federale tedesca in questi anni ha registrato una notevole espansione industriale grazie a particolari circostanze: investimenti di capitali stranieri nella stessa Germania, che

hanno mantenuto una linea di investimento che era stata iniziata ancora nel primo dopoguerra della guerra 1914-1918. Ricorderemo sempre che non a caso durante la guerra, mentre l'America, l'Inghilterra e la Germania erano in guerra, i dividendi della Faber-Industrie e di altri settori che registravano capitale americano ed inglese, venivano distribuiti ai soci americani, tedeschi ed inglesi in un Paese neutrale, cioè in Svezia o in Svizzera. Non a caso questo è avvenuto. Ad ogni modo, lì c'è stata questa particolare circostanza, ci sono le risorse della Germania, c'è anche una particolare capacità organizzativa imprenditoriale propria dei tedeschi — bisogna riconoscerlo — e tante altre considerazioni. Però in questi anni in Germania, pur mantenendo una linea rigida sul piano politico, per quanto riguarda i rapporti con determinati blocchi o Paesi, si è visto che sotto sotto la Germania è ai primi posti nel commercio con l'Unione Sovietica ed il mondo orientale, con certi settori del Medio-Oriente, con settori asiatici. Per non parlare anche di una certa conquista del Sud-America da parte di certe industrie tedesche, automobilistiche in primo luogo, fatta con molta perizia, con molta spregiudicatezza ed abilità da insegnare a molti nostri imprenditori italiani, che si sono accorti più tardi che c'era un mondo nuovo da conquistare dal punto di vista commerciale, vedi Europa orientale, vedi altri Paesi. Questa era una necessità, perché ad una notevole espansione industriale e produttiva, guai se non corrisponde logicamente una espansione commerciale, altrimenti si è in crisi di sopra-produzione e ne nasce una delle crisi cicliche a suo tempo tanto decantate anche da Carlo Marx soprattutto nel manifesto dei comunisti, collega Bruggen, quel manifesto che Lei una volta sapeva a memoria per volontà o per necessità, non so. Quindi, era logico che in questa situazione di ricerca di mercati e di nuove zone d'investimento la Germania operasse, e operi soprattutto nel Nord-Africa, nel Medio Oriente, non proprio soltanto per vendere, ma per impiantare industrie. Ed era logico che anche in Alto Adige altrettanto avvenisse, soprattutto dopo i richiami del dott. Magnago e di altri signori, che poi quando vanno al processo di Milano dicono che non sono mai andati a parlare, non hanno mai oltrepassato la linea del Brennero ecc., almeno così risulta, perché la fifa fa dire anche questo. Era logico che, in coincidenza con questo interesse di una certa espansione del capitale industriale tedesco, avvenisse anche qui un investimento. Questo fatto deve preoccupare da un punto di vista economico — lascio da parte le considerazioni politiche — perché quando in una determinata zona la maggioranza degli investimenti, per esempio nel settore industriale, che è il barometro ormai di registrazione dell'andamento di un'economia o uno

dei barometri principali, avviene con capitale straniero, evidentemente vi è una situazione anormale. Supponiamo che in Italia la maggioranza degli investimenti avvenisse con capitale straniero: americano, inglese, russo magari ecc. Se dovesse avvenire un fenomeno di questo genere, sarebbe una situazione anormale da un punto di vista economico e politico, perché sarebbe innaturale, cioè non corrispondente alla naturale espansione che deve avvenire nel proprio interno di un paese, sia per quanto riguarda il settore industriale, sia per quanto riguarda anche altri settori. Quando c'è la forzatura esterna, dallo esterno all'interno per quanto riguarda gli investimenti in ogni settore, lì si registra una situazione anormale. Perché, ad esempio, parlando di colonialismo o di neo-colonialismo, un neo-colonialismo inteso soprattutto in senso economico con i suoi riflessi politici, si parla di un fenomeno anormale a questo riguardo, anzi da combattere? Perché si dice che la linea più saggia, più naturale e più giusta è quella di favorire la crescita di iniziative industriali ed economiche in genere in un determinato paese, colonia, ex-colonia o no, basandosi sui fattori naturali di quel paese, sui soggetti e le finanze di quel paese, cioè sulle risorse in genere di quel paese, e qualsiasi forzatura dall'esterno che si chiami aiuto, prestito, che si chiami altro, costituisce un fatto anormale. E' un fatto anormale, per esempio, il prestito americano all'Italia anche recente, necessario o meno, questo non lo discuto, ma è un fatto anormale se lo si considera da un punto di vista economico, che dimostra la difficoltà almeno in un certo momento, nel momento in cui questo avviene, del regime economico di questo paese. In Italia questo avviene. Se non ci trovassimo in difficoltà non saremmo ricorsi alla America per ottenere questo prestito.

Se ne potrebbe discutere molto di questo, perché scrivono addirittura dei volumi sul neo-colonialismo ecc., ma ho sempre pensato che una mezza analogia nei confronti di questo fenomeno, di investimenti provenienti dall'esterno, la dobbiamo purtroppo anche noi fare per quanto riguarda l'Alto Adige. E di fronte poi a certi fatti noi dobbiamo considerare che l'Alto Adige è una via di mezzo tra una ex-colonia, dal punto di vista economico, ed una zona dove, grazie a certe situazioni, conviene un investimento industriale. Se andiamo a considerare poi iniziativa per iniziativa, ci troveremo dinanzi a questo fatto: tutte le iniziative sono speculative ovviamente. C'è la molla dell'interesse e del profitto; chiamiamola speculazione in senso buono, sia ben chiaro, in senso tecnico. Nessuno va ad investire dei quattrini, a rischiare per rimetterci, però c'è speculazione e speculazione. La caratteristica di buona parte degli investimenti provenienti dall'estero, per esempio, in Alto Adige,

è questa: che queste industrie vengono fondate con l'aiuto notevole dell'ente pubblico; ma il tutto viene calcolato sulla base stretta degli anni di ammortamento delle spese fatte. Poi avvenga quello che può avvenire, interessa poco. E' un discorso che qualcuno di questi imprenditori ha già fatto: Insomma, se alla fine dei miei otto o dieci anni le cose andranno bene, va bene, altrimenti i miei soldi investiti me li sarò recuperati, avrò anche avuto un certo profitto nel corso di questi anni e poi anche se la fabbrica dovesse andar male, perché la situazione cambia, perché qua, perché là, non interessa niente; è stato un investimento come quello di uno che porta i soldi in banca o compera titoli obbligazionari o meno, ricava il suo interesse, e alla fine dei nove anni incassa il capitale ed è a posto. E guardate che io non mi scandalizzo per questo. Ma è logico che in questo sistema uno che parte dalla Germania, da Friedrichshafen o da un altro posto e che viene a Lasa o che va nella Pusteria ecc., faccia di questi calcoli, tanto più che non vuole neanche diventare sudtirolese. Non ci tiene; è già germanico, cosa volete che diventi sudtirolese! Ci vorrebbe anche quella. Nessuno dell'alta Italia ci tiene a diventare siciliano o viceversa; forse viceversa può avvenire.

Questa è una questione che dobbiamo valutare non per dire no all'entrata di capitale tedesco o altro, ma per dire che noi dobbiamo rettificare la caratteristica della nostra politica nel settore degli investimenti industriali. Dobbiamo trovare la maniera per sollecitare più fortemente, non soltanto attraverso l'intervento dell'ente pubblico, ma attraverso una adeguata politica generale che favorisce la creazione soprattutto di un migliore ambiente, che stimoli, non impaurisca, l'imprenditore a ricercare magari nuove vie d'investimento. Quindi, questo ragionamento che ho fatto, l'ho fatto per constatare una situazione anormale e per dire che noi dovremo tenerne conto per valutare le prospettive della nostra politica economica soprattutto per quanto riguarda la politica industriale.

Sollecitare le forze locali per me significa dare molto più peso alla funzione dell'artigianato. Io dico che è ora di considerare il settore artigiano in maniera molto più adeguata di quanto non l'abbiamo fatto. Innanzi tutto dobbiamo calcolare la funzione dell'artigianato non soltanto da un punto di vista economico e sociale, ma per la peculiarità dell'artigianato altoatesino, che è una firma importante. L'artigianato va difeso ovunque. Ma non tutto l'artigianato ha la caratteristica, per esempio, dell'artigianato toscano, dell'artigianato della Brianza, sotto certi aspetti, o della Val Gardena per certi altri, anche se non è tutto oro quello che luccica. Di fronte all'opinione pubblica europea, perché così si può dire, l'artigianato

altoatesino e in parte anche quello trentino, ma in maniera più forte quello altoatesino, si è sempre segnalato per una sua peculiarità. Quindi, ha un nome. E' un po' come la storia dei vini. Andate in Europa a chiedere un vino trentino o un vino altoatesino, a offrire ambedue i vini, probabilmente su dieci richieste sette sono per un vino altoatesino, perché ha un nome affermato.

Ora, anche qui consideriamo: abbiamo fatto proprio una politica come Provincia? Non mi pare. Io dico che è ora di considerare l'artigiano non soltanto a parole, ma con i fatti, in maniera diversa, questo complesso economico importante che guai se deperisce. Dico guai se deperisce, perché mentre un'industria alle volte in una congiuntura, che si protrae magari a lungo, può resistere, perché ha altre capacità, per l'artigiano non occorre che duri a lungo una congiuntura sfavorevole per soccombere, per chiudere bottega come si suol dire. Non occorre, perché non ha capitali da parte per resistere, crediti ecc. Basta guardare la vicissitudine della nostra legge sui crediti per vedere quanti ricorrono e quanti tante volte si trovano in difficoltà e devono chiedere rinvii dinanzi a certe scadenze e così via, per considerare un po' adeguatamente la situazione. Quindi, noi dobbiamo trovare la maniera di assicurare all'artigiano le stesse agevolazioni che noi abbiamo predisposto per la industria. In questo io riassumo un po' il mio punto di vista. La piccola e media industria noi la favoriamo attraverso la legge sulle aree, attraverso il credito agevolato, che curiamo anche attraverso il Medio Credito regionale, e attraverso la corresponsione della percentuale prevista dalla legge regionale sulle agevolazioni creditizie. Lasciamo da parte l'anonimato azionario che c'entra e non c'entra, ma consideriamo queste tre cose: signori, queste sono agevolazioni mica da poco se consideriamo in cifre poi queste agevolazioni! Ebbene, per l'artigianato non c'è tutto questo! Poi in base alla legge Colombo per le zone depresse, l'industriale ha addirittura, per nuovi insediamenti, la esenzione decennale per quanto riguarda le imposte di R. M. che è una delle principali agevolazioni, dei principali incentivi nelle zone dove questa legge può operare. L'artigianato non ha tutto questo e ha la necessità più dell'industria di ammodernarsi. Le uniche agevolazioni che ha sono: la legge creditizia della Provincia e i contributi, modesti per altro in linea di massima, che lo Stato eroga attraverso la Camera di Commercio, i contributi per l'acquisto di macchinari ecc. E questi contributi sono anche poca cosa, perché mi pare che in un anno, per esempio, c'erano quattro milioni. Cosa volete fare con quattro milioni in Alto Adige, di fronte a migliaia di artigiani, e soprattutto alle necessità esistenti! Io, pertanto, dico che bisogna arrivare ad una

legge o a leggi provinciali che garantiscano all'artigiano lo stesso complesso di agevolazioni che noi, come Regione, abbiamo garantito ai piccoli e medi industriali. Questa sarà una delle vie più sicure per aiutare l'artigianato, per rafforzarlo e per svilupparlo. Insieme a questo noi dobbiamo, a mio parere, varare una legge — è un po' un discorso che ho fatto già per l'agricoltura sotto certi aspetti — che stimoli la creazione di associazioni artigiane, cooperative o non cooperative, non mi interessa il nome, che stimoli con contributi per quanto riguarda gli impianti, per quanto riguarda l'acquisto di certi macchinari che solo in comune possono essere acquistati, per quanto riguarda l'impianto anche aziendale ex novo e così via.

Giustamente l'Assessore Fioreschy parla di esperienze fatte. Se ben ricordo, dott. Fioreschy, tra noi sono almeno dieci anni che parliamo di queste cose. Si ricorderà i nostri lunghi discorsi in Consiglio, in Commissione, non solo l'anno passato, ma tanti anni passati ancora, e io stesso ho potuto vedere proprio anche in Germania delle cose veramente notevoli al riguardo, e le ho potute vedere anche nell'Emilia dove effettivamente c'è una lunga tradizione che è stata saldamente mantenuta, ma direi modernizzata soprattutto per quanto riguarda le associazioni tra artigiani, impianto di cooperative ecc. Perciò ci vuole una legge che dica questo agli artigiani: guardate, se voi vi associate avrete queste agevolazioni; non soltanto le agevolazioni come quelle che la Regione ha predisposto per la piccola e media industria, ma una agevolazione in più se voi vi assocerete, in quanto molti artigiani, se vogliono uscire dal loro guscio sempre più ristretto, devono associarsi. Lei ha citato buone iniziative, io ne citerò una: quella capeggiata dal Sindaco di Laives, perché è la più vicina forse in linea d'aria. Io ho parlato a lungo con il Sindaco di Laives, perché mi ha interessato. Anzi devo andare a vedere questa azienda un giorno o l'altro, perché fino adesso l'ho vista soltanto dall'esterno e attraverso le dettagliate ed entusiastiche informazioni dell'attuale Sindaco di Laives. Mi è piaciuto perché ho trovato veramente conforto per quanto riguarda le idee sempre da me espresse. Mi ha potuto dimostrare intanto la razionalità della produzione, cioè più artigiani riuniti e non tutti a lavorare lì insieme, sia ben chiaro; poi razionalità di produzioni, impostazioni di piani di costruzioni ragguardevoli, nuovi tipi di mobili, fonti nuove, maggiori di mercato ecc. Io preghe-rei veramente l'Assessore Fioreschy di farci prendere contatto con due o tre di queste situazioni, una tra le quali questa, perché de visu si giudica sempre meglio che non teoricamente attraverso le nostre discussioni. Occorre una più organica politica artigiana da parte nostra e siccome si parla di economia e non si

può sfuggire a certe regole, bisogna mettersi, a mio parere, su questa strada, cioè fare almeno quello che si fa per la piccola e la media industria. In questo senso quindi bisognerebbe pensare anche alle aree artigiane. Noi pensiamo sempre allo sviluppo industriale, pensiamo alle zone industriali ecc.; dobbiamo curare di più, ad esempio, che nel piano di coordinamento provinciale e nei futuri piani regolatori comunali e intercomunali le aree artigiane, per esempio, diventino qualche cosa di importante, non di secondario, messo lì dai Comuni, tanto perché bisogna ricordarsi degli artigiani. Guardate, noi come Provincia possiamo fare di più, perché abbiamo dinanzi il complesso della situazione. Un Comune che registra cinque artigiani o dieci artigiani, sentirà meno il peso di questa particolare categoria. Noi come Provincia invece, avendo le competenze e avendo anche di fronte il quadro complessivo della situazione, nella quale un importante componente è l'artigianato, dal punto di vista economico, noi possiamo fare molto a questo riguardo per indurre anche i Comuni a orientarsi di più in questa direzione, a favorire una politica al riguardo. Insomma, occorre una politica artigiana più organica ed efficiente in questo senso, lasciando, se occorre, certi altri settori che nella Amministrazione provinciale conteranno molto, ma l'avvenire dell'artigianato deve contare molto di più.

Per quanto riguarda la consulenza aziendale, Assessore Fioreschy, io mi permetterei di dire questo: è giunto il momento di esaminare se non convenga istituire un vero e proprio ufficio della Provincia di consulenza tecnica, con una équipe di tecnici, parte dei quali sarà in pianta stabile, parte dei quali sarà a contatto, in base alla collaborazione — ci saranno dei professionisti che non potranno dedicare tutto il tempo —. Dovrebbe essere un ufficio vero e proprio, il quale magari abbia un decentramento almeno a Merano e così via, ma che sia vicino agli artigiani in base ad un sempre più frequente e migliore aggiornamento delle proprie conoscenze, perché in questo campo, come nel campo industriale, c'è sempre da imparare. Bisogna tenersi aggiornati, come fanno i medici un po' nel campo medico, ma occorre soprattutto che questo ufficio abbia un orientamento che discenda da un orientamento di politica economica generale che la Provincia assume. E' la Provincia che deve orientare gli artigiani sul piano produttivo e quindi questo ufficio può essere di enorme importanza. Fino adesso sono stati compiuti parecchi sforzi al riguardo, avvalendosi della collaborazione di diversi tecnici, o amministrativi o tecnici veri e propri, ma bisogna, a mio parere, se vogliamo fare una più organica e più efficiente politica artigiana in futuro, anche avere questo strumento indispensabile di consulenza tecnica con il quale la Provincia fa una sua

politica anche in direzione dell'artigianato. Magari questo ufficio potrebbe essere corredato o aiutato da un comitato consultivo nel quale ci siano rappresentanti degli artigiani, e non soltanto di questi, ma anche di altre categorie, di altri enti, che possano avere una certa attinenza col settore. Allora ci sarebbe un ufficio della Provincia, che dipende dall'Assessore all'artigianato, ed in più ci sarebbe questo comitato che coadiuva questo ufficio e la Provincia e si riuscirebbe ad avere anche un più organico legame con la categoria.

Credito. Assessore Fioreschy, è indispensabile che noi studiamo il problema, cioè quello di chiedere la istituzione presso l'istituto regionale di medio credito di una sezione di credito artigiano. Non è possibile pensare che l'artigiano, che ha gli stessi problemi del piccolo industriale, sia pure con le dovute proporzioni, debba ricorrere al sistema creditizio attuale verso l'artigiano, perché è insufficiente. L'artigiano deve godere del medio e lungo termine. Anche questa è una delle condizioni indispensabili per difendere l'artigianato, per svilupparlo. Quindi, istituzione presso il medio credito — dobbiamo trovare un accordo in questo senso con lo Stato e con la Regione — di una sezione per il credito artigiano, in quanto soltanto pochi artigiani possono giungere al medio credito, artigiani cioè che sono diventati dei piccoli industriali, come, per esempio, le cooperative artigianali che praticamente sono diventate delle piccole industrie. Così gli artigiani potranno meglio rivolgersi a questa sezione, anziché attingere dai fondi generali del medio credito, anche singolarmente. Quindi, bisognerà, a mio parere, studiare questo problema, perché con il sistema vigente l'artigianato non è sufficientemente difeso. Neanche la legge creditizia della Provincia, per quanto buona sia, può supplire con il contributo che dà a queste necessità di fondo.

Parlando della situazione industriale, signor Assessore Fioreschy, vorrei rammentarLe questo: Lei ha parlato di stasi, di certe difficoltà, e va bene. Sarebbe stato più completo se avesse parlato anche di quello che avviene nel settore industriale in Alto Adige. Mi riferisco alle condizioni in cui si trovano lavoratori maschi e femmine nelle fabbriche, perché ne abbiamo già parlato ancora, e non faccio altro che riferirmi perciò a quei discorsi e a ribadirli: sono condizioni salariali insufficienti e condizioni di vita e di lavoro inammissibili, in certi casi incivili. Lei stesso ha potuto rendersene conto in più di un'occasione. Questo riguarda certi imprenditori, non voglio generalizzare, certi imprenditori italiani e certi imprenditori sudtirolesi, i quali trasformano le loro fabbriche in caserme, e qualche volta in qualche cosa di peggio, dove la dignità umana viene ogni giorno calpesta, dove uno veramente non trova in alcun modo

un ambiente dove può esercitare la sua professione liberamente. E' un problema che deve preoccuparci, questo delle condizioni umane, perché nessun progresso tecnico potrà realizzarsi e non ci sarà nessun sviluppo economico serio e costante, se non sarà accompagnato da una sufficiente istruzione professionale, ma soprattutto anche da uno sforzo per garantire all'interno delle aziende condizioni di vita e di lavoro sufficienti, in linea con la Costituzione, con i diritti e la dignità del cittadino.

Ma tralasciamo questo problema e piuttosto vediamo alcuni problemi, che sembrano gravi, che si stanno prospettando anche nella grande industria altoatesina. Ci potrà essere qualcuno cieco e sordo che avrà piacere il giorno in cui qualche grossa azienda della zona industriale dovrà chiudere i battenti, avrà piacere per una ragione di astio, di odio etnico, per varie ragioni politiche. Non ho voluto dire che uno assommi tutte queste cattive volontà, perché ci possono essere varie ragioni, però riconosciamo che se una crisi di una grossa industria si prospettasse a Bolzano o in qualsiasi parte dell'Alto Adige, questo creerà una situazione anche dal punto di vista politico sempre più difficile. Supponiamo che 1000 operai della zona industriale di Bolzano rimangano magari un domani senza lavoro. Voi vedrete come la situazione politica si accenderà, perché questo sarà uno dei principali pretesti per scatenare da una e dall'altra parte la lotta politica in senso magari etnico: gli italiani magari contro i tedeschi ecc., con le inevitabili speculazioni e polemiche e quindi con il peggioramento di tutta la situazione. Voi sapete bene come sia facile dall'una o dall'altra parte suscitare risentimenti e orientarli, da un punto di vista politico, verso determinati obiettivi: e per il problema della casa e per il problema del lavoro ecc., anche se ad onor del vero c'è più coscienza di una volta in molti partiti politici e c'è più senso di responsabilità perché questo non avvenga. Ma sarà inevitabile che ad una crisi nel settore delle fabbriche ne consegua un peggioramento della situazione politica. Ebbene, nella zona industriale ci sono alcune avvisaglie di crisi, che io mi permetto di rammentare anche a Lei, Assessore Fioreschy, a tutta la Giunta e a tutto il Consiglio, perché è un problema che riguarda tutti. Si ha un bel dire: io sono sudtirolese e non m'interessa! Tutti dobbiamo interessarci, perché su tutti ricadrà non soltanto la responsabilità, ma il riflesso negativo di una eventuale situazione di peggioramento.

La Feltrinelli, con la nuova costruzione dello stabilimento di Cremona, probabilmente chiuderà, e, malgrado pressanti richieste fatte anche dagli organi regionali oltre che dai rappresentanti dei lavoratori, verso la direzione di questo stabilimento sia locale, sia centrale, i lavoratori non hanno ancora avuto il

piacere di conoscere quale sarà la loro sorte quando lo stabilimento chiuderà o altro. Quando chiuderà lo stabilimento Feltrinelli cosa succederà? Ci saranno subito centinaia di disoccupati e l'ente pubblico li avrà nelle sue braccia: Comune di Bolzano, in primo luogo, Regione e Provincia. Ecco, tanto per dire, come l'ente pubblico deve interessarsi di questi problemi, perché dall'oggi al domani se li può trovare nelle braccia con tutto il peso sociale e con tutte le conseguenze politiche che è facile presumere in Alto Adige, e a Bolzano in ispecie.

Alla Lancia: la Lancia sta facendo una strana politica, una politica che può essere definita attraverso questi principali lineamenti. Si è cambiata la direzione, a suo tempo, dopo il passaggio dell'azienda nel gruppo Pesenti, e grazie a questo passaggio ne è discesa proprio un'azione all'interno della fabbrica maccartista a dir poco. La situazione è diventata intollerabile e al riguardo, Assessore Fioreschy, sarebbe utile conoscere tutti gli autolicensing che sono intervenuti, i licenziamenti volontari, a parte quelli disposti dal padrone, alla Lancia in questi anni. Al processo di Milano sarebbe stato interessante che il cosiddetto rag. Colla avesse spiegato questi dati, ma si è trovato fortunatamente per lui dinanzi a degli avvocati come il Gartner, Sand ecc. i quali, ho molto rispetto per le loro persone, sono veramente poco abili come avvocati. Hanno la fortuna di essere in un ambiente sudtirolese dove i clienti glieli buttano nelle braccia dalle finestre. Guardate, se gli avvocati avessero preso il Colla, che si dà tante arie da eroe nei caffè o dietro la sua scrivania, se lo avessero stretto alle corde come hanno cercato di fare ieri col dott. Benedikter, mi pare riuscendoci, perché non è uscito molto in fatto di orientamento dal processo di Milano dopo l'intervento del nostro Assessore all'edilizia, e gli avessero fatto spiegare la reale situazione della Lancia ne sarebbe venuto fuori un quadro che avrebbe confortato anche certe vostre tesi politiche, signori della Volkspartei. Se io fossi stato al posto del Gartner, che fa tanto il damerino e il bellimbusto, senza averne poi molta capacità, avrei fatto spiegare al Colla, sulla base di precisi elementi, la situazione all'interno della Lancia per quanto riguarda i rapporti con i lavoratori di lingua tedesca ed i lavoratori di lingua italiana, e ne sarebbe venuto fuori un quadro realistico e veritiero, che avrebbe dimostrato anche la giustizia di certe vostre tesi. Non quelle di fondo contro tutto ecc. ecc., ma di certe vostre tesi di critica verso determinati ambienti di operatori di lingua italiana. Ma queste cose non le sanno fare, perché quando hanno letto ed imparato a memoria l'Accordo di Parigi e qualche discorso del dott. Magnago o qualche intervista sulla "Deutsche Soldaten-Zeitung", mi pare che non vadano oltre i vostri avvocati in quel

di Milano. Fortuna per voi che ci sono altri avvocati di lingua italiana che tengono alto il prestigio professionale, e la capacità politica anche, che si deve dimostrare in questi frangenti. Ma alla Lancia, per ritornare alla Lancia dopo questa parentesi, c'è una situazione che, Lei vada a vedere a dati, ha comportato in questi anni i licenziamenti volontari di molti lavoratori qualificati e specializzati, che, di fronte al trattamento riservato da questi eroi dell'Italia, se ne sono andati. Hanno detto: ma io sto qua a fare il servo di questo o di quest'altro? Me ne vado! Vado in Germania piuttosto, vado a Torino, vado da altre parti! A centinaia si sono licenziati, a centinaia nel corso di questi anni si sono licenziati per questa ragione! Per fortuna c'è la mano d'opera di lingua tedesca che ha rimpiazzato e rimpiazza, perché questi operai sono più allenati a certi trattamenti, a certe discipline, e provengono da situazioni più arretrate da un punto di vista economico e a loro pare di poter stare ancora discretamente fino a quando non si evolveranno e sapranno lottare anche loro come hanno lottato in questi anni, magari rimettendoci di persona, molti bravi lavoratori della Lancia.

Ma prescindendo da questo, le prospettive della Lancia quali sono? Ho sentito parlare di querele a questo o a quell'altro organo di stampa, che avevano pubblicato voci allarmistiche sulla situazione produttiva e commerciale di questa azienda, ed ho letto, anche con una certa sorpresa, una dichiarazione, firmata dalla commissione interna, di solidarietà con la direzione della Lancia, nel vivo di queste polemiche. Però non è con le querele e con gli articoli di stampa e con le dichiarazioni delle commissioni interne o meno che si risolve una situazione economica. Sta di fatto che la Lancia da un po' di tempo sta preoccupando le maestranze perché c'è una certa stasi, c'è una certa crisi per quanto riguarda le vendite e così via. Tanto è vero che sono intervenuti alla Lancia riduzioni d'orario e tante altre misure che per ora possono anche non allarmare eccessivamente. Però il fatto che, ad esempio, anche recentemente a tutti noi sia stata inviata da parte dei segretari della Camera del Lavoro, e non credo che la CISL o la UIL la pensi diversamente, una lettera in cui ci si spiegava la situazione che si stava verificando alla Lancia. Si esprimeva la preoccupazione e si chiedeva un interessamento da parte dei consiglieri regionali e provinciali, questo è sintomatico. Non vorrei fare l'allarmista, perché spero e auguro che queste aziende prosperino, vadano avanti e diano lavoro, anche modificando il regime interno e tante altre cose, e auspico anche una maggiore partecipazione nella gestione, non attraverso l'azionariato operaio, ma attraverso proprio la gestione dei rappresentanti dei lavoratori, e mi trovo d'accordo col compagno on. Lombardi in que-

sto auspicio. Ma senza fare dell'allarmismo, c'è però da esprimere in questa sede responsabile una grave preoccupazione, perché se un domani intervenissero crisi, che alla Lancia abbiamo già dovuto registrare nel passato, l'ente pubblico si troverà in braccio automaticamente questi problemi e l'ambiente politico verrà immediatamente turbato, data anche la particolare situazione altoatesina, gruppi etnici ecc. Eppure la Lancia è stata una delle aziende aiutate anche dalla Regione, per me — l'ho detto anche personalmente all'Assessore Albertini — in maniera irregolare. Fingere di aiutare la società Viberti, quando ormai era stata da tempo assorbita dalla Lancia, e dire: considero la società Viberti a sè stante e non considero tutto il complesso Lancia, per me è stata una irregolarità chiarissima, perché quella non è una piccola o media industria. Ad ogni modo non vengo a farne una questione e non l'ho fatta neanche in Consiglio regionale, perché se i soldi vengono indirizzati anche in un settore non propriamente piccolo o medio, questi servono per far superare una certa situazione. Insomma, è inutile stracciarsi le vesti. Non sono questi gli scandali di cui è ammalata l'Italia purtroppo, gli scandali sono ben altri. Perciò non ne faccio una questione. Ma, io dico, li abbiamo aiutati con questi risultati?! L'ente pubblico si è impegnato a versare dei milioni, e adesso abbiamo una situazione preoccupante, e speriamo che non sia una avvisaglia di crisi, perché la Lancia ci ha abituati più volte, nel corso di questi anni, a queste crisi, che hanno scoccato l'opinione pubblica e creato per gli enti pubblici dei gravi problemi.

Allora, Assessore, interessiamoci anche della zona industriale, ma positivamente, costruttivamente, per almeno seguire la situazione. Lasciamo da parte la diatriba politica al riguardo, perché allora si dovrebbe scomporre mezza Europa se si dovesse andare ai regimi trascorsi e alle loro opere. In Germania che cosa si sarebbe dovuto fare perché tutto ricordava il nazismo?! Lasciamo da parte questa diatriba politica, su cui ci siamo già abbondantemente pronunciati sia voi che noi, e noi obiettivamente ammettiamo il fine politico di quella iniziativa, ma economicamente parlando se è una buona iniziativa la dobbiamo ammettere come obiettivamente positiva. Tralasciando questo quindi e considerando cosa rappresenta la zona industriale nella economia della nostra provincia, io dico: preoccupiamoci, vediamo, insieme con la Regione, di seguire più adeguatamente questa situazione e prevedere cosa fare, ad esempio, dinanzi ad una Feltrinelli se un domani chiuderà o meno. Questo noi dobbiamo cercare di fare, e dove non riusciamo noi, per il fatto che ci chiudono le porte i signori industriali, sempre pronti poi a venire a chiedere contributi per le cose più strane e diverse,

andiamo e chiediamo che ci sia un intervento dello Stato al riguardo, perché noi abbiamo il diritto di essere informati circa la situazione economica delle industrie dell'Alto Adige, appunto per i problemi politici e sociali che essa crea ai partiti e agli enti pubblici, Provincia in prima linea. Il problema della zona industriale voi l'avete sempre voluto vedere in base a schemi storico-politici e non avete invece pensato, neanche in Regione, per quanto si abbia cercato di farvelo capire, che alcune produzioni della zona industriale di Bolzano avrebbero potuto dar luogo in questi anni passati, se si fosse studiato più adeguatamente il problema, a successivi impianti complementari per la lavorazione di questi prodotti, i quali vengono portati allo stato grezzo altrove e lavorati in quella sede. In parte questo si sarebbe potuto anche risolvere magari spendendo all'inizio il doppio per questi impianti, ma vedete come il tutto avrebbe rappresentato una tendenza naturale di sviluppo. Dove c'è una grossa industria, ad esempio, che produce allo stato grezzo certi prodotti, ci dovrebbero essere poi degli impianti industriali che passano al secondo ciclo di lavorazione servendosi di questi prodotti; questa è la tendenza più naturale. La zona industriale ci deve interessare anche da questo punto di vista e perciò dobbiamo vedere che cosa sia possibile fare un domani al riguardo. Ma metto l'accento particolarmente sulla preoccupante situazione di vario ordine e grado, che in qualche azienda si sta creando.

Poi c'è il problema della Magnesio per quanto riguarda l'approvvigionamento di energia elettrica. Anche questo dovrà essere seguito facendo bene i conti, perché il discorso della Magnesio è anche valido in questa fase, in quanto logicamente non si può passare da un regime ad un altro con un divario eccessivo di cifre per quanto riguarda il costo dell'energia elettrica. Questo è ben chiaro. D'altra parte anche la tendenza a dire che bisogna pagare la nazionalizzazione dell'energia elettrica in quanto a un interesse superiore bisogna subordinare un interesse minore, vale in linea generale. Non sempre però è valido questo ragionamento, perché in questo caso si tratta di un'azienda che merita un sostegno. Quindi bisognerà fare i conti; almeno per un certo periodo di tempo bisognerà arrivare ad una soluzione come quella che si sta realizzando e che sia non troppo negativa da un lato o dall'altro, ma intermedia. Poi si vedrà. Anche l'ENEL, a mio parere, dovrà proporsi, se un domani ci sarà un piano di programmazione, una politica differenziata per quanto riguarda le tariffe, perché se si vuole uno sviluppo industriale più accelerato in Italia bisogna anche fare una politica ancorata ad una differenziazione tariffaria, altrimenti non è più un elemento di sostegno e di stimolo la

politica dell'energia. In una fase in cui si vuole sviluppare un'industria o altre attività economiche, bisogna che tra gli incentivi ci sia anche la politica energetica. L'ENEL oggi ha un diagramma nazionale di utilizzazione, per cui può dare l'energia allo stesso prezzo dappertutto perché ha una diversa situazione di mercato, in quanto è un monopolio o quasi, perciò l'ENEL dovrà un domani proporsi, in corrispondenza col piano di programmazione, una politica differenziata, senza rimetterci, ma aiutando le industrie, aiutando anche lo sviluppo industriale. E in questo senso penso che si potrà risolvere la situazione. E' logico però che anche i signori dirigenti della Magnesio, cioè, meglio dire, non tanto i dirigenti, che sono appena i portavoce del magnate dello zucchero, ma il signor Montesi — è chiamato il re dello zucchero — deve comprendere che l'ente pubblico potrà fare la sua parte, a scopi sociali soprattutto, ma anche egli dovrà tagliare i propri profitti o, meglio dire, superprofitti perché alla Magnesio si può parlare, se non in questo momento, ma per un certo periodo passato, di superprofitti.

Chiudo sulla zona industriale: bisogna che la Provincia non consideri la zona industriale un satellite negativo, ma la consideri da un punto di vista politico e di politica economica, collegata con la situazione economica locale, in maniera più seria e più adeguata. Non è in una posizione critica nei confronti di un importante settore economico quale questo, che si può risolvere o aiutare a risolvere il problema dell'Alto Adige! Ci sono 6000, 7000 lavoratori, parte dei quali anche sudtirolesi, ed auspico che l'espansione industriale, anche in quel di Bolzano come dappertutto, favorisca sempre più l'entrata di lavoratori di lingua tedesca. Ci sono problemi di economia, ci sono problemi per gli enti pubblici, che un domani si troverebbero dinanzi a delle autentiche catastrofi se questi settori o parte di questi settori cedessero. Quindi non ci deve essere più né la indifferenza, né addirittura qualche cosa di peggio da parte del nostro ente in questa direzione, anche se, a stretto rigore, non abbiamo la precisa competenza, Assessore Fioreschy. Qui noi facciamo della politica, dobbiamo presiedere alla politica in generale e in questa una parte importante l'ha anche la situazione economica e lo sviluppo della zona industriale.

Tra le ultime cose quella della organizzazione commerciale supermarket. Dirò semplicemente questo: o ci si metterà sul piano di favorire e di stimolare la creazione di sbocchi commerciali, almeno nei due centri maggiori, creati soprattutto da produttori per arrivare al dettagliante servendosi di tutte le strutture e sovrastrutture che l'ente pubblico ha predisposto: magazzini-frigidaire ecc., se no sarà l'eterno discorso che di fronte al carovita, di fronte al super-

market ecc., ci porterà sempre a considerare come vinti questi problemi, questi fenomeni. I discorsi che abbiamo fatto tante volte qui e fuori di qui valgono anche questa volta.

Di turismo Lei non ne ha parlato questa volta. Dirò che ribadisco i miei discorsi fatti in Regione. C'è bisogno di novità nel turismo altoatesino, e c'è bisogno anche di un certo rinnovamento del gruppo dirigente che presiede il turismo nell'Alto Adige, che non riesce a forzare l'incrostazione un po' tradizionale della politica turistica. Per me c'è bisogno di novità, e in questo mi riallaccio ai discorsi che abbiamo fatto un po' tutti in Regione, per quanto riguarda la creazione di un migliore ambiente, l'operare per zone turistiche, il collegare alla politica turistica altri settori: lavori pubblici, impianti funiviari e così via. C'è bisogno di questo, perché il turista deve trovare un migliore ambiente, perché come in altri campi si evolve il gusto, anche nel campo turistico c'è una evoluzione continua per quanto riguarda le esigenze. Oggi il turista, se non trova tante volte il telefono in stanza, se ne va; se non trova la stanza col bagno se ne va. Dice: vado in un altro posto dove queste cose le trovo allo stesso prezzo. Se il turista trova una zona bella finché si vuole, ma non provvista di quelle elementari comodità e di quegli incentivi al divertimento, modesti, ma abbastanza moderni, non rimane soddisfatto. Il nostro turismo — basta guardare l'elenco di tutte le infrastrutture esistenti — risente di questo. Altre zone, vedi Val Gardena, Ortisei, sono state per me rovinate, perché non si sono fatte le previsioni urbanistiche in questa zona. Ortisei è diventata una cittadina caotica, Selva in parte lo è diventata soprattutto sulla strada. Non c'è da meravigliarsi se pensiamo che razza di amministratori ci sono a Selva — un Sindaco che non viene neanche sospeso dalla Giunta provinciale malgrado abbia parecchie topiche con la magistratura —, se pensiamo alle vicissitudini dell'amministrazione comunale di Ortisei, dove c'è ora un Sindaco che favorisce il turismo, ora un Sindaco che non lo vuol favorire ecc.; tolte alcune zone che sono state in parte rovinate, come la Val Gardena, noi abbiamo una situazione che veramente non può soddisfarci. Quindi una politica in questo senso deve essere veramente fatta. Ma poi c'è sempre l'eterna faccenda: al turista sarà sufficiente questo? Dinanzi alla concorrenza che esiste, e non concorrenza soltanto in fatto di prezzi, ma concorrenza determinata dal fatto che in altre zone non molto lontane a parità di prezzo si riesce a fornire un ambiente migliore al turista stesso, sarà sufficiente questo?!

Allora ecco perché io insisto sempre sulla tessera turistica a favore dei turisti che porti il turista ad avere dei vantaggi in base al soggiorno, dei vantaggi

per quanto riguarda, per esempio, la frequenza degli spettacoli, l'uso delle autolinee, l'acquisto per un certo quid di prodotti dell'artigianato, l'uso degli impianti funiviari ecc., impianti oltretutto che vengono gestiti grazie anche ai contributi dell'ente pubblico. Quindi facciamo un cartello tra le varie categorie interessate, come gli albergatori, commercianti, artigiani, imprese di autolinee, imprese funiviarie, facciamo un cartello e diciamo che possiamo garantire al turista questi sconti o questo quid di vantaggio ecc. E' una cosa questa che si sta già realizzando in alcune parti della Svizzera, sotto altri aspetti. Io credo che l'iniziativa debba essere impostata così, e che debba essere adeguatamente propagandata, perché ormai il tema, Assessore Fioreschy, delle Dolomiti e del Garda è un tema che val sempre la pena di propagandare, ma ereda pure, è abbastanza conosciuto, perciò dobbiamo trovare delle novità. Per me, per captare delle maggiori correnti turistiche, bisogna fare la politica che abbiamo auspicato in Regione, per quanto riguarda la creazione di un migliore ambiente e di migliori strutture ed infrastrutture turistiche, ma soprattutto aggiungerci anche un incentivo che è quello di dire: caro turista, italiano o straniero — straniero in ispecie, perché quando uno va all'estero conta di più i soldi di quando è in Italia —, se vieni, oltre ad avere un bel ambiente, avrai anche questo in più, che altre zone per intanto non ti danno. Uno di noi che va all'estero, in genere conta di più i soldi, perché essere lontani da casa e rimanere con pochi soldi può creare degli spiacevoli episodi; essendo invece in Italia e rimanendo con pochi soldi si dice: beh, sono vicino a casa. Voi sapete come i turisti tedeschi in ispecie contano i soldi! Basta andare in un qualsiasi caffè o in un qualsiasi ristorante quando pagano il conto, per vedere come misurano le loro lirette ecc., perché hanno fatto i loro calcoli, ed il calcolo principale è quello di prolungare il più possibile il soggiorno nel nostro Paese. Bisogna mettersi perciò su un piano più moderno di iniziative e di impostazione della nostra politica turistica e della stessa propaganda. La Provincia, per esempio, per quanto riguarda la tessera turistica, potrebbe svolgere una importante funzione per le conseguenze che ha e soprattutto per le conoscenze ed i legami naturali che ha con le categorie che possono cartellizzarsi, potrebbe creare un cartello per realizzare la tessera turistica.

Ancora due cose ed ho finito. Il museo del vino: non capisco perché la vostra lotta di fazioni comporti certi episodi anche nella nostra provincia. Il museo del vino — sappiamo come è sorto e per iniziativa di chi è sorto — è una bella istituzione. Non sarà una istituzione di quelle da fare epoca in Alto Adige, ma è una bella istituzione. Mi ricordo che il Presidente

della Provincia di Siena, al quale ebbi a mandare — me lo richiese — del materiale al riguardo, rimase molto bene impressionato a sentirmi parlare del museo del vino, perché disse che poteva fare altrettanto in provincia di Siena dove c'è una tradizione un po' analoga a quella dell'Alto Adige. Goethe ha cantato i vigneti dell'Alto Adige, ma ha cantato anche altri vigneti dell'Italia, ed insieme a lui hanno cantato anche tanti altri cantori le nostre bellezze della nostra economia nei secoli scorsi. E' un'istituzione che, pur non essendo chissà che cosa, rappresenta qualche cosa di vivo, che ci lega un po' a questa tradizione passata, che non è facile ritrovare in altri ambienti. Tra l'altro, la Provincia ha competenze primarie al riguardo e, strana cosa, si dà il contributo, ma non si vuol fare una legge per istituzionalizzare questo contributo. Perché? Il perché lo sappiamo. Questo non lo si deve tanto a Lei, Assessore Fioreschy, tuttavia Lei è uno della Giunta, e noi sappiamo come si trasformano certi Suoi colleghi allorché si affrontano certi argomenti, lo sappiamo che discorsi sereni vengono fatti da parte di certi Suoi colleghi. Ora, non è giusto che per una questione di fazione si tenga in una situazione così anormale una istituzione che merita il nostro interesse e, tanto più che da anni ormai ricorre nel bilancio una cifra al riguardo, che merita di vedere istituzionalizzata l'iniziativa attraverso una vera e propria legge.

Ultima perla quella del liceo scientifico. Bisogna proprio scrivere un libro su questa scuola. Ci ricordiamo le battaglie fatte da tutti noi per incominciare a pensarci su; poi finalmente si è arrivati all'unanimità ad accordarci per il primo stanziamento. Reperimento dei terreni: vicino alla FIAT, dietro la Clinica Polacco, vicino alla proprietà Madile e via Guncina; 5.000 mq. e tante altre cose. Li ricordiamo questi discorsi. Benc, adesso salta fuori che il liceo scientifico si ubica in via Rovigo. Ma sono cose da far trasecolare! Ma che razza di urbanisti siete?! O che razza di urbanisti vi consigliano?! Ma, scusate tanto, da quando si vuole maggiormente urbanizzare una zona già urbanizzata sufficientemente, come quella dei dintorni di via Rovigo, cioè la zona popolare, immettendo addirittura una scuola, una scuola di 300 e più alunni, che è la scuola che risentirà del maggior incremento nel futuro! Ma, scusate, l'urbanistica non moderna, ma quella decente, non quella dei Sabbadin, tanto per intenderci, perché quella era l'urbanistica barzellettistica — me lo ricordo, perché era il Suo braccio destro e Assessore ai lavori pubblici, Assessore Ziller, quando Lei era Sindaco, e purtroppo ce ne siamo accorti in Bolzano; fortunatamente gli elettori democristiani hanno fatto giustizia in più occasioni di questi illuminari dell'urbanistica paesana — ma l'urbanistica decente dice che

gli agglomerati maggiormente condensati, se è possibile, vanno decentrati, anche se c'è lo spazio, e bisogna metterci più verde che sia possibile; quella zona invece è una zona di calcestruzzo, poi bisogna tener presente la viabilità, i servizi ecc. Lei capisce bene che razza di pericolo ci sarà per il maggior traffico un domani in quella zona popolare, in questo enorme alveare che soltanto il fascismo poteva ideare francamente, perché cose del genere sono delle autentiche vergogne urbanistiche! Se Lei immette ogni giorno, per una andata ed un ritorno, 300 e più ragazzi in una viabilità che secondo il piano regolatore vedrà sempre un forte concentramento ed una forte frequenza specie a certe ore, tanto più che questa zona è in corrispondenza con l'arteria di Merano, con la zona industriale e con tante altre cose, il pericolo del traffico aumenterà considerevolmente. Voi non avete neanche calcolato il tasso di sviluppo del traffico in questa zona nel futuro, se pensate di ubicarci un liceo scientifico, anzi aumentate di un altro tasso questo sviluppo che è quello della frequenza degli alunni. Vada sul ponte Talvera e troverà alle ore 10 un ponte Talvera regolare, dal punto di vista del transito; vada nelle ore di andata e di ritorno da scuola in coincidenza con il traffico normale di coloro che si recano al lavoro, e Lei troverà che il ponte Talvera è intransitabile e a piedi e con le macchine. E adesso venite a parlare di ubicare un liceo scientifico in via Rovigo? Ma signori, ma voi mi spaventate, non mi meravigliate, mi spaventate, e ce ne vuole sapete per spaventare il sottoscritto! Mi spaventate e mi spaventa il fatto che della gente abbia fiducia certe volte nella nostra istituzione quando queste nostre istituzioni emettono delle decisioni di questo genere. Vi prego di considerare che voi aggiungete alle tante vergogne urbanistiche di Bolzano un'altra vergogna se fate di queste cose. Nella zona popolare bisogna fare in modo da evitare che si accrescano tassi di frequenza ecc., perché sarà sempre grave il problema, ma sarà ancora più aggravato, per non parlare di vite umane, ma so che questo è un argomento che non v'interessa. Se un ragazzo un domani venisse travolto, al massimo manderete un telegramma. Per me la zona di via Guncina è quella più indicata. Ci saranno difficoltà, ci sarà qualche proprietario o chissà chi si opporrà, ma dovete battervi, costi molto di più anche, aggiungete costi molto di più, perché quella è la naturale cittadella degli studi di Bolzano, quella zona lì. E' una novità questa che ho sentito attraverso l'Assessore Fioreschy che vi prego di considerare, perché è veramente preoccupante. Laggiù si devono ubicare istituti professionali, scuole professionali ecc., cioè tutta quella serie di scuole che sia meglio collegata con l'ambiente di vita locale, senza esagerare al riguardo, perché una scuola non è soltanto un edificio come

un altro. Ma è inutile che venga a spiegarvele io queste cose, le dovrete sapere. Se c'è uno sviluppo nel traffico di tre con un edificio normale, una scuola lo aumenta, per molte ragioni, molto di più. Quindi, veramente prego la Giunta, rivolgendomi da uomo più che da consigliere, perché non si accrescano le già tante brutture che esistono a Bolzano al riguardo. E se c'è stato qualche urbanista che vi ha consigliato in questo senso, ditegli che è un cialtrone, e se no mandatelo da me che glielo dirò personalmente.

FIORESCHY (Assessor für Industrie, Handel, Handwerk und Fremdenverkehr - S.V.P.): Wenn nicht das „furioso finale“ gewesen wäre, dann hätte man sagen können, daß die Intervention des L. Abg. Nardin in sehr ruhiger und konstruktiver Weise — das muß ich zugeben — verlaufen ist. Ich danke ihm dafür, denn die Anregungen, die hervorgegangen sind, sind bestimmt sehr wertvoll. Ich möchte nicht auf seine anfänglichen Bemerkungen über die Industrie-feindlichkeit unserer Bevölkerung eingehen. Sie werden zugeben, Herr L. Abg. Nardin, daß diese Darlegung zu weit führen würde. Man müßte dann die ganzen politischen Hintergründe hervorziehen, wie Sie richtig gesagt haben, weshalb die Industriezone geschaffen wurde und warum eigentlich unsere Bevölkerung eine gewisse Industrie-feindlichkeit besessen hat. Das würde zu weit führen und mir liegt nicht daran, in dieser Diskussion auf das politische Motiv einzugehen.

Fest steht, und da haben Sie vollkommen recht, daß bei unserer Bevölkerung bis vor einigen Jahren eine gewisse Abneigung gegen die Industrie bestanden hat. Ich kann aber sagen, daß diese Abneigung heute, auf Grund welcher Auswirkungen soll dahingestellt bleiben, weitgehend als überwunden zu betrachten ist. Sie haben auch bemerkt, daß wir eventuell Befürchtungen für die ideologische Ausrichtung unserer Leute hätten, wenn sie in den Fabriken arbeiteten. Ich glaube, daß eine derartige Befürchtung unsererseits viel größer sein müßte, wenn man die Leute von den Arbeitsplätzen ausschließen würde. Dann könnte ein ideologisches Abrutschen, wenn man das so bezeichnen darf, viel eher passieren, als wenn wir die Leute in die Betriebe hinführen und ihnen dadurch die Möglichkeit zur Arbeit und zur Existenz bieten. Ich glaube, diese Befürchtungen, seien sie nun in nationalpolitischer wie auch in weltanschaulicher, ideologischer Hinsicht, sind unsererseits nun im großen und ganzen überwunden.

Sie haben Befürchtungen bezüglich der Spekulationen des deutschen Kapitals im Ausland ausgesprochen und von einem sogenannten wirtschaftlichen Kolonialismus gesprochen. Sie haben selber zugegeben, daß jeder Betrieb vor der Eröffnung eine

gewisse Rentabilitätsüberlegung anstellt. Diese Überlegung ist eine gesunde Ausrichtung. Die Anlagen sollen nach wirtschaftlichen Prinzipien erfolgen, wenn wir wollen, daß sie Bestand haben. Die Befürchtungen des wirtschaftlichen Kolonialismus hege ich zur Zeit noch nicht, weil der Andrang wirklich noch nicht so stark ist. Ich muß Ihnen, Herr L. Abg. Nardin, hier vollkommen recht geben, daß eine wirtschaftliche, industrielle Entwicklung von Grund auf gesund ist, wenn sie sich aus dem Handwerk heraus langsam entwickelt. Aber, meine Herren, das ist eine Entwicklung, die sich meinetwegen in einem Jahrzehnt einstellen kann. Vor einigen Jahren sind wir vor der Tatsache gestanden, sofort Arbeitsplätze zu schaffen, wenn wir der Abwanderung entgegenwirken wollten. Mit unseren eigenen Mitteln und Möglichkeiten Maßnahmen zu treffen, meine Herren, das war vollkommen unmöglich, weil wir ja gar keine gewerbliche und industrielle Tradition besaßen. Deshalb haben wir uns dahin gewandt, wo diese Tradition, diese Möglichkeiten vorhanden waren. Dadurch werden wir auch in die Lage versetzt, diese so notwendigen Infrastrukturen des Fremdenverkehrs zu potenzieren und überhaupt zu errichten. Wir haben das Gesetz für die Subventionierung dieser Infrastrukturen des Fremdenverkehrs voriges Jahr im Regionalrat verabschiedet. Wir haben Vorschläge seitens der Kurverwaltungen und Gemeinden vorliegen, aber das Gesetz muß bis heute noch toter Buchstabe bleiben, weil die dort vorgesehenen Finanzmittel, die mit Darlehen seitens der Kreditinstitute aufgebracht werden sollen, einfach nicht zur Verfügung stehen. Das bedeutet, daß das Gesetz nicht wirksam werden kann bis sich die Situation auf dem Kreditsektor gebessert hat. Für die 410 Millionen, die uns für die Provinz Bozen tatsächlich zur Verfügung stehen, sind bereits Vorschläge für mehr als 900 Millionen eingegangen. Daß der Bedarf vorhanden ist, hat sich bereits in dieser ersten raschen Umfrage gezeigt. Ich weiß, daß andere Kurverwaltungen, die sich etwas verspätet haben, dabei sind, noch weitere Vorschläge für die kommenden Jahre auszuarbeiten. Dieser Sektor ist unbedingt förderungswürdig und bildet schließlich die Voraussetzung für die künftige Entwicklung des Fremdenverkehrs.

Ich möchte noch etwas über den Sektor der Berufsausbildung in Gastgewerbe sagen, wo wir als Land die Zuständigkeit haben. Dieser Sektor soll intensiviert und immer mehr verbessert werden. Durch die Berufskurse für Lehrlinge, durch die Hotelfachschule oder über das Berufsertüchtigungsgesetz durch Kurse und durch die ENAL-Schulen bilden wir jedes Jahr viele junge Leute für diesen Be-

ruf aus. Fest steht aber das eine, daß der Großteil dieser Leute, die hier ausgebildet werden, nicht in unserer Provinz arbeitet, sondern in andere Gebiete abwandert, in der Hauptsache an die Adria oder in andere Gebiete Altitaliens, in die Schweiz oder auch nach Deutschland. Dies geschieht aus dem einen Grunde, weil diese Arbeitskräfte dort als sehr wertvoll erachtet werden, weil sie zunächst einmal doppelsprachig sind und in diesen Gebieten sehr lange Saisonen sind, viel längere als hier bei uns. Auf Grund dessen ist auch die Bezahlung dieser Leute sehr gut und sie haben einen größeren materiellen Nutzen, als wenn sie sich hier beschäftigen würden. Das sind Umstände, die sich hier irgendwie negativ auswirken. Falls es uns gelänge, das heikle Problem der Zwischensaisonen zu lösen, dann würden hier die gleichen ambientalen Voraussetzungen geschaffen wie in anderen Gebieten. Wenn uns das gelänge, wäre eine Abwanderung ungerechtfertigt.

Im großen und ganzen ist über den Fremdenverkehr Folgendes zu sagen: während in Gesamtitalien im letzten Jahre der Fremdenverkehr zurückgegangen ist, hatten wir, Gott sei Dank, einen Anstieg von 16%. Wollen wir hoffen, daß es uns gelingen wird, diese Konjunktur auch im kommenden Jahre zu halten.

Weinmuseum. Der größte Fürsprecher für dieses Weinmuseum war hier im Landtag immer der L. Abg. Nardin und das muß man ihm wirklich zugeute halten. Ich kann Ihnen nur sagen, daß ich bisher eigentlich nie besondere Widerstände im Ausschuß gefunden habe. Ihr Vorschlag, den Sie jetzt schon einige Jahre machen, endlich ein Gesetz einzubringen, mag vielleicht deshalb unberücksichtigt geblieben sein, weil dieser Posten im Haushalt immer als unbestritten gegolten hat und jedes Jahr automatisch durchgegangen ist. Es stimmt, daß vor einigen Jahren manchmal ein gewisser Widerstand vorhanden war, aber der mag nicht aus persönlicher oder richtungsmäßiger Abneigung entstanden sein. Der Präsident dieses Museums, glaube ich, ist rührig genug, um sich da durchzusetzen und er hat sich in der Vergangenheit auch immer durchgesetzt. Die Frage bleibt offen, ob wir hier ein institutionelles Gesetz über dieses Museum machen sollen oder nicht. Das ist eine Frage, mit der sich der Ausschuß einmal befassen muß.

Was Ihre letzte Intervention bezüglich des „Liceo scientifico“ anbelangt, habe ich nur das wiederholt, was ich gehört habe. Das sind, glaube ich, die Vorschläge der Gemeinde. Aber auf jeden Fall wird Ihnen, nehme ich an, der Herr Assessor Ziller darauf antworten.

PRESIDENTE: La seduta è sospesa; riprenderemo i lavori alle ore 15.

Ore 12.35 Uhr.

Ore 15.15 Uhr.

PRESIDENTE: La seduta riprende.

Qualche consigliere vuole ancora intervenire sull'Assessorato del dott. Fioreschy? Nessuno.

Allora passiamo alla trattazione degli articoli.

Art. 75: approvato all'unanimità.

Art. 76: approvato all'unanimità.

Art. 77: approvato all'unanimità.

Art. 78: approvato all'unanimità.

Art. 79: approvato all'unanimità.

Art. 80: approvato all'unanimità.

Art. 81: approvato all'unanimità.

Art. 82: approvato all'unanimità.

Art. 83: *“Corsi di qualificazione, di specializzazione e di perfezionamento alberghiero-turistico”.*

NARDIN (Segretario - P.C.I.): Ne ho già parlato personalmente con l'Assessore Fioreschy. Quando parlo di rinnovamento nei quadri o in certi quadri del settore turistico, mi riferisco anche alla scuola alberghiera di Merano, dove l'attuale dirigente, sarà un anziano albergatore finché volete, ma, anche a detta di diversi allievi, per il tipo di organizzazione che ha creato in questa scuola, sul quale ci sarebbe da dire qualche cosa, penso che sia più una sinecura che voi avete voluto creargli che altro. Possibile che non ci sia un altro dirigente più in linea coi tempi? Ad un bel momento, se volete creare degli incarichi a certe persone, prendetevele e tenetevele qua in questi palazzi, che in parte sono anche degli archivi non soltanto di pratiche, ma anche di uomini qualche volta. Ma in una scuola del genere, frequentata da giovani figli di albergatori e altro, insomma metteteci dell'altra gente. E' un bonario invito che vi rivolgo, perché val la pena che qualche persona si metta in pensione finalmente!

Poi vorrei anche che l'Assessore indagasse in ordine a questo fatto: quanti allievi della scuola sono costretti a frequentare nel corso dell'estate, finiti i corsi, in attesa dell'anno successivo per poter avere anche il diploma, alberghi collegati con i dirigenti della scuola. L'ho già detto una volta, Assessore Fioreschy. La prego di credere che non è proprio una fandonia quella che ebbi a raccontare. E' facile dire a questi

allievi: venite da noi, magari con tariffe molto ridotte, e dopo ce ne ricorderemo l'anno prossimo. Guardi che un giorno chiederò di poter vedere il curriculum di tutti gli allievi in questi anni: nome e cognome di chi ha frequentato, dove sono andati a lavorare per far pratica, quanto hanno percepito ecc. Non dico che questo sia un illecito speciale, però non è neanche una cosa che ben depona, quando si frammischia un certo interesse più o meno personale con la propria funzione. Quindi, io chiedo di sistemare più adeguatamente la direzione di questa scuola. A chi ci potrebbe parlare del secolo scorso, per esserci vissuto a lungo e per aver addirittura esercitato parte della propria attività, chiederemo di raccontarcelo in separata sede, ma non teniamoli lì alla direzione di una scuola alberghiera, che è forse quella che risente maggiormente della necessità di avere quadri dirigenti in linea con i tempi. Guardi, Assessore, non chiedo risposta subito; è una segnalazione che faccio. Poi vedrete voi, perché siete voi gli amministratori. Tenete conto di questo: non sono il solo a lamentarmi! Io sono forse quello che si lamenta di meno, perché dovrete sapere quante me ne hanno dette al riguardo. Ad ogni modo, ho potuto constatare effettivamente che con un minimo di sforzo si potrebbe, in una scuola importante come quella, assicurare un migliore servizio e una migliore direzione.

FIORESCHY (Assessor für Industrie, Handel, Handwerk und Fremdenverkehr - S.V.P.): Ich möchte gleich eine Antwort erteilen. Ich weiß nicht, ob ich imstande bin, sie erschöpfend zu geben. Diese Hotelfachschule in Meran wurde erstmalig im Jahre 1950 errichtet. Sie ist am Anfang ihres Bestehens ziemlich kritisiert worden, und nicht nur auf Grund der Anfangsschwierigkeiten, sondern vor allem von der Fachvereinigung selber. Im Jahre 1952 habe ich die Schule in mein Jurisdiktionsbereich, wenn ich mich so ausdrücken darf, übernommen und versucht, dem Stier dadurch den Kopf abzuschneiden, daß ich die Führung der Schule den Interessenten selber übergeben habe. Seit dem Jahre 1952 steht die Schule unter der Führung der Hotelvereinigung der Provinz Bozen. Die Hotelvereinigung der Provinz Bozen stellt die Lehrkörper samt dem Direktor. Bis heute habe ich, in bezug auf die Führung selber, keine Beschwerden bekommen. Was das Schicksal der Schule selber betrifft, ist die heutige Lage die, daß die Hotelfachschule Meran jetzt im Palast-Hotel untergebracht ist und keinen juristischen Status hat. Wir sind bemüht, diese Art Ausbildung in eine sogenannte Berufslehreanstalt „institut professionale“ umzuwandeln. Wir haben gehofft, daß das Gesetz heuer endlich von der Regierung den Segen bekommen werde, aber leider Gottes ist es wieder rückverwie-

sen worden. Ich weiß noch nicht, ob es uns gelingen wird, dieses Gesetz noch in dieser Gesetzgebungsperiode unter Dach und Fach zu bringen. Damit hängt naturgemäß auch das Schicksal der Hotelfachschule in Meran zusammen. Ich wiederhole, die Hotelfachschule in Meran muß in einem zweijährigen Kurs mit der Ausrichtung eines sogenannten „Istituto professionale“ umgewandelt werden. In diesem Falle muß alles geändert werden, denn der privatistische Charakter, den die Schule heute unter der Führung der Hotelvereinigung hat, ist natürlich hinfällig und sie wird ein Institut öffentlichen Rechtes. So ist die Lage. Wir sind auf jeden Fall dabei, jetzt die ganzen Vorbereitungen zu treffen und so Gott will, ich weiß es nicht, wird im Herbst dieses Gesetz endlich Wirklichkeit werden.

Was den Umstand betrifft, den der L. Abg. Nardin beklagt, daß die Schüler teilweise in den Hotels der interessierten Kreise selber untergebracht wären, so mag das bis zu einem gewissen Grad stimmen. Erstens einmal ist die Hotelvereinigung die Veranstalterin der Kurse selber und zweitens haben wir nicht eine reguläre Hotelfachschule, wie man sie anderswo gewohnt ist, mit der diesbezüglichen Praxis. Deshalb werden die Schüler von der Veranstalterin der Kurse selber gezwungen, während einer Saison in einem Hotel einer bestimmten Kategorie zu praktizieren. Sie bekommen das Diplom der Absolvierung der Schule erst ausgefolgt, wenn die theoretische Ausbildung über den Winter und die praktische Ausbildung während einer Sommersaison nachgewiesen wird. Darüber hinaus haben wir bis heute das Schicksal dieser Absolventen nicht mehr verfolgt. Vielleicht mag der Zustand, den sie beklagen, von diesem Umstand herrühren.

NARDIN (Segretario - P.C.I.): Lei ammette quello che in effetti c'è da anni, ma non è tollerabile. Intanto sono corsi per buona parte finanziati dalla Provincia; l'associazione degli albergatori è soltanto un paravento, perché praticamente è la Provincia che paga questi corsi. Ora, è inammissibile, dott. Fiore-schy, da ogni punto di vista, che il direttore della scuola, che è il signor Bemelmans, vecchio albergatore in quel di Renon, faccia il direttore di una scuola e si serva di una parte degli allievi per il proprio albergo, pagando male poi questi allievi, con la scusa che in questa maniera completeranno la pratica. E' un buon sistema di sfruttamento. Questa è una autentica speculazione anche in termini economici, perché gli altri albergatori non hanno questa possibilità o soltanto alcuni l'hanno, quelli collegati con la scuola. E' una situazione questa intollerabile dal punto di vista della correttezza amministrativa. Lo ammetterà che, anche se l'iniziativa è privatistica, è pub-

blicizzata parecchio se consideriamo i contributi che diamo come Provincia. Quindi, almeno non bisognerebbe fare queste cose, perché lì c'è veramente mischiato l'interesse privato con quello della funzione di direttore. Guardi che sono capace anch'io di fare il direttore di un albergo, il gestore di un albergo, se poi posso servirmi, spiccic nell'alta stagione, di personale di una scuola pagandolo molto poco, con la scusa che è allievo! Sono capace anch'io di fare l'albergatore e di farne uscire anche dei buoni utili. Ora, guai ammettere cose di questo genere, perché questo è un lucro indebito. Non sarà forse perseguibile dal Codice, per quanto forse ci sarebbe anche da discutere se le pressioni sono state a tal punto da obbligare poi praticamente questi allievi. Voi sapete, c'è pressione e pressione: o mangi questa minestra o salti dalla finestra! Lo si può dire in una maniera bonaria e in una maniera drastica, ma è sempre una pressione non proprio lecita. Perciò questo non è tollerabile, tanto più che è da anni che dura questo sistema, documentabile benissimo, perché basta prendere i nomi degli allievi che poi sono stati occupati in quell'albergo o in altri alberghi collegati. Quindi, è inutile vedere adesso la perfezione in ogni settore, tutto il mondo è pieno di queste cose, ma insomma è una cosa stridente e anormale. Bisognerebbe almeno invitare questi signori a non fare queste cose.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? Nessuno. Metto in votazione questo articolo: approvato all'unanimità.

Art. 84: approvato all'unanimità.

Art. 85: approvato all'unanimità.

Art. 86: *“Spesa pro 1964 per agevolazioni creditizie per l'acquisto e l'apprestamento di aree destinate all'insediamento di stabilimenti industriali - II. quota...”*

NARDIN (Segretario - P.C.I.): Brevemente per sottolineare una esigenza. Signor Assessore Fiore-schy, la Provincia è una parte importante in questi insediamenti data la delega esistente. In ordine ai fatti denunciati anche questa mattina da me, e tante altre volte non soltanto da me, ma ammessi anche da altri colleghi e da altri settori, relativamente alla situazione in cui in certe aziende si trovano i lavoratori di lingua italiana o di lingua tedesca, particolarmente settori tessili, di abbigliamento e così via, io chiedo che la Provincia imponga, se vogliono i contributi dell'ente pubblico, il rispetto delle norme civili italiane dei contratti e soprattutto il rispetto delle libertà sindacali. Ci sono delle aziende in cui non si permette nemmeno la formazione di una commissione in-

terna. D'accordo, non ci sarà nessun scritto, state pur certi che non troverete nessun documento elaborato o steso dal datore di lavoro in questo senso, ma signori, voi sapete che se si vuol creare una determinata atmosfera negativa, si fa molto presto, specie in una azienda. Di casi Lei ne sa abbastanza, perché glieli abbiamo segnalati personalmente, ha avuto modo di ricevere delegazioni e così via, perciò si ponga questo come pregiudiziale e se no si arrangino con i loro soldi. E' inammissibile che con i soldi del contribuente praticamente si ereino fabbriche trasformate poi in autentiche caserme, per non dir peggio, da parte di certi datori di lavoro, su cui è meglio non pronunciarsi con un giudizio adeguato.

In secondo luogo, questa mattina L'ho invitata ad informarsi in ordine alla situazione della zona industriale ed anche dello stabilimento Lancia. Lei ha detto nella Sua risposta che sarà interessante conoscere certi dati relativamente a questi autolicensingamenti o licenziamenti volontari, che da un certo periodo di tempo avvengono, ad esempio alla Lancia, grazie soprattutto alla situazione incerta dal punto di vista produttivo, e alla situazione pesante dal punto di vista dell'azione padronale nei confronti dei lavoratori. Brevissimamente, Le voglio citare un documento recente, quello a cui alludevo questa mattina, inviato a molte autorità, ad incominciare dalla Presidenza del Consiglio dei Ministri per finire al direttore del giornale "L'Adige", firmato dai segretari della Camera del Lavoro di Bolzano — Tinaglia, Garau e Costalbano — che richiama alla nostra attenzione e all'attenzione di altri settori, di altre personalità, la situazione produttiva e di altro genere dello stabilimento Lancia. Brevemente voglio leggere qualche passo perché può esserLe istruttivo, se vorrà accertare meglio certe situazioni. "Nel corso del 1963, ed anche negli anni precedenti — dice la lettera, — lo stabilimento di Bolzano della società Lancia ha sviluppato notevolmente l'attività produttiva raggiungendo un'occupazione di oltre 3000 unità e richiedendo continuamente notevoli prestazioni straordinarie. Improvvisamente alla fine del mese di dicembre si è avuto sentore di una certa pausa, e con l'inizio dell'anno vi è stata la comunicazione alla commissione interna dell'inizio immediato di una riduzione dell'orario di lavoro a 44 ore settimanali. I lavoratori credettero che si trattasse di un provvedimento temporaneo per dar modo di effettuare determinate modifiche ad un camion di recente produzione. Invece la riduzione dell'orario continua tuttora e non vi sono previsioni per una ripresa del lavoro normale a breve scadenza. Il nostro sindacato di categoria, sollecitato dai lavoratori, ha chiesto allora con lettera N. 43 un incontro fra la direzione dell'azienda, l'associazione industriali ed i sindacati per esa-

minare le cause della precaria situazione produttiva e le prospettive future dello stabilimento. L'associazione industriali ha risposto con lettera N. 2789 del 26 marzo u. s. quanto segue: "Conformemente al parere espresso dalla direzione generale della Lancia, si informa che la riduzione si è resa necessaria per esigenze di programmazione e che non è prevista la durata, per cui non si accoglie la richiesta d'incontro...". Quindi nemmeno un incontro sono stati disposti ad accogliere o di fare e si programma così tanto da non prevedere quando questo orario ridotto dovrà cessare. "Abbiamo quindi ritenuto — prosegue la lettera — opportuno rivolgersi alle SS.LL. per significare lo stato di profondo disagio che la situazione, determinatasi nello stabilimento Lancia, ha creato tra i lavoratori dipendenti e i riflessi negativi sia per i livelli di occupazione, sia per l'economia cittadina e provinciale...". Vedete che le questioni che pone il sindacato non sono soltanto di pura marca salariale, ma s'interessano della produzione in senso generale. "I lavoratori hanno visto ridotto il loro salario di 8.000, 12.000 lire mensili e ciò in un momento in cui il costo della vita aumenta vertiginosamente, decurtando ulteriormente il potere di acquisto dei salari. La precaria situazione produttiva ostacola altresì la soluzione di problemi contrattuali aziendali, quali il premio di produzione, le qualifiche, il cottimo, le libertà sindacali ecc. Circa 400 lavoratori — questa è una cifra di cui La pregherei di prendere nota — in questi ultimi tre mesi hanno dato le dimissioni non sopportando questo stato di disagio. Essi cercano occupazione in altri settori, in altre province o anche all'estero. In genere si tratta di mano d'opera specializzata e qualificata che abbandona le nostre industrie con danno che si può immaginare. Infine, questa grande massa di salari che manca nel mercato in conseguenza della riduzione di orario crea disagio nel settore del commercio e dei servizi, quindi fra tutta la popolazione. Di fronte a questo stato di cose si rende indispensabile e urgente... ecc...".

Una lettera sintetica, chiara, serena finché volete, ma abbastanza eloquente. Una cifra di 400 lavoratori che in questi ultimi tre mesi ha dato le dimissioni: pensate un po' che razza di situazione esiste in questo stabilimento che è il più grosso stabilimento della zona industriale! Ecco perché questa mattina, accennando al fatto che gli enti pubblici si troveranno improvvisamente in braccio certi grossi problemi, più grossi certe volte delle possibilità degli enti stessi, ho detto che noi dobbiamo veramente preoccuparci. Io auspico che i capitalisti continuino a fare ancora molti affari, ma che possano anche fare affari i lavoratori con un'occupazione, con elevati salari e che non intervenga una crisi. Ammetterete che sono abbastanza responsabile, per la mia parte soprattutto, nel-

l'auspicare il socialismo in Italia, ma per arrivare a questo socialismo non auspico certamente che si tocchi il fondo o il baratro dei disastri economici, perché è difficile poi risalire, e sarebbe questo un socialismo che costerebbe troppo a tutti e in primo luogo ai lavoratori. Io auspico che la situazione possa rientrare nella normalità e che la Lancia possa prosperare insieme ai lavoratori, ma dobbiamo veramente preoccuparci in questo momento, anche perché un po' tutto il settore automobilistico minore, escluso la FIAT, sta risentendo notevolmente, da ogni punto di vista, di questa congiuntura e non si sa quando questa potrà essere superata. Ho voluto citare questo dato per farvi capire questo: noi attraverso l'istruzione professionale ci preoccupiamo di sfornare il più possibile buoni lavoratori, istruiti, qualificati in una certa maniera; questi poi è naturale che cerchino un'occupazione nelle fabbriche dell'Alto Adige. Dopo si trovano in situazioni tipiche della Lancia o in altre e se ne vanno altrove. Noi avremo speso soldi e fatica per niente. Sì, sul piano generale avremo contribuito ad immettere un lavoratore qualificato con una certa istruzione professionale — è un po' come avviene nel settore del turismo —, però la nostra economia risente del loro trasferimento e l'ente pubblico locale avrà speso soldi senza averne poi un diretto beneficio locale. Vedete che razza di situazione abnorme si crea in questo tipo di economia, in questo sistema economico. Quando noi diciamo che bisogna cambiarlo notevolmente questo sistema economico, lo diciamo proprio in base a queste e ad altre anomalie, cioè lo diciamo perché oggi la situazione esige che si incida profondamente nel sistema modificandolo non con modesti pagliativi o soltanto con i discorsi o con le mozioni pregressuali di questo o di quel partito, ma attraverso un'azione efficace da ogni punto di vista.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? Nessuno. Metto in votazione l'articolo: approvato all'unanimità.

Art. 87: approvato all'unanimità.

Art. 88: approvato all'unanimità.

SPESE STRAORDINARIE

Art. 150: *“Spese e contributi per la costruzione, gestione, acquisto terreni, ampliamento, affitto, attrezzatura ed arredamento di edifici destinati alla istruzione professionale e ricezione degli apprendisti ed acquisto di mezzi didattici.”*

KAPFINGER (S.V.P.): Vor wenigen Tagen ist neuerdings das Landesgesetz über die Errichtung der Berufslehreanstalten, trotz scheinbar gegebener Zusai-

cherungen, zurückgewiesen worden. Sehr befremdenderweise sind in der Begründung der neuerlichen Rückverweisung Gründe angegeben worden, die bei den früheren Rückverweisungen nicht angeführt sind. Es hat mich verwundert, daß gerade jetzt, wo das „centro sinistra“ „di moda“ ist, so viele Gesetze rückverwiesen werden, auch solche rein sozialer Natur. Ich möchte nur streifend an die Rückverweisung des Gesetzes über den Pensionsfonds für die Beamten der Region und angeschlossener Organisationen erinnern, wo auch bei der ersten Rückverweisung bei weitem nicht so tiefgehende Gründe angeführt wurden wie das zweite Mal, wo alles auf lange Zeit hinaus in Frage gestellt worden ist. Wieder zu unserem Gesetz zurückkommend, finden wir dieses Mal in der Rückverweisung Gründe angegeben, die mich mit größtem Bedenken erfüllen. Wir geben Milliarden für die Erbauung von Berufslehreanstalten aus; jetzt wird uns jede Berechtigung abgesprochen, Zeugnisse, die morgen dann auch staatliche Wirksamkeit haben sollen, auszustellen. Es wird auch in Zweifel gestellt, ob die Absolventen, die aus diesen Instituten kommen, überhaupt namentlich geführt und angefordert werden können. Ich weiß nicht, ob uns der zuständige Herr Assessor in dieser Hinsicht etwas Näheres sagen kann. Ich wäre ihm sehr dankbar, wenn er meine Besorgnisse etwas verscheuchen könnte, denn gerade heuer haben wir bei dieser großen finanziellen Belastung wieder Hunderte von Millionen Ausgaben dafür vorgesehen. Als Antwort auf unsere großen Anstrengungen und Bemühungen bekommen wir am laufenden Band Rückverweisungen von den Gesetzen, die mit dieser Tätigkeit am meisten im Zusammenhange stehen.

FIORESCHY (Assessor für Industrie, Handel, Handwerk und Fremdenverkehr - S.V.P.): Im großen und ganzen muß ich die Befürchtungen, die Kollege Kapfinger ausgesprochen hat, teilen. Nach der letzten Rückverweisung des Gesetzes ist Assessor Benedikter, begleitet von Vizeassessor Bertorelle, einige Male in Rom vorstellig geworden, um dieses Problem eingehend mit den zuständigen Ministerialstellen zu besprechen, so daß wir dieses Gesetz das letzte Mal mit der guten Hoffnung auf eine Genehmigung verabschiedet haben. Das Gesetz ist aus Gründen rückverwiesen worden, die bisher überhaupt nie aufgetaucht sind. Zum Beispiel ist als Grund die Verfassungswidrigkeit angegeben worden, weil dadurch von der Provinz das konsorziale Verhältnis zwischen Staat und Provinz einseitig aufgelöst wird, siehe Dietenheim usw. Wir haben im Landesauschuß dieses Problem noch nicht näher besprochen, aber es wird Gegenstand einer unserer nächsten Beratungen sein, um es sobald als möglich

zu bereinigen. Ich weiß nicht, ob wir noch einmal Kontakt mit Rom aufnehmen, aber wahrscheinlich werden wir das tun müssen. Dann ist zu hoffen, daß dieses Gesetz endlich in die Tat umgesetzt werden kann. Bisher ist es so gewesen, daß bei jedem Regierungswechsel auch die Meinung geändert wurde. Auf jeden Fall wird über die Rückverweisungsgründe der letzten Gesetze, des Flughafengesetzes und des Gesetzes über die Berufslehranstalten, im Landesauschuß noch einmal beraten. Hoffentlich gelingt es uns noch in dieser Gesetzgebungsperiode, die nur mehr sehr kurz ist, diese Gesetze durchzubringen, denn sie müssen denken, daß wir praktisch nur mehr bis zum Juli arbeitsfähig sind. Nach den Sommerferien, im September, werden wir nicht mehr sehr viele Gesetze verabschieden können, da der Landtag eine bestimmte Zeit vor den Wahlen aufgelöst wird und daher keine Gesetze mehr erlassen kann.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? Nessuno. Metto in votazione l'art. 158: approvato all'unanimità.

Art. 159: approvato all'unanimità.

Art. 160: approvato all'unanimità.

Art. 161: approvato all'unanimità.

Ora passiamo all'Assessorato per l'edilizia popolare ed il coordinamento territoriale.

La parola all'Assessore Benedikter.

BENEDIKTER (Assessor für Volkswohnbau und Raumordnung — S.V.P.): Ich werde mich auf die Fragen beschränken, die in der Generaldebatte aufgeworfen worden sind. Im übrigen verweise ich auf die verteilten Berichte über die einzelnen Volkswohnbaugesetze, auf andere Unterlagen und auf den Teil des allgemeinen Berichtes, der die Tätigkeit des Assessorates betrifft.

Der L. Abg. Avancini hat besonders die Notwendigkeit unterstrichen, daß der Landesplan mit den Gemeinden beraten werde. Was den Landesplan betrifft, steht im allgemeinen Bericht, daß er mit den Unterlagen, die uns zur Verfügung gestanden sind, fertiggestellt worden ist und nunmehr jederzeit vom Ausschuß verabschiedet werden kann. Mit der Verabschiedung durch den Landesauschuß beginnt erst das Verfahren zur Genehmigung des Landesplanes und in erster Linie die offizielle Kenntnisnahme dieses Entwurfes durch die Öffentlichkeit. Sie wissen, der Landesplan liegt in jeder Gemeinde zwei Monate lang auf und alle Bürger, alle Körperschaften haben dann die Möglichkeit, dazu Bemerkungen zu machen. Es stimmt, daß der Landesplan bis jetzt hauptsächlich ein Erzeugnis der Techniker ist, des sogenannten Redaktionsstabes, wie es im Gesetz heißt.

Dieser Redaktionsstab hat mit allen Gemeindeverwaltungen, mit denen Probleme hinsichtlich der Landesplanung aufgetreten sind, Kontakt aufgenommen. Es hat sich gewissermaßen alles auf technischer Ebene abgewickelt. Das jetzige Verfahren ist, meines Erachtens, insofern zielführend, als es eben ein eigenes Verfahren nach der ersten Beschlußfassung des Landesauschusses vorsieht. Das bedeutet, daß den Gemeinden der Vorschlag eines Landesplanes vom Landesauschuß vorgelegt wird. Es ist ein Verfahren, das die Gewähr bietet, daß die Öffentlichkeit und damit alle gesellschaftlichen Organisationen dazu Stellung nehmen können.

Die Provinz Trient hat — und ich komme da auf die Bemerkungen des L. Abg. Nardin — nunmehr schon das zweite Urbanistikgesetz verabschiedet, das heuer im März in Kraft getreten ist. Unser Urbanistikgesetz Nr. 8 ist vom 10. Juli 1960 und wurde zweimal abgeändert, aber keiner umfassenden Reform unterzogen. Die Provinz Trient hat ein neues Urbanistikgesetz herausgegeben, um dort teilweise Bestimmungen aufzunehmen, die wir bereits haben, z. B. daß nach der ersten Beschlußfassung des Landesauschusses über den Landesplan die im Plan enthaltenen Vorschriften provisorisch sofort eingehalten werden müssen. Das bedeutet, daß der Präsident des Landesauschusses, ähnlich wie der Bürgermeister beim Gemeindebauungsplan, Bauten verhindern kann, die gegen die Vorschläge des Planes verstoßen. Das ist die sogenannte zweijährige Sperrfrist. Diese Bestimmung hat die Provinz Trient erst jetzt in das neue Gesetz aufgenommen. Neu, im Verhältnis zu unserem Gesetz, ist die Vorschrift, daß neben dem Landesplan an Stelle von Gemeindebauungsplänen, deren Erstellung nicht unbedingt notwendig erscheint, die sogenannten Bezirksbauungspläne erstellt werden können, welche dieselben Wirkungen haben wie ein Gemeindebauungsplan. An Stelle des Bauungsplanes der Gemeinde Meran, die ihren Bauungsplan beschließt, kann z. B. ein Bauungsplan für den Bezirk Burggrafenamt beschlossen werden. Der formelle Beschluß zu diesem Bauungsplan wird vom Konsortium dieser Gemeinden gefaßt. Die „piani comprensoriali“ sind die, welche den Gemeindebauungsplan tatsächlich ersetzen. Die sogenannten zwischengemeindlichen Bauungspläne, die in unserem Gesetz vorgesehen sind, bedeuten hingegen nichts anderes als die Summe von so und so vielen Bauungsplänen als Gemeinden in diesem Bezirk enthalten sind. Dabei werden diese Bauungspläne nach einheitlichen Richtlinien erarbeitet, bleiben aber nach wie vor Gemeindebauungspläne.

L. Abg. Mitolo hat von der Notwendigkeit gesprochen, das Urbanistikgesetz mit dem Landschaftsschutzgesetz zu koordinieren. Er hat auch von der

Zweckmäßigkeit gesprochen, die Landschaftsschutzmaßnahmen auf die Gemeinden zu dezentralisieren. Ich habe da eingewendet, daß voriges Jahr bei einer ähnlichen Diskussion gerade vom L. Abg. Mitolo Zweifel über die Zweckmäßigkeit dieser Dezentralisierung geäußert worden sind und weiters, daß es besser wäre, die Beurteilung über die Belange des Landschaftsschutzes einer einzigen Kommission von Fachleuten auf Provinzebene, welche man auf Gemeindeebene nicht findet, zu überlassen. Es ist klar, daß diese beiden Gesetze besser koordiniert werden müßten. Sie wissen, beide Gesetze sind vom Landtag verabschiedet worden. Mehr oder weniger wurde der Text des Staatsgesetzes übernommen, damit überhaupt ein Gesetz in Kraft treten kann und die Einwände von seiten der Zentralregierung vermieden werden. Diese beiden Gesetze sind auf staatlicher Ebene und damit auch auf Provinzebene nicht koordiniert. Daher ergibt sich die Notwendigkeit, hier einmal einen endgültigen organischen Zusammenhang zu schaffen, der ja an sich in der Sache selbst gegeben ist. Inzwischen kam die Ankündigung des neuen staatlichen Urbanistikgesetzes. Es war schon in der vergangenen staatlichen Gesetzgebungsperiode unterwegs und ist jetzt wiederum angekündigt worden. Dieses Gesetz hätte schon vom Ministerrat verabschiedet werden sollen, um sobald als möglich, gemäß Koalitionsprogramm der Mitte-Linksregierung, auch vom Parlament genehmigt zu werden. Wie wir gehört haben, sind in letzter Zeit jedoch ziemliche Widerstände aufgetaucht. Man muß aber annehmen, daß das Gesetz im Laufe dieses Jahres vom Parlament verabschiedet wird. Es ist daher zweckmäßig, dieses Gesetz abzuwarten, denn, wenn es auch in der Provinz Bozen nicht automatisch in Kraft tritt, so werden wir uns doch, sofern es grundlegende Prinzipien, eine Reform enthält, diesem Gesetz anpassen müssen. Wir müssen wenigstens die Grundsätze übernehmen und unser Gesetz danach gestalten. Es hätte keinen Sinn, jetzt ein Gesetz herauszubringen, um dann nach Inkrafttreten des neuen Staatsgesetzes eine Neubearbeitung vorzunehmen; anders ist es aber, falls sich herausstellen sollte, daß das neue staatliche Urbanistikgesetz in absehbarer Zeit nicht erlassen wird.

Schon im allgemeinen Bericht ist festgestellt worden, daß sich die Vorlage des Landesplanes im Ausschuß und damit auch im Landtag nicht zuletzt deswegen verzögert hat, weil die verschiedenen Ministerien, die wir um Unterlagen für die Landesplanung angeschrieben haben — darunter auch das Zentralamt für Statistik, das Ministerium für öffentliche Arbeiten, das Ministerium für Industrie und Handel —, einfach nicht antworten. Die zugesicherten Unterlagen wurden uns, trotz entsprechender Ur-

gierungen, bis heute nicht geliefert. So ist es z. B. vorgekommen, daß hinsichtlich des Bebauungsplanes der Gemeinde Bruneck, der im September vorigen Jahres zum zweiten Male vom Gemeinderat verabschiedet und gemäß Landesgesetz an das Ministerium für öffentliche Arbeiten mit der Bitte um Mitteilung der Bemerkungen zur Koordinierung eingesandt wurde, bis heute keine Antwort eingetroffen ist. Die 60 Tage, innerhalb welcher das Ministerium eine Antwort erteilen sollte, sind Mitte Jänner abgelaufen, obwohl wir geschrieben haben: „gebt uns eine Antwort, auch wenn der Termin abgelaufen ist, denn wir wären für irgendwelche nützliche Bemerkungen dankbar.“ Wir werden selbstverständlich das Verfahren, das an Termine gebunden ist, fortsetzen und den Bebauungsplan von Bruneck dem Landtag vorlegen, auch wenn diese Bemerkungen des Ministeriums nicht eingelangt sind.

Hinsichtlich des Volkswohnbaues ist eine Frage von praktischer Bedeutung aufgeworfen worden, nämlich die kommende Verteilung von 64 Wohnungen, die auf Grund des Tupini-Gesetzes für die Allgemeinheit der Minderbemittelten gebaut worden sind. Diese gehören nicht zu den Romita-Wohnungen für die Beseitigung von ungesunden Behausungen und sind daher auch nicht sehr billig. Diese 64 Wohnungen in Bozen werden durch das Institut zugewiesen, wobei gemäß Art. 7 der Durchführungsbestimmungen eine Kommission beim Institut dazu Stellung nimmt, die aus einem Vertreter der Provinz, einem Vertreter der Gemeinde und einem Vertreter des Institutes zusammengesetzt ist. In diesem Zusammenhang soll wenigstens ein Teil dieser Wohnungen Familien zugewiesen werden, die aus ungesunden Behausungen kommen. Man will damit nach einem Programm, das zwischen der Provinz, der Gemeinde Bozen und dem Volkswohnbauinstitut vereinbart wurde, gewisse Gruppen von ungesunden Behausungen beseitigen, um die letzten in der Zählung von 1961 erhobenen 619 ungesunden Wohnungen, die sich inzwischen auf rund 400 reduziert haben, auszumerken. Es ist gedacht, einen Teil dieser Wohnungen für die Bewohner der Baracken in der Genuastraße und einen Teil für die Bewohner einer Halle des ehemaligen Konzentrationslagers zu reservieren. Die Wohnungen, die übrigbleiben, werden ausgeschrieben. Diesbezüglich wurde noch keine endgültige Entscheidung getroffen, aber zwischen Provinz, Gemeinde Bozen und Volkswohnbauinstitut wird eine Einigung in diesem Sinne angestrebt.

Damit habe ich die konkreten Fragen, die in der Generaldebatte gestellt worden sind, beantwortet.

NARDIN (Segretario - P.C.I.): Ribadisco, Assessore Benedikter, il mio dissenso circa la politica che

viene svolta dall'Amministrazione provinciale per quanto riguarda la elaborazione dei piani, in quanto il sistema da voi adottato, sia pure correttamente adottato nei confronti della legge, risente di un eccesso di tecnocrazia ed evita assolutamente di basare la elaborazione di questi piani su una maggiore articolazione democratica. Il prender contatti con i Comuni, come Lei dice, nel mentre si elaborano i piani, significa prendere contatto col Sindaco in genere, forse con qualche assessore e con gli uffici tecnici laddove esistono. Poi i Comuni improvvisamente vengono posti dinanzi a dei documenti ponderosi e complessi e devono subito decidere. La questione che il piano rimane per mesi affisso ecc. ..., senta, Lei sa molto bene come poca parte della popolazione senta la necessità di studiarli, soprattutto in quanto disarmato dinanzi alla complessità dei problemi. Ma non è mica facile andare in un Comune ad esaminare un piano regolatore o intercomunale ecc. Cosa volete che un contadino, un operaio, un commerciante o un artigiano, anche quando hanno preso visione, abbiano capito? Ma questa è democrazia fittizia, parliamoci chiaro, Assessore Benedikter! Io credo che costerebbe poco, nel mentre si elaborano i piani regolatori comunali, intercomunali ecc., prendere dei contatti adeguati con le categorie della zona assistite da rappresentanti provinciali e così via, in maniera da interessarle al problema, da sentire i loro pareri e i loro suggerimenti. Questo senz'altro non può non aiutare i tecnici, non può non aiutare l'impostazione tecnica. Questo bisognerebbe fare. Costa fatica, perché è una attività politica che costa fatica a chi la intraprende, ma siamo in questi posti anche per fare della fatica in questo senso, soprattutto in questo senso. E' un po' tutta la vita di questa provincia, impostata troppo dal punto di vista giuridico e amministrativo per quanto riguarda i rapporti ente pubblico-cittadino, che deve cambiare, e deve articolarsi maggiormente sul piano democratico, sia nel gruppo italiano, sia nei confronti del gruppo linguistico tedesco.

Lei ha citato la legge provinciale sull'urbanistica di Trento. Bene, io ho detto che non facevo riferimento alla legge, ma facevo riferimento all'attività che è stata svolta dall'Amministrazione provinciale trentina, la quale, in confronto alla nostra Amministrazione, ha indubbiamente realizzato dei punti a proprio favore. La storia dei comprensori Lei dice poco? Loro hanno già anticipato quella che sarà la futura legge urbanistica! I piani intercomunali, come Lei giustamente dice, sono la somma di vari piani regolatori, ma basta che un consiglio comunale prenda una posizione negativa che allora non c'è più la unità nel sistema che si vuole proporre. Ed è per questo che, come giustamente ha anche spiegato il Ministro Pieraccini nel recente convegno all'EUR, la

nuova legge urbanistica prevede i comprensori, appunto per dare più omogeneità e per superare molte difficoltà burocratiche per la creazione di un determinato assetto urbanistico unitario in una zona che si chiama comprensorio o meno. Ma soprattutto, bisogna darne atto, l'Amministrazione provinciale di Trento, sia pure con le dovute lacune, ha svolto una intensa attività di contatto col pubblico, con le categorie economiche, non soltanto con i Sindaci e gli uffici tecnici, nel corso dell'elaborazione, per correggere le impostazioni urbanistiche già predisposte. Questi sono i fatti, e non sono qui a fare il paragone tra le due province, ne ho discusso con i miei amici e compagni di Trento, i quali si sono notevolmente impegnati in ordine al piano urbanistico provinciale trentino — ma necessariamente da questo paragone ne esce una maggior lode, per il maggior impegno e anche per la diversa impostazione data al metodo nell'elaborazione stessa del piano, a favore dell'Amministrazione provinciale di Trento.

Legge urbanistica nuova: io ribadisco qui un mio vecchio pallino, che già l'anno scorso ebbi a farLe presente. Ormai è in atto la modifica della legge urbanistica. Allora perché noi non mettiamo già all'opera un gruppo di tecnici, e non soltanto tecnici, per studiare la elaborazione della nostra legge urbanistica tenendo conto delle norme proposte? L'anno scorso parlavo del disegno di legge predisposto da quella commissione che ebbe ad essere istituita dall'ex Ministro dei Lavori Pubblici, Sullo; oggi abbiamo un testo che ha modificato in certe parti sensibilmente il vecchio progetto Sullo. Abbiamo l'attuale progetto che sarà presentato dal Governo e in base a quello possiamo già predisporre un certo studio, un certo elaborato, per la futura modifica della nostra legge. Non dico con questo che dobbiamo discuterne qui in Consiglio provinciale prima che venga approvata dal Parlamento, però Lei si renderà conto che la nuova legge pone già una serie di problemi per i quali sarebbe bene non attendere tempo. Si dovrebbe almeno mettere allo studio le conseguenze che ci saranno un domani in provincia di Bolzano qualora venisse adottata dal Parlamento una legge urbanistica, così com'è stata per ora proposta o predisposta dalla commissione tecnica all'uopo istituita, proprio perché innova notevolmente, non soltanto per quanto riguarda lo esproprio generalizzato e tutte queste cose, che sono riforme, principi nuovi che noi dovremo recepire quando effettivamente il Parlamento avrà adottato questa legge, ma proprio per la questione dei comprensori. Lei dovrebbe porsi questa domanda: se questa legge venisse adottata, quanto tempo ci metteremo noi per studiare la recezione in provincia di Bolzano? Probabilmente passeranno dei mesi prima che noi avremo adottato la legge nazionale alla nostra situa-

zione. Quindi, bisognerebbe predestinare già una serie di studi al riguardo. Facciamo delle previsioni: l'esproprio generalizzato, così come è stato posto nell'attuale disegno di legge, quali conseguenze potrebbe provocare? Quali saranno i punti di maggiore interesse a questo riguardo? Che cosa ne discenderà per un certo tipo di economia? I nostri Comuni come potranno operare al riguardo? E così via. Io sollecito, quindi, di non perdere tempo e di mettersi già allo studio, perché questi studi poi ci serviranno egregiamente quando il Parlamento avrà emanato questa importante ed essenziale legge per il futuro del nostro Paese, legge che speriamo venga quanto prima adottata dal Governo e proposta ufficialmente alla Camera dei Deputati e al Senato della Repubblica. Anche perché, dott. Benedikter, — è per questo che io sollecito un certo studio — quando sarà emanata la legge urbanistica nazionale, Lei può già pensare quante pressioni, provenienti dal gruppo etnico italiano e dal gruppo etnico tedesco, ci saranno nei confronti della Provincia, per impedirne il più possibile l'attuazione. Io sono certo, dott. Benedikter, che ci sono dei sudtirolesi e altrettanto degli italiani che preferirebbero il sistema fascista oggi piuttosto che vedere adottata la legge urbanistica preventivata dall'attuale Governo, perché colpisce logicamente fortemente certi interessi privati. Già la legge sulle aree è stata l'apertivo al riguardo, ma la legge urbanistica sarà qualche cosa di diverso, in quanto potrà colpire meglio, se ci sarà anche la sufficiente volontà, la speculazione edilizia, cosa che non è avvenuta totalmente attraverso la legge dell'imposta sulle aree fabbricabili, perché quella ha colpito soltanto un lato, certi settori di proprietari e così via, ma non ha colpito integralmente la categoria degli speculatori veri e propri. Quindi, predisponiamo in tempo degli studi, accertiamo come sarà la dinamica futura in Alto Adige per quanto riguarda il settore urbanistico che coinvolgerà un po' tutta la vita economica e sociale dell'Alto Adige, mettiamoci già a riflettere, a elaborare, a pensare, a studiare e a predisporre studi sufficienti al riguardo.

Le resistenze ci sono e ci saranno. Noi abbiamo assistito — peccato che Lei non sia venuto — a quel convegno dell'EUR indetto dall'unione delle Camere di Commercio che è stato una delle cose più scandalose a cui io abbia assistito nella mia avventurosa vita politica. Intanto mi sono meravigliato molto che l'unione delle Camere di Commercio indicasse un convegno in quella maniera, convegno che è stato introdotto da quattro relazioni contraddittorie l'una con l'altra. Basti pensare che i relatori erano il prof. Grandi, il prof. Testa, il prof. Francesco Forte e D'Abbergo. Poi la convocazione del convegno è avvenuta in maniera da far confluire a Roma buona parte dei rappresentanti dei costruttori edilizi. C'erano

inoltre pubblici amministratori, deputati, consiglieri comunali, provinciali e regionali, e dei tecnici fra i quali il prof. Guarino. Ad un bel momento bastava che uno — mi ricorderò sempre l'on. Ripamonti, un altro deputato della Democrazia Cristiana — avesse detto che l'Italia aveva bisogno di una legge urbanistica nuova perché c'erano problemi da risolvere, che con l'adozione di quella legge si poteva prevedere lo insediamento di tot numero di vani, che avrebbe permesso a molte famiglie di essere ospitate in case civili, bastava che uno dicesse questo che subito vi erano delle interruzioni, delle offese, tanto che il prof. Guarino non ha potuto neanche concludere il suo intervento! Il Ministro Pieraccini, interrotto continuamente, si è salvato per la sua abilità. Il Ministro Medici, che era uno dei patrocinanti del convegno, non ha neanche ritenuto di prendere la parola vista la atmosfera. In presenza sua è avvenuto anche un episodio tremendo, non uno qualsiasi, quando il capo dei servizi immobiliari della FIAT è salito sul podio. Voi sapete bene che cosa significhi la FIAT in fatto di servizi immobiliari, perché non si deve pensare sempre alla FIAT automobili e pezzi di ricambio, si deve pensare anche all'attività della FIAT, di questo grande monopolio, nel settore della speculazione edilizia, dell'autostrada, delle case, dell'accapparramento dei terreni ecc.; come si parla dell'immobiliare a Roma, così si deve parlare della FIAT e non soltanto in quel di Torino. Ebbene, l'ing. Trincherà è salito ad un bel momento sul podio dinanzi al Ministro Medici, a conclusione del convegno, e, in contrasto con tutti coloro che avevano potuto sostenere — pochi purtroppo — la bontà del nuovo assetto urbanistico che il Governo intendeva proporre al Parlamento, ha denunciato il fatto che i Comuni, amministratori comunali e partiti, con i quali egli e i suoi uffici avevano trattato, li avevano obbligati a costose transazioni con decine e centinaia di milioni. Quando il deputato on. Todros è salito sul podio subito dopo per chiedere a questo ing. Trincherà di denunciare questi gravissimi fatti alla magistratura, e ha invitato l'assemblea contemporaneamente a valutare serenamente i temi all'ordine del giorno e "... a non dare l'impresione — queste sono state le sue testuali parole — di apparire un'assemblea di speculatori,, , volevano linciare. Per venti minuti dinanzi al Ministro Medici c'è stato un tumulto tale che poteva portare anche all'aggressione fisica di questo deputato. E avanti di questo passo. Io ho già chiesto in Regione, attraverso un'interrogazione di ieri, se le Camere di Commercio di Trento e di Bolzano si sono associate a questa iniziativa, al contenuto, alle finalità e alle conclusioni dell'iniziativa, perché l'unione delle Camere di Commercio in questo caso, attraverso anche la condotta del dibattito e la convocazione a Roma

di questi squadristi dell'edilizia, ha mostrato il suo vero volto. Se per caso le Camere di Commercio di Trento e di Bolzano si fossero associate in toto a questa iniziativa, sarà il caso di ribadire ancora una volta che bisogna sciogliere le Camere di Commercio nel Trentino e nell'Alto Adige ed assumere questi settori come Regione o come Provincia.

Su questo fatto, comunque, ho avuto modo ieri — lo dico subito — di inviare un esposto raccomandato al Procuratore della Repubblica di Roma chiedendo di indagare in ordine a questo episodio, avvenuto al convegno dell'EUR, e di chiamare l'ing. Trincherà a rendere conto e a documentare le sue accuse, perché se sono vere queste accuse: fuori i colpevoli. Sarà colpevole però anche chi dei servizi della FIAT si sarà reso partecipe con questi amministratori comunali e con i partiti di queste cosiddette transazioni.

Ho voluto narrarvi questi fatti per descrivervi un po' l'atmosfera che c'è stata a Roma recentemente. Così avverrà in Alto Adige o press'a poco. Salteranno su di nuovo gli on. Ebner i Posch e altri, non soltanto dell'"Aufbau", ma anche dell'altra parte, e li vedrete scatenati contro l'adozione di una legge urbanistica moderna anche in provincia di Bolzano, dopo che sarà predisposta — speriamo presto — dal Parlamento. Allora, cominciamo già fin d'ora a studiare la situazione, ad iniziare uno studio in ordine alla possibile riforma della legge provinciale sull'urbanistica, tenendo conto delle proposte di fondo che già conosciamo in base al progetto predisposto dalla commissione.

Edilizia popolare. Dott. Benedikter, non voglio soffermarmi se non per dire questo: la situazione della edilizia popolare in Alto Adige è seria e non dobbiamo vederla soltanto in ordine ai tuguri e alle baracche ecc., che formano molti casi, ma pochi nel complesso, in confronto all'esigenza di una casa popolare di migliaia di famiglie. Il quotidiano "L'Adige", — non mi stancherò mai di ripeterlo — pochi mesi fa ebbe a denunciare una mancanza a Bolzano di 3000 alloggi popolari, e la somma potrebbe aumentare se ci si sposta in alcuni Comuni di maggiore afflusso dal punto di vista dell'urbanesimo. Che cosa si fa a proposito del futuro nel settore dell'edilizia popolare? Sì, le cifre che il competente Ministero dei Lavori Pubblici ha già segnalato: 1.700 milioni per tre anni, 500 milioni della legge Romita, che non si sa quando potranno essere impiegati e forse altri 500 o 600 milioni.

Ma tutte queste cifre denunciano un fatto, che cioè anche avendo a disposizione questi quattrini il problema si risolve relativamente, perché con una somma di poco più di 2 miliardi in tre anni, quanti alloggi si potranno fare? Pochi purtroppo, neanche

per tener dietro a quel famoso incremento naturale della popolazione in fatto di alloggi, che ebbe a denunciare l'ex Ministro degli Esteri Figli, all'epoca di Castel Firmiano, che soltanto per la città di Bolzano era di 300 alloggi annui. Oggi questa misura è di molto aumentata nella sola città di Bolzano. D'altra parte c'è la necessità di verificare un po' di più la situazione, di esaminare quello che può e deve fare lo Stato in ordine a questo particolare problema. Non mi stancherò mai di dire che uno dei peggiori difetti della politica governativa in Alto Adige — pensate a quel che volete, signori di Castel Firmiano — è stato quello di non aver stanziato fondi in maniera straordinaria, data la straordinaria situazione politica e sociale dell'Alto Adige, per risolvere il problema della casa in pochi anni a favore non degli italiani, "dei meridionali", come voi li chiamate disprezzando, ma degli italiani e dei sudtirolesi che hanno veramente bisogno. E in questo bisogno sono sempre stato disposto a catalogare quei sudtirolesi che hanno bisogno della casa anche se non abitano in un tugurio, ma che vivono in case vecchie, superate molte volte, e vivono magari decorosamente perché hanno un particolare amore per la casa, ma hanno il diritto di avere la casa. I cittadini, per esempio, di via Portici, di via Bottai, di piazza Erbe ecc., hanno diritto alla casa popolare. Non occorre che abitino sotto i ponti o nelle baracche, come purtroppo certe famiglie sono costrette; l'ho detto questo! Si può vedere in due misure diverse il problema del bisogno, per me, una delle principali carenze della politica governativa in Alto Adige nel corso di questi anni è stata quella di non aver voluto, non potuto, ma voluto risolvere straordinariamente il problema della casa, avvalendosi degli enti locali per la realizzazione di questa politica, non attraverso le prefetture, ma attraverso gli enti locali: Provincia, Istituto Case Popolari, Comuni. E oggi noi continuiamo a tirare avanti. Adesso, inoltre, dopo anni di stasi siamo addirittura in una situazione notevolmente preoccupante.

Allora, dott. Benedikter, io sarei per fare questa proposta: la Regione si è proposta le conferenze multilaterali sull'economia, va bene; del resto le abbiamo sollecitate anche noi. La Provincia allora perché non indichi in questi mesi futuri una conferenza sull'edilizia popolare in provincia di Bolzano, convocando amministratori comunali, tecnici, rappresentanti delle varie categorie, per esaminare nel complesso il problema? E' un problema che riguarda non solo coloro che hanno bisogno di casa, ma è un problema che riguarda, ad es., gli enti pubblici, che, se uniscono i loro sforzi, possono facilmente fare di più nel settore della edilizia popolare, nell'edificazione di case popolari, che non così in ordine sparso e isolato come avviene oggi. Insomma, dovrebbe uscire non soltanto un certo esa-

me della situazione del fabbisogno in fatto di case, ma dovrebbe uscire anche un certo piano da proporre al Governo. Cioè dire: in Alto Adige l'esigenza di case per italiani e sudtirolesi è questa; i poli dove maggiormente si deve intensificare o indirizzare una politica di edilizia popolare sono principalmente questi, in conseguenza anche delle previsioni urbanistiche che la Provincia e i Comuni stanno predisponendo. Laddove si prevedono, ad esempio, centri industriali decentrati, è ovvio che si deve provvedere anche ad una certa politica di edilizia popolare e così via. Cosa può fare l'ente pubblico locale? E qui faremo dei conti e delle previsioni. Cosa deve fare il Governo? Ecco, questo diremo. Perché guardate che si ritornerà inevitabilmente a Castel Firmiano, sia che la manifestazione la convochi qualche partito di lingua tedesca o che la convochi qualche partito dell'altro gruppo etnico, si ritornerà inevitabilmente a quel clima per quanto riguarda il problema della casa, perché quando non ne potranno più centinaia e migliaia di famiglie, in Alto Adige verranno fuori delle autentiche sommosse, perché è giusto che questo avvenga ed è prevedibile che questo avvenga, se noi continuiamo nel tran tran dell'attuale politica. Io sarei proprio per proporre la convocazione di una conferenza provinciale per l'edilizia popolare, indetta dalla Provincia, per l'esame della situazione e per vedere come si può impostare un certo piano in un certo numero di anni per risolvere questo gravissimo problema che è grave oggi e gravissimo sarà domani, con conseguenze politiche dirette.

A questo riguardo — Lei ieri non c'era perché era occupato in quel di Milano, — ho citato, tra le tante vergogne che esistono, l'ex campo di concentramento nazista. Ho detto che se c'era un'opera da smantellare ricordandola soltanto attraverso una stele, che speriamo venga fatta almeno nel ventennale della resistenza, era l'ex campo di concentramento nazista, lo smantellamento del quale faceva, almeno per una certa parte dell'opinione pubblica italiana e tedesca, dimenticare quel luogo di ferocia e di sofferenza. Viceversa nel 1964 49 famiglie ancora esistono in quel luogo e in condizioni, dott. Benedikter, che Lei conoscerà, spero. C'è un problema sociale e un problema morale, ed è un po' difficile, è brutto ed è antipatico fare delle distinzioni tra i baraccati di via Genova e quelli dell'ex campo di concentramento. Ma possibilmente entro il 1964 dovremo avere l'ambizione, dott. Benedikter, di cancellare l'ex campo di concentramento nazista di Bolzano, perché è una situazione impossibile da ogni punto di vista. Quindi, io spero che non si risolva il problema dell'ex campo di concentramento smantellando quest'anno una baracca e poi smantellando tra altri dieci anni la seconda e così via, perché di questo passo veramente an-

dremo male. Bisognerebbe vedere, insieme al Comune e ad altri enti, se entro quest'anno non si può risolvere, sia attraverso la legge Romita, sia attraverso quei 200 milioni ecc., o in altra maniera il problema di queste 49 famiglie, cancellando l'ex campo di concentramento. Tanto più che, dott. Benedikter, Lei forse lo saprà, quell'area è stata acquisita dall'INCIS e c'è un piano per la costruzione di 200 alloggi per impiegati statali. L'area è già passata dal Demanio all'INCIS. Quindi, si coinciderebbe con un'esigenza di dare la casa ad altre 200 famiglie.

Infine, dott. Benedikter, c'è il problema dei riscatti. Io chiedo chiaramente se nei prossimi mesi finalmente l'Istituto Case Popolari, che mi pare non abbia molta buona volontà di mettere a riscatto le case in quanto vuole un po' conservare forse il più possibile questo vasto patrimonio sotto la direzione di un unico ufficio, chiedo se finalmente questa legge provinciale sui riscatti entra in vigore anche all'I.A.C.P. Se cioè i lavoratori e le famiglie interessate possono finalmente acquisire la casa attraverso la forma del riscatto prevista da una legge provinciale. Tutti noi abbiamo avuto molte pressioni da parte di lavoratori che abitano in quelle case, i quali desiderano sapere se possono o non possono avere la casa a riscatto. Io chiedo che finalmente si passi all'attuazione di questa legge, perché è giusto che una legge provinciale finalmente dopo anni venga applicata, e non avvenga quello che è avvenuto sinora che cioè si è recepito una legge nazionale e poi tutto è rimasto lì. Non dobbiamo fare le leggi per impedire l'attuazione di leggi nazionali, perché allora non sarebbero proprio così esagerate ed infondate le voci di quei critici che dicono che l'autonomia alle volte, specie quella provinciale, viene strumentalizzata per fini di parte. Pertanto io chiedo chiaramente alla Giunta provinciale, e pregherei il dott. Magnago di interessarsene e non di lasciare soltanto all'Assessore Benedikter questo compito, l'applicazione, la pronta attuazione della legge sui riscatti, e chiedo a tutti gli Assessori, italiani e sudtirolesi, in Giunta, che fanno molti discorsi fuori di qui a questo proposito, che finalmente ci sia una adeguata presa di posizione da parte della Giunta per l'applicazione di questa legge, perché quello che sta avvenendo è uno scandalo, permettete che ve lo dica. La scusa della revisione delle stime, le altre scuse... insomma all'Istit. Case Popolari praticamente tutto è come se non fosse intervenuta la legge provinciale, lo dico sinceramente. Ora, non è possibile andare avanti così, considerando la vastità del problema e considerando che da anni c'è una legge che non viene praticamente applicata.

BENEDIKTER (Assessor für Volkswohnbau und Raumordnung - S.V.P.): Ich antworte ganz kurz

und beginne bei der letzten Angelegenheit, der Anwendung des Gesetzes über die Abtretung ins Eigentum. Im allgemeinen Bericht heißt es, daß das Provinzgesetz seit einem Jahr in Kraft ist. Es muß abgeändert werden, damit es im Zusammenhang mit den Eintragungen im Grundbuch einwandfrei angewandt werden kann. Die Gemeinden und das Volkswohnbauinstitut als solche sind schon jetzt in der Lage, dieses Gesetz anzuwenden. Es hängt von ihren Initiativen ab, die entsprechenden Vorschläge an den Landesauschuß zu machen, damit das Verfahren eingeleitet werde. Wir können aber weder die Gemeinden noch das Institut zwingen, etwas Positives zu tun. Obwohl zur Anwendung eines Gesetzes kein Rundschreiben notwendig ist, wurde zur Aufklärung bereits im Februar ein Rundschreiben verschickt. Das habe ich in der Beantwortung einer Anfrage schon vor zwei Monaten gesagt.

Über das neue Urbanistikgesetz möchte ich nur eines sagen. Wir wissen heute noch nicht, welche Formel für die Enteignung des Baugrundes zu Gunsten der Gemeinden gefunden wird. Wir müssen daher zumindest abwarten, was der Ministerrat beschließt. Der diesbezügliche Vorschlag an das Parlament ist nicht einmal für die Behandlung im Ministerrat fertig. Es wäre daher verfrüht, unser Gesetz im Sinne einer Rezeption, einer Anpassung an das kommende Staatsgesetz vorzubereiten. Ich bin der Ansicht, daß man vorsichtshalber die Änderung des Provinzgesetzes vorbereiten soll, um möglichen Übergriffen durch die staatliche Gesetzgebung zuvorzukommen. Wir müssen aber zumindest abwarten, zu welchen Grundsätzen sich der Ministerrat letzten Endes entschließen wird, denn was die Kommission vorgeschlagen hat, kann noch lange nicht endgültig sein.

Wir haben in unseren Gesetzen — dem Urbanistikgesetze, dem Gesetze über die Schaffung von sogenannten Volkswohnbauzonen — vorgesehen, daß Gemeinden, die es wegen der verhältnismäßig einfachen Lage nicht notwendig haben, einen eigenen kostspieligen Bebauungsplan auszuarbeiten, in die Lage versetzt werden sollen, mit einem summarischen Bebauungsplan auszukommen, der den Richtlinien im Landesplan entspricht. Wir haben damit etwas vorweggenommen, was im kommenden Urbanistikgesetz enthalten sein soll, nämlich die „comprensori“. Das sind aber nicht kleine „comprensori“ wie etwa das Burggrafenamt oder das Brixner Becken, sondern „comprensori“ von der Größe einer Provinz, z. B. der Provinz Bozen. Dadurch sollen Bebauungspläne für „comprensori“ einer solchen Größe geschaffen werden, damit dann eine ganze Reihe von Gemeinden, die keinen eigenen Bebauungsplan brauchen und keine städtische Entwicklung durchmachen, diesen allgemeinen Plan haben, nach dem

sie ihr Bauprogramm ausrichten können. Das gibt die Möglichkeit, daß diese Gemeinden endlich einmal zu einem Plan kommen. Wo kämen wir hin, wenn wir mit Mühe und Not den Landesplan erstellen, und dann zwischen dem Landesplan und den Gemeindeplänen, seien es nun Gemeindepläne oder sogenannte Bauprogramme, noch einmal eine Zwischenstufe schaffen müßten?! Die sogenannten Bezirkspläne werden als eigene Pläne regelrecht verabschiedet. Damit wir auf schnellstem Wege zu einem Resultat kommen und die Gemeinden im Sinne des neuen Urbanistikgesetzes auch praktisch etwas anfangen können, ist es doch naheliegend, daß wir unseren Landesplan endlich herausbringen. Dieser ist im Grunde genommen und nach der Auffassung des neuen Urbanistikgesetzes nichts anderes als ein größeres Kompensorium. Auf Grund dieses Landesplanes müssen dann gewisse Gemeinden, die noch keinen Bebauungsplan haben, den Bebauungsplan erstellen; gewisse andere Gemeinden, die einfachere Verhältnisse haben, können sich mit einem Bauprogramm begnügen, das hinsichtlich der Volkswohnbauzonen dieselben Wirkungen hat wie ein Bebauungsplan. Das ist bereits in unserem Gesetz vorgesehen. Wenn das nicht der Fall wäre, bräuchten wir keine Pläne auszuarbeiten, die einmal auf Provinzebene, einmal auf Gemeindeebene und einmal auf Bezirksebene in einer langwierigen und komplizierten Prozedur verabschiedet und dann als Gesetze erlassen werden. Wir hätten also drei Arten Pläne und die ganze Angelegenheit würde noch komplizierter, vor allem aber noch mehr in die Länge gezogen. Ich bin der Ansicht, daß wir endlich diesen Landesplan in den Landtag bringen und trachten müssen, daß alle Gemeinden einen Bebauungsplan oder ein Bauprogramm bekommen. Ich hoffe, der Landesauschuß wird, wenn nicht im Laufe des Monats April, so doch spätestens im Mai, den Vorschlag eines Landesplanes genehmigen. Somit ist ein Vorschlag da, für welchen der Landesauschuß als ausführendes Organ der autonomen Provinz die Verantwortung gegenüber den Gemeinden und gegenüber allen Organisationen übernimmt. Diese Organisationen und Gemeinden können dann zu diesem Plan, der gut oder schlecht sein kann, Stellung nehmen. Erst dann wird sich der Landesbaubeirat, in dem auch die Gewerkschaften auf Provinzebene vertreten sind, damit befassen, abgesehen von den Gemeinderäten, die auch dazu Stellung nehmen werden.

Was die Planung des Volkswohnbaues im allgemeinen betrifft, möchte ich hinsichtlich der staatlichen Zuwendungen für den Volkswohnbau in der Provinz Bozen im Vergleich zur Provinz Trient etwas klarstellen. Es hat den Anschein, als ob der Staat für die Provinz Bozen im Vergleich zur Pro-

vinz Trient wenig getan hätte. Gestern bin ich auch gefragt worden, ob ich weiß, wieviel der Staat in der Provinz Bozen für den Volkswohnbau ausgegeben hat, im Verhältnis zur Provinz Trient. Ich habe geantwortet, daß ich diese Daten nicht habe. Ich habe mich jedoch nachher erkundigt und erfahren, daß der Staat bis heute, unabhängig vom neuen Zehnjahresprogramm für die Arbeitnehmer, der Provinz Bozen für den Volkswohnbau, einschließlich INA-Casa und TUPINI-Plan, rund 11.500.000.000 Lire zugewendet hat, der Provinz Trient hingegen nur rund 9.500.000.000 Lire. Man kann somit nicht sagen, daß die Provinz Bozen im Verhältnis zur Provinz Trient nicht entsprechend berücksichtigt worden wäre. In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf etwas anderes hinweisen: bei diesen Zuwendungen sind die Beträge nicht berücksichtigt, die die autonome Provinz ihrerseits durch die drei Gesetze — das Wohnbaugesetz vom Jahre 1951 bis 1961, das neue Wohnbaugesetz und das Landarbeiterwohnbaugesetz — ausgegeben hat. Bei dieser Gelegenheit dürfte es angebracht sein, darauf hinzuweisen, daß wir uns, trotz der Durchführungsbestimmungen, die ja nicht die Verwirklichung der primären Zuständigkeit der Provinz auf diesem Sektor brachten, konkret bemüht haben, eine echte, umfassende Planung des Volkswohnbaues in der Provinz Bozen durch ein Provinzgesetz zu erreichen. Seit fast einem Jahre verhandeln wir mit dem Ministerpräsidium über dieses Provinzgesetz. In diesem soll neben den Planungen für die Landesgesetze zu Gunsten der Kleinsparer und Landarbeiter und neben den Planungen für die Zuwendungen des Staates aus dem Tupini-Gesetz auch die örtliche Planung für das Zehnjahresprogramm, welches für die Provinz Bozen rund 7 Milliarden Lire vorsieht, berücksichtigt werden. Für die ersten drei Jahre sieht dieses rund 2.500.000.000 Lire vor. Alle diese Planungen sollen durch ein Organ der Provinz koordiniert werden. Wir werden sehen, wenn wir das Gesetz in den Landtag bringen werden, ob dieses Organ aus den Landtagsabgeordneten in der Kommission besteht, die heute das Gesetz Nr. 4 verwaltet, oder aus einer anderen Kommission, die auch die Vertreter der verschiedenen interessierten Organisationen umfaßt. Wir haben festgestellt, daß in diesen drei Jahren auf Grund des Landesgesetzes Nr. 4 vom Jahre 1962 1723 Gesuchsteller der deutschen Sprachgruppe und 960 Gesuchsteller der italienischen Sprachgruppe Gesuche eingereicht haben. Das entspricht ungefähr dem Bevölkerungsverhältnis. Es konnte aber nur eine geringere Anzahl berücksichtigt werden. Rund 80% dieser Gesuchsteller haben gleichzeitig auch die Beiträge für das ehemalige INA-Casa-Programm entrichtet, also für das Zehnjahresprogramm. Ein Teil dieser Ge-

suchsteller könnte daher beim Zehnjahresprogramm berücksichtigt werden. Das setzt wieder voraus, daß dieses Zehnjahresprogramm, zum Unterschied von den anderen Provinzen, mit einem viel größeren Prozentsatz für einzelne Gesuchsteller ausgestattet werden müßte. Wir sollten in die Lage versetzt werden, diese Gesuche — soweit sie nicht durch das Provinzgesetz für die Kleinsparer berücksichtigt werden können und es sich überhaupt um echte Bedürftigkeitsfälle handelt — im Zehnjahresprogramm zu berücksichtigen. Voraussetzung dafür ist, daß diese Planung auf provinzieller Ebene durchgeführt werden kann und wir auch die Prozentsätze bei den verschiedenen Gruppen von Bauten — Einzelbauten, Genossenschaftsbauten, Bauten für die Allgemeinheit, Bauten von Körperschaften — gegenüber dem Staatsgesetze ändern können. Wir sind seit rund einem Jahre in Verhandlungen, um hier ein Provinzgesetz erlassen zu können. Wir und die Provinz Trient haben deswegen die voriges Jahr im Oktober erschienene Durchführungsverordnung zum Staatsgesetze beim Verfassungsgerichtshof angefochten, weil in keiner Weise der Existenz der autonomen Provinzen mit ihren Zuständigkeiten Rechnung getragen war. Am 29. April ist die Verhandlung beim Verfassungsgerichtshof. Ich habe gehört, daß der Staat den Standpunkt vertritt, daß diese Durchführungsverordnungen in den Provinzen Bozen und Trient nicht anwendbar seien und für die Provinzen Bozen und Trient entweder eigene Durchführungsverordnungen oder ein Provinzgesetz erlassen werden müßte. Dieser Standpunkt der Anwaltschaft des Staates entspricht also unserem Standpunkt, daß die allgemeine Durchführungsverordnung nicht unseren Kompetenzverhältnissen entspricht. Ich hoffe, daß wir zu diesem Provinzgesetz gelangen und bei der Verabschiedung dieses Provinzgesetzes ein Organ schaffen können, das die Planung des Volkswohnbaues in der Provinz für alle sogenannten Programme: Kleinsparerprogramm, Landarbeiterprogramm, Wohnbauprogramm, Tupini-Programm, Zehnjahresprogramm für Arbeitnehmer, koordiniert. In diesem Zusammenhang wird es dann auch einmal möglich sein, eine genaue Erhebung über den Wohnbedarf in der gesamten Provinz durchzuführen. Wir haben bis heute diese Erhebung nicht durchgeführt und hätten sie auch nicht durchführen können. Wir haben Teildaten der letzten Zählung vom Oktober 1961, aus welcher hervorgeht, daß in der Provinz, außer Bozen, zwischen 17.000 und 18.000 Wohnungen bestehen, die ohne Abort und ohne Wasser im Inneren der Wohnung sind, während in der Stadt Bozen die Anzahl der Wohnungen ohne Abort und ohne Wasser innerhalb der Wohnung geringfügig ist. Ich hoffe, daß wir demnächst mit dem Ministerpräsidium

zu einer Einigung gelangen, damit wir das Provinzgesetz verabschieden und bei diesem Anlaß ein Organ im Rahmen der Provinzorganisation schaffen können, das eine echte Koordinierung aller Wohnbauprogramme durchführen kann. Das wäre eigentlich der Sinn der autonomen Zuständigkeit.

Ich glaube, nun im wesentlichen auf alle Fragen eingegangen zu sein.

BERTORELLE (D.C.): Su un tema così importante come quello della casa, che presenta purtroppo ancora degli aspetti preoccupanti, sia pure a distanza di molti anni dalla fine della guerra e a distanza di molti anni di provvidenze che in altre regioni e in altre province hanno portato un segno tangibile, parlo del piano Fanfani, Ina-Casa, piano Romita ecc., desidero dire due parole per far presente anche quale è stato l'indirizzo e l'azione del mio gruppo in seno alla Giunta e in altre circostanze e ambienti a questo proposito. Il problema c'è, è inutile negarlo. Il consigliere Nardin parla perché c'è un problema. Naturalmente esagera, naturalmente vede taluni aspetti e non vede altri, ed è facile parlare del campo di concentramento in occasione del ventennale della resistenza ecc. Ci sono molti ricordi che si collegano di carattere storico, patriottico e di carattere sociale, però la sostanza c'è ed è una sostanza veramente preoccupante. Egli potrà dire che il Comune ha risolto metà del problema, perché c'erano dentro 112 famiglie e adesso ce ne sono dentro 49; si potrà dire che molte di queste famiglie avrebbero potuto andar via prima, perché c'è della gente lì dentro che ha condizioni di famiglia, negozi ed altro, da quanto mi si dice, per cui avrebbe potuto trovare altre possibilità, ma il problema c'è. Non è però il solo problema, perché accanto a questo e in ugual misura, a parte il fatto che in quella zona ci fu il martirio e la sofferenza di tanta gente, esistono delle situazioni altrettanto o forse più gravi ancora. Parlo di cantine, parlo di soffitte dove addirittura oltre a tutto ci sono condizioni igieniche di mancanza d'aria che non esistono al campo di concentramento; e poi c'è l'altra zona di via Genova, viale Trieste ecc. Purtroppo nonostante che quattro o cinque anni fa in Consiglio comunale di Bolzano si sia fatto un censimento di queste zone di disagiata abitazione e si sia indicato anche il numero preciso delle famiglie — mi pare che fossero 300 i casi nella città di Bolzano degni di un intervento immediato —, la situazione c'è. Quando ricordiamo però che gran parte, anzi tutte le famiglie che erano alla caserma di Laives sono state tolte da quel posto; quando ricordiamo anche l'azione coraggiosa del Comune che ha abbattuto molte e molte case o abitazioni di fortuna dopo che aveva dato alloggio agli abitanti delle stesse; quando ricordiamo che anche al

campo di concentramento e anche nelle case di via Genova si è portato via gran parte degli abitanti, ci si rende conto come non si possa negare l'azione svolta dall'autorità comunale, alla quale anche la Giunta provinciale ha dato il suo appoggio, in particolare attraverso quel provvedimento che ieri ha ricordato il collega Ziller, quel contributo annuo di 11 milioni per facilitare il mutuo del Comune di Bolzano che provvederà alla costruzione di 200 alloggi destinati a superare in parte questa particolare situazione. Bisogna con l'occasione però, poiché noi siamo uomini che ragionano e sappiamo che il mondo è stato fatto in sette giorni e non in uno e che ognuno lavora con gli arnesi che ha in mano e non con quelli che vengono da Marte o dalla Luna, che prendiamo atto, per esempio, della denuncia coraggiosa che è stata fatta da parte del Sindaco di Bolzano in Consiglio comunale delle carenze della legge nazionale che in questa situazione hanno impedito, per esempio, al piano CEP, che era stato deciso molti anni fa, di potersi realizzare. Ora, bisogna che certe frecce noi le lanciamo anche all'indirizzo di quegli uomini di governo che in passato e in presente avevano il dovere di cambiare la legge e non l'hanno cambiata. Gli amministratori locali non possono cambiarla e devono, se hanno il coraggio, denunciare la situazione o star zitti e sopportare le conseguenze di una critica pubblica, la quale si rivolge proprio contro coloro i quali non sono responsabili di questa situazione di carenza legislativa e d'altra parte sono sul posto e quindi sono facili fantocci per le palle del tiro a segno. Quindi, la necessità, e questo più volte l'abbiamo detto e siamo intervenuti presso il Ministro Sullo allora, il Ministro Pieraccini adesso, di modificare le strutture delle leggi urbanistiche per consentire rapidamente lo svolgersi di aste, di trattative, di costruzioni.

Secondo. La legge provinciale sull'edilizia popolare diretta, come dice il suo titolo, a facilitare l'acquisto della proprietà deve essere riveduta oggi alla luce della nuova situazione creatasi, per cui il 70% di mutuo fino ad un massimo di 5 milioni non è più sufficiente adesso perché i prezzi sono saliti. Il problema è il reperimento dei fondi. Ma in effetti, sebbene la legge sia di appena due anni, in questi due anni è successo quel marasma che noi sappiamo e che non consente più a molta gente di poter approfittare di quella legge che nell'aprile 1962 era stata vista e salutata anche da noi nel suo nascere come una legge veramente provvida. Oggi però per tutto quello che è successo non rappresenta più una possibilità concreta per tante e tante famiglie, ma dimostra come la legge offre una possibilità per chi ha un po' di più del normale.

Terzo: Piano decennale per la costruzione di case per lavoratori. L'Assessore competente ha accennato

alla possibilità, all'intenzione di presentare un progetto legislativo. Noi abbiamo avuto occasione di dire più volte che siamo più che convinti che se c'era un motivo per ritenere che il piano Fanfani, diretto a lenire la disoccupazione, non aveva diretta relazione con l'edilizia popolare. Non c'è dubbio che il piano decennale è diretto non tanto a lenire la disoccupazione, quanto a favorire l'edilizia che va compresa nelle competenze delle Province e pertanto è ingiustificato l'art. 40 della legge che ha fatto riferimento sic et simpliciter alle norme di attuazione del 1959. Tutta la vertenza che ne è sorta e che è arrivata anche all'impugnativa del decreto di norma di attuazione della legge del piano decennale, effettuata dalla Giunta regionale per conto di entrambe le provincie, perché entrambe le Province di Trento e di Bolzano hanno chiesto alla Giunta regionale di impugnare quel regolamento di applicazione della legge sul piano decennale, è un'altra dimostrazione di uno stato di mancanza di un ordine, di una tranquillità in questo settore. Se oltre a tutte le grane che già ci sono aggiungiamo ancora i conflitti di competenza, la gente si stanca e si scaglia addosso a tutti quanti noi amministratori perché siamo incapaci di far funzionare questo meccanismo che consenta loro di avere una casa ad un prezzo conveniente. Quindi, siano fatti tentativi, e so che l'Assessore si è preoccupato ed ha fatto ogni tentativo anche con la Presidenza del Consiglio dei Ministri per avere una riunione interministeriale, che anche noi più volte abbiamo sollecitato, affinché alla Provincia sia consentito, in una visione concreta delle proprie competenze nel campo della edilizia popolare, poter esercitare quel coordinamento e quella competenza nel campo dell'edilizia popolare che comprende certamente anche il piano decennale. Ma direi che ci vuole anche qui un supplemento di buona volontà. Non basta la buona volontà normale e non basta soltanto scaricarsi sulla burocrazia governativa, ma bisogna fare tutto per arrivare, perché non possiamo assolutamente in questa situazione presentarci alla pubblica opinione giustificando il ritardo con contestazioni di competenza. Dico francamente che mi metto a disposizione in qualunque momento per agevolare questa operazione affinché si arrivi a quella conclusione che l'Assessore ha indicato e che io stesso condivido, di attuare cioè una norma di attuazione particolare per la nostra regione o di consentire alla legislazione particolare nel nostro Consiglio provinciale che le competenze più importanti del piano decennale siano esercitate dalla Giunta provinciale.

Quarto. Il consiglio di amministrazione dell'Istituto case popolari non è stato ancora costituito. Questa affermazione è un boomerang. Si dirà: tu lo dici, ma anche tu hai la tua parte di responsabilità. Può

darsi che anch'io abbia la mia parte di responsabilità nel senso che non ho fatto tutto quanto era di mia competenza per poter arrivare a questo. L'Assessore però è testimone, ed il Presidente anche, che da parecchio tempo, direi da mesi, da anni continuiamo anche noi ad insistere che sia regolarizzata la situazione dell'Istituto case popolari. Sarà malignità, ma non ho trovato nell'Assessore una eguale insistenza nel sollecitare la normalizzazione del settore. Quasi che questo stato di cose fosse, non dico indifferente, ma quasi anche utile. Come dico e l'ho premesso, è una malignità; il fatto è che in altre occasioni Lei stesso si è scagliato con molto fervore, con molta decisione in determinate situazioni, buone, meno buone, cattive o altro. Qui no! Non nego naturalmente che Lei abbia auspicato questo, ma sarà una sensazione mia, che può essere anche sbagliata, di non aver visto quel calore nel chiedere la normalizzazione. A parte questa che è una questione di impressioni personali che non c'entrano per niente, resta il fatto che finché non sarà normalizzata questa situazione non potremo pretendere che si possa avere l'ausilio dell'Istituto case popolari nella politica dell'edilizia popolare della nostra Provincia, perché il commissario dell'Istituto case popolari che è una gran brava persona, certamente, è un funzionario dello Stato e non ha quello impegno che può avere un presidente eletto, un consiglio di amministrazione che risponde di fronte alla pubblica opinione. Ecco la differenza tra i funzionari governativi e i funzionari eletti. I funzionari governativi sono degne persone, ma non hanno quell'interesse che viene proprio dal fatto di sentirsi investiti di pubblici poteri e di dover rispondere alla pubblica opinione del proprio operato. Alla fine dei quattro anni lui se ne va con un buon ringraziamento, perché ha fatto il suo dovere, ma colui che viceversa è eletto, alla fine dei quattro anni deve dimostrare quello che è riuscito a fare in questi anni. Un consiglio di amministrazione e un presidente, sia presidente italiano, sia presidente tedesco, investito della sua autorità saprà certamente essere di un ausilio notevole nell'opera della politica edilizia nella nostra provincia. E potrà anche portare un po' di ordine dentro l'Istituto case popolari. Io non voglio criticare l'Istituto case popolari, perché sono spesso in contatto per chiedere di agevolare, ma il fatto che non sia stato ancora applicato il riscatto, ha ragione l'Assessore, non dipende dalla Provincia. La questione della circolare non c'entra per niente. Il Comune di Bolzano, tanto per dire, l'ha iniziato da un anno e mezzo il suo riscatto, senza aspettare circolari.

NARDIN (Segretario - P.C.I.): Non l'ha portato ancora a termine.

BERTORELLE (D.C.): Non l'ha portato ancora a termine per tante questioni. Poi lì si inseriscono anche delle questioni che dovremo un giorno vedere fra noi, perché ad un certo momento si incomincia a dire: adesso la gente non vuole più riscattare perché quella norma, quella clausola del riscatto della Provincia non va bene ecc. Invece a me sembra che noi qui decidendo in quel tal modo non abbiamo fatto male. Comunque sono cose da vedere, da approfondire. L'Istituto case popolari quindi, deve anche, avendo un consiglio di amministrazione, rimettere un po' di ordine in tutto. C'è, per esempio, il problema delle case così malmesse che effettivamente nel riscatto non so come saranno calcolate da quelli che vi abitano dentro. La possibilità di rimettere in ordine quelle case, di dare veramente una dignità alle abitazioni, la possibilità anche d'invitare tante persone che abitano lì dentro, che hanno negozi, affari, commerci, di lasciare quelle case e di trovare nel libero mercato l'appagamento delle loro possibilità di abitazione. Insomma, tante cose si possono fare nell'ambito dell'Istituto case popolari che non possono essere risolte se non con un consiglio di amministrazione.

Quinto. Dovrei dire ancora che c'è un disorientamento notevole da parte di persone che si sposano e cercano casa, e non sanno a chi rivolgersi. Gli uffici nostri, l'Assessore, non sono sufficienti al riguardo. Abbiamo messo degli uffici di consulenza, ma non sono sufficienti. Non ho avuto la sensazione che siano sufficienti. Allora è venuto fuori anche da parte di organizzazioni sindacali la proposta di costituire essi degli istituti di consulenza chiedendo contributi alla Regione e alla Provincia. Io non penso che sia giusto questo; piuttosto rafforziamo i nostri uffici, prepariamo degli opuscoletti, facciamo in modo cioè che ciascun cittadino, il quale ritiene di aver bisogno di una casa ad un prezzo modesto, possa aver davanti tutte le prospettive che gli si aprono: affitto, riscatto, legge provinciale, legge piano decennale ecc. Poi naturalmente agli organi competenti resterà da vagliare se quella persona può avere una casa, se ha i requisiti per la posizione economica che ha, oppure se viceversa debba ricorrere al mercato libero, il quale è ancora molto aperto a costruzioni. Infatti in questi ultimi anni le iniziative private di libero mercato sono state notevoli.

Sesto. Un'ultima cosa vorrei dire: nell'applicazione del piano decennale io vorrei proprio raccomandare, e naturalmente in questo mi sento anch'io corresponsabile nella raccomandazione e sarò anch'io presente nel facilitare l'azione dell'Assessore e degli organi, che non succeda quel che è successo nell'applicazione dell'Ina-Casa nell'ultimo decennio, dove abbiamo visto dei Comuni che hanno opposto una re-

sistenza veramente ingiustificata. Io cito solo due casi per non citarne molti altri.

Cito il caso, ad esempio, di Terlano dove nonostante ci siano state le possibilità di costruzioni di Ina-Casa, di Unrra-Casas e di piano Romita, 30 più 20 più 20 milioni, non si è trovato un pezzo di terreno, e lo devo dire perché anch'io sono veramente stupito, sconcertato da questa situazione, quando ci sono per esempio a Settequerce ancora molti e molti cittadini che abitano nelle baracche e vengono a lavorare a Bolzano. Io penso che non sia bene ammassare tutta la popolazione in città, ma di facilitare anche l'insediamento nella immediata periferia. Quando l'Istituto case popolari finalmente dopo anni di ricerche ha trovato un terreno, ha predisposto il compromesso e ha mandato il funzionario sul posto per farlo firmare al proprietario, a distanza di 24 ore, il proprietario l'aveva già ceduto, evidentemente sotto pressioni che da qualche parte erano venute. Ora, questa è una cosa che io definisco indegna. Non adopero facilmente delle parole grosse, ma devo dire che è una cosa veramente indegna che non sia stato possibile, in una zona dove ci sono molti cittadini italiani e tedeschi bisognosi di alloggio, di trovare un pezzo di terreno, per case con contributi già dati, perché l'Unrra aveva stanziato 30 milioni, l'Ina-casa 20 milioni e il piano Romita altri 20 milioni.

Il secondo è il caso di Bronzolo, che è anche in immediata vicinanza della città di Bolzano. Il consiglio comunale per mesi, per anni per la parte di lingua italiana ha dovuto insistere perché su quel terreno di proprietà della parrocchia che era disposta a venderlo all'Istituto case popolari, venisse tolta una antichissima servitù di deposito di legname. C'è stata una seduta del consiglio comunale dove gran parte dei consiglieri di lingua tedesca ha abbandonato l'aula semplicemente e puramente per non arrivare a togliere questa servitù e a consentire che questo terreno venisse venduto per la costruzione di case. Oggi come oggi io sono convinto che neanche si arriverà perché non è detto che venduto il terreno all'Istituto case popolari — non è stato ancora venduto — ci sarà l'approvazione dei progetti da parte del Comune e sono convinto che ci saranno altre difficoltà.

Ho citato due casi nei quali sfido chiunque a provare che non c'è stata una deliberata volontà di non mettere a disposizione un pezzo di terreno per le costruzioni. Io penso che nel momento stesso in cui noi di parte italiana diciamo chiaramente che non faremo difficoltà, anzi ageveremo l'assunzione di competenze ritenendo che il piano decennale appartenga alla competenza della Provincia, che nel momento in cui noi diamo fiducia all'organo autonomo del quale tutti facciamo parte o dentro o fuori della Giunta, non è possibile che da parte di autorità comunali di

lingua tedesca ci sia ancora questo atteggiamento di diffidenza. Non voglio generalizzare, ma ho già citato due casi che sono sufficienti. E' per questo che io prego l'Assessore, che è bene informato di queste cose e che ha fatto anche i suoi passi, perché so che qualche passo l'ha fatto, per esempio, nei confronti di Terlano, di tener presente queste cose, perché se vogliamo lavorare e agire ci deve essere aperta chiarezza da parte di tutti, ci deve essere concretezza al di fuori di ogni preoccupazione. Perciò si deve essere tutti animati dal proposito di dare l'alloggio a chi ha bisogno e di non aggravare la già pesante situazione con questioni etniche, con questioni politiche, perché allora sì che avremmo non certo la riconoscenza, ma il rimprovero da parte di tutti i cittadini amministrati.

NARDIN (Segretario - P.C.I.): Per quanto riguarda l'edilizia popolare, riconfermo ancora le mie idee, le mie tesi, e sottoscrivo molte delle tesi sostenute poco fa dal collega Bertorelle. C'è una strada di interpretazioni giuridiche, di rivendicazioni di competenze ecc., perciò seguiamola, ma non dimenticando che il tutto dev'essere uno strumento per una politica che si deve fare per assicurare la casa a chi non ce l'ha, sudtirolese o italiano che sia. E non mancano neanche certi strumenti: la legge sulle aree, ad esempio, dott. Benedikter — dico così rivolgendomi a Lei l'addebito per la mancata attuazione in certi luoghi di certe iniziative nell'edilizia popolare — lo avremmo potuto sensibilmente migliorare introducendo per molti Comuni l'obbligo, non la possibilità, di destinare aree per costruzioni di case popolari. Questa legge è un ottimo strumento e nelle previsioni urbanistiche dovrebbe trovare, speriamo, realizzazione. Qui molto può fare la Provincia per suggerire, ma in maniera pressante, ai Comuni di servirsi di questa legge per destinare aree all'edilizia popolare, attraverso eventualmente gli espropri se i proprietari delle stesse non volessero servirsi dell'area per ubicarvi case popolari. Io mi sarei aspettato un sì alla proposta di una conferenza, di un convegno, di una giornata, per fare un po' l'esame della situazione al riguardo. Questo sarebbe servito per una maggiore chiarificazione della situazione sia nei confronti degli amministratori comunali, sia anche nei confronti di tutte le categorie che dovrebbero essere convocate ad una simile conferenza da parte della Provincia. Sarebbe un'ottima occasione per la Provincia di fare un po' il punto della situazione in vista delle prospettive che si presentano al riguardo e delle necessità e delle rivendicazioni che noi dobbiamo saper porre con forza, non soltanto sul piano locale, ma soprattutto presso il Governo. L'Alto Adige non va considerato da questo punto di vista, soprattutto data la sua

situazione politica, un problema come tutte le altre province d'Italia. Finché a Roma considerano l'Alto Adige nei suoi aspetti economici e sociali come tutte le altre province, si sbagliano. Qui c'è una doppia ragione di dar la casa ai sudtirolesi, come c'è una doppia ragione di dar la casa agli italiani, in quanto sappiamo quale riflesso politico negativo queste situazioni, come altre situazioni di disagio economico-sociali, possono produrre sul piano politico.

Quanto dice l'avv. Bertorelle, per quanto riguarda l'Istituto Case Popolari, mi trova integralmente consenziente. Un domani che si arrivasse alla nomina del nuovo consiglio di amministrazione, bisognerebbe far sì che finalmente si esca dalle vecchie disposizioni fasciste che hanno quasi impedito la rappresentanza degli inquilini nell'Istituto Case Popolari. In fin dei conti gli inquilini dell'Istituto Case Popolari dovrebbero essere la parte principale del consiglio di amministrazione, anche se sono parte interessata, perché tutti siamo parte interessata in molti settori della vita amministrativa o politica che noi gestiamo anche come amministratori provinciali o regionali o comunali. Sono d'accordo poi anche per un ufficio di consulenza presso la Provincia per l'edilizia popolare in genere. E' una richiesta questa che è stata giustamente avanzata dalle organizzazioni sindacali in più occasioni anche recentemente. Questo ufficio sarebbe veramente uno strumento quanto mai utile. E questo lo pongo in linea con il discorso che ho fatto ieri, assente il dott. Benedikter. Ieri feci un discorso circa la necessità di istituire, presso ogni Assessorato, degli uffici ad hoc, public relations nel vero senso della parola, e lo inquadro in questa necessità già ieri indicata.

Vorrei dire all'Assessore Benedikter che spero che la commissione che gestisce la legge sull'edilizia popolare, non debba essere quella che avrà in mano un domani la politica dell'edilizia popolare, se avremo le competenze, se ci accetteranno una legge provinciale ecc., perché non è sufficiente. Niente da dire sulla commissione che gestisce questa legge, ma "gestisce,, , perché in pratica questa commissione non fa altro che prendere atto dei casi sottoposti dagli uffici della Giunta provinciale. Fra l'altro non era questa la funzione che abbiamo ad assegnare alla commissione, quando in Commissione Lavori Pubblici e Finanze — era presidente allora l'attuale on. Dietl — discutemmo a lungo delle funzioni che doveva assumere questa commissione. E' una commissione che "registra,, i casi, quei casi cioè che vengono posti sul tavolino; esamina quelli e basta. Chi ha in mano tutto sono gli impiegati dell'ufficio, verso i quali io non ho niente da dire, ma il guaio è che sono gli altri a dire, tanto è vero che sono stato sollecitato a rivolgermi al Procuratore della Repubblica per rappre-

sentare certi casi avvenuti nell'attuazione di questa legge: casi di ingiustizie palesi, di inosservanza della legge in quel di Merano ecc. Si sa anche di un certo professore, che ha fatto una riunione con l'Assessore Zelger, con Lei dott. Benedikter e con qualche altro, che dirige un grosso complesso culturale, che ha le sue radici soprattutto in Austria, il quale si è lamentato, facendo parte egli di una cooperativa, di una certa ingiustizia che sarebbe intervenuta, e vi ha anche a chiare lettere espresso i suoi pareri al riguardo. Quindi, ci sono alcune situazioni che io non so se andrò dal dott. Corrias a dirgli quello che mi hanno detto, per cui poi ci pensi lui a chiamare coloro che me l'hanno detto; ma senza dubbio bisognerà che si veda un po' meglio certi aspetti pratici relativi alle ispezioni e all'assegnazione dei punteggi che poi la commissione registra o meno, sia in ordine a casi singoli, sia in ordine a cooperative. Ma tralasciamo questo; ogni ufficio ha i suoi lati positivi e i suoi lati negativi. Non voglio fare insinuazioni, non so se sia vero, io spero che nulla sia vero, perché fino adesso ho anche dimostrato verso l'ufficio dell'edilizia popolare e verso i suoi funzionari o impiegati che siano, la mia stima e il mio interessamento, perché ho sempre avuto dei contatti che mi hanno finora convinto della capacità e della rettitudine nella conduzione della azione in questi uffici. Ma la commissione non sarà uno strumento agevole capace e sufficiente per dirigere, per gestire una simile legge un domani che l'avessimo. Ci vuole qualche cosa di diverso e soprattutto, dott. Benedikter, ci vorranno dei rappresentanti anche delle categorie interessate, cioè dei lavoratori in primo luogo, creda pure, perché sono leggi che devono servire a loro.

La situazione è preoccupante, lo sa anche Lei, c'è poco da minimizzare. Nella relazione del Sindaco di Bolzano, accompagnatoria al bilancio comunale, ci sono dei dati che fanno trasecolare. Nell'anno 1963, l'edilizia privata a Bolzano ha registrato un incremento dal 70,03% al 97,90%; l'edilizia delle cooperative è scesa dal 13,17% all'1,1% e le costruzioni eseguite dagli enti pubblici sono scese dal 16,80% all'1%. Di fronte alle situazioni che ha anche indicato il collega Bertorelle, di fronte alla situazione indicata dall'"Adige", tempo fa — mancanza di 3000 alloggi; riducetelo pure della metà, ma è sempre un dato impressionante —, queste sono le cifre dell'attività edilizia privata, delle cooperative e degli enti pubblici nel capoluogo. L'anno 1964 probabilmente non registrerà grandi cifre in aumento soprattutto nel settore cooperative. Bastano queste cifre per fotografare una situazione e una politica. Guai se continuiamo di questo passo per ancora un po' di tempo. Ritourneremo ai fuochi politici — spero soltanto politici — del passato e ci sarà più di una ra-

gione per accenderli questi fuochi, perché si ha un bel parlare di millenaria civiltà o di tradizione della cultura tedesca, ma quando ci sono migliaia di cittadini, italiani e sudtirolesi, senza una deccente casa dobbiamo ammettere per lo meno che siamo mancati. Siamo tutti mancati; la società, la struttura politica attuale ha mancato pienamente di fronte alle esigenze primordiali di molte di queste famiglie del gruppo etnico italiano e del gruppo etnico tedesco. Quindi, vediamo un po' di fare un'azione straordinaria, dott. Benedikter, dott. Magnago, Giunta provinciale e tutti, per uscire dalle secche di questa grave situazione, perché, come dico, altrimenti questa situazione condiziona negativamente anche altri settori politici, amministrativi ed economici. Costruiremo da una parte delle cose e le disfaremo dall'altra, non affrontando e non battendoci sufficientemente perché anche il Governo e gli enti preposti sufficientemente realizzino la politica che una parte notevole della popolazione desidera da tempo a questo riguardo.

Sulla diatriba tra Lei e me, a proposito dei comprensori, piani regolatori o intercomunali ecc., dott. Benedikter, Le devo ricordare che la nuova legge urbanistica prevede i piani regionali, i piani comprensoriali e i piani regolatori comunali. Ci saranno i piani regolatori comunali laddove non è utile un comprensorio: capoluoghi, grossi centri ecc.; poi i piani comprensoriali e i piani regionali. Intanto, speriamo che la legge urbanistica nazionale preveda l'eccezione delle province di Trento e Bolzano, per quanto riguarda le competenze, altrimenti qui si arriverà ad una bella soluzione, cioè che si assegneranno con la legge urbanistica i piani regionali alle Regioni, comprese le Regioni a statuto speciale, mentre non sono previste fra le competenze quelle che lo Statuto dà alla Regione. Ci saranno un piano di coordinamento provinciale, i piani comprensoriali, e gli enti comprensoriali soprattutto, che sono una cosa ben diversa dalla somma dei piani regolatori che formano piano regolatore comunale e intercomunale, la cui gestione è affidata ai vari consigli comunali messi insieme. L'adozione dei piani comprensoriali è affidata a speciali enti in cui sono rappresentati la Provincia e i Comuni. Quindi, Lei deve pensare a questa differenza notevole nella struttura e nelle competenze. Non si può dire che il piano intercomunale sia una cosa quasi simile al piano comprensoriale, né che l'ente comprensoriale sia un qualche cosa di simile alla somma dei Comuni che oggi adottano un piano intercomunale. La legge urbanistica snellisce a questo riguardo molto prevedendo appunto questi piani comprensoriali e i relativi enti. Sono quei famosi enti intermedi praticamente, di cui tante volte si parla, che nel settore urbanistico potranno agire più efficacemente e che sicuramente, considerando tutti i Co-

muni che dovrebbero ingerirsi in un piano comprensoriale, possono essere anche in gran numero. Ecco perché ravviso in provincia di Trento un salto qualitativo migliore nell'aver impostato sui comprensori, anziché sui piani intercomunali come noi, la legislazione e soprattutto l'adozione dei relativi piani. Da questo punto di vista io direi di mettersi allo studio appena — sono d'accordo con Lei — il Consiglio dei Ministri avrà proposto al Parlamento un testo, per vedere come, adottando un domani quella legge urbanistica, noi possiamo in Alto Adige operare e quali saranno le relative previsioni.

BENEDIKTER (Assessor für Volkswohnbau und Raumordnung - S.V.P.): Man könnte über diese Dinge sehr viel reden. Ich habe darauf verwiesen, daß ein Provinzgesetz kommen muß, um ein Organ zu schaffen, das die Volkswohnbauprogramme, einschließlich des Zehnjahresplanes, koordiniert. Ich habe darauf verwiesen, daß dabei der Landtag entscheiden muß, wie dieses Organ zusammengesetzt werden soll: ob es aus einer Kommission von Landtagsabgeordneten bestehen oder ein Organ sein soll, das die verschiedenen interessierten Kategorien umfaßt, damit praktisch, wenn die zweite Lösung angenommen wird, diese ständige Konferenz der am Volkswohnbau interessierten Kategorien, Ämter usw. vorhanden sei. Das Gesetz wurde so ausgearbeitet, daß es ein Organ vorsieht, welches alle interessierten Kategorien, Körperschaften und Ämter, einschließlich der Gemeinden, von Fall zu Fall umfaßt. Deswegen möchte ich in der Diskussion hierüber auf dieses Gesetz verweisen.

Ich fange nun beim letzten Punkt an. Ich habe nicht gesagt, daß wir mit unserem Landesgesetz praktisch die Frage der „comprensori“ im Sinne der zwischengemeindlichen Bebauungspläne gelöst haben, wie sie in unserem Gesetz vorgesehen sind. Diese sind keine Bezirkspläne, sondern nichts anders als die Summe von einigen Gemeinde-Bebauungsplänen. Ich habe gesagt, daß das Kompensorium nach den Erklärungen von Mitarbeitern des neuen staatlichen Urbanistikgesetzes in unserem Falle territorial gesehen dem Provinzplan gleichkommen würde. Es hätte daher keinen Sinn, noch einmal eigene Kompensorien innerhalb der Provinzebene zu schaffen, sei es für das Burggrafenamt, oder sei es für das Bozner Becken. Der „piano comprensoriale“ wäre bereits durch unseren Landesplan gegeben. Das Wichtigste ist, zu wissen, wie wir am einfachsten und am schnellsten zum Ziele gelangen, das wir erreichen wollen. Mir scheint, daß wir länger darüber reden müßten, um hier Klarheit zu schaffen.

Was die Verwaltung des Wohnbaugesetzes Nr. 4 betrifft, das Gesetz für die Kleinsparer, so muß diese

Kommission von Landtagsabgeordneten die Arbeit der Beamten bestätigen bzw. überprüfen — sie tut es nicht systematisch, sondern sie führt Stichproben durch — und die Verantwortung für die Reihenfolge der Einstufung übernehmen.

Die Vertreter der Gratscher-Genossenschaft waren auch bei mir — sie konnten nicht berücksichtigt werden, weil 2/3 der Mitglieder nicht die Mindestpunktzahl der allgemeinen Reihenfolge erreichten — und haben unter anderem auch gewisse angebliche Schwindelfälle vorgebracht. Ich bat sie um die entsprechenden Namen, damit wir etwas unternehmen können. Die Antwort war: Wir sagen keinen Namen, denn wir haben sowieso keinen Vorteil davon. Ich möchte jedermann ersuchen, sei es Landtagsabgeordnete, sei es Bürger der Provinz, bei Bekanntwerden solcher Fälle, ganz gleich, ob es sich um Beamte handelt, die sich etwas zuschulden kommen lassen, oder Geometer, die falsche Angaben machen, die Ausschußmitglieder zu verständigen, damit diese dagegen etwas unternehmen können.

NARDIN (Segretario - P.C.I.): (interrompe — unterbricht).

BENEDIKTER (Assessor für Volkswohnbau und Raumordnung - S.V.P.): Ich bin jedenfalls der Ansicht, daß es zur politischen Kontrollfunktion des Landtages gehört, in diesem Falle nicht nur allgemeine Behauptungen aufzustellen, sondern handfeste Beschwerden mit Namen vorzubringen.

Was den Verwaltungsrat des Institutes betrifft, so kann ich Folgendes sagen: Wir wissen, daß die kommissarische Verwaltung seit Jänner 1960 besteht. Im gleichen Monat ist auch das Urteil des Verfassungsgerichtshofes erschienen, das besagt, daß die Ernennung der Verwaltungsorgane Sache der Provinz, im Einvernehmen mit dem Staate, ist. Ein späteres Urteil vom Mai 1960 besagt, daß hierüber Durchführungsbestimmungen erlassen werden müssen, welche das Verfahren der Ernennung regeln. Im Februar 1961 war man nahe daran, diese Durchführungsbestimmungen zu erlassen. Sie waren bereits auf der Tagesordnung des Ministerrates. Dann ist das Ministerium Segni gefallen und die Sache wurde wieder zurückgezogen. Diesbezüglich hat es einen Schriftwechsel zwischen mir und dem damaligen Chef des Amtes für die Regionen beim Ministerpräsidium, Princivalle, gegeben. Die Verabschiedung von Durchführungsbestimmungen hängt nicht von unserem Willen ab, so daß wir nicht ohne weiteres ein Provinzgesetz erlassen könnten, um die Zusammensetzung des Verwaltungsrates zu regeln und damit auch den Verwaltungsrat zu ernennen. Der Schriftwechsel endet mit einer Mitteilung des verantwort-

lichen Beamten des Ministerpräsidiums, daß unbedingt eigene Durchführungsbestimmungen notwendig sind. Seitdem haben wir den Erlaß dieser Durchführungsbestimmungen betrieben. Wir haben erst vor zwei Monaten wiederum in aller Form erklärt und geschrieben, daß wir mit dem Erlaß solcher Durchführungsbestimmungen einverstanden wären, unabhängig von der Neufassung der Durchführungsbestimmungen über den Volkswohnbau.

Was die Haltung gewisser Gemeinden hinsichtlich des Baues von Volkswohnungen betrifft, so möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß in Terlan noch ein INA-Casa-Bau vorgesehen ist, der durchgeführt werden soll, daß in Branzoll für 16 INA-Casa-Wohnungen die Ausschreibung beschlossen wurde und durchgeführt werden soll und Branzoll jedenfalls eine italienischsprachige Mehrheit hat.

NARDIN (Segretario - P.C.I.): (interrompe — unterbricht).

BENEDIKTER (Assessor für Volkswohnbau und Raumordnung - S.V.P.): Der L. Abg. Bertorelle hat seine Beschwerde an die Gemeinden mit deutschsprachiger Mehrheit gerichtet. In diesem Falle geht es um eine Gemeinde mit deutschsprachiger Mehrheit und einer Gemeinde mit italienischsprachiger Mehrheit.

Die Aktion zur Beseitigung der Baracken in der Stadt Bozen. Von den 619 sogenannten uneigentlichen Wohnungen, die in der Volkszählung erhoben wurden, sind heute nur mehr 540 besetzt. Die anderen sind inzwischen durch Zuweisung von Wohnungen, sei es von Romita-Wohnungen, sei es von Wohnungen des Volkswohnbauinstitutes oder Wohnungen mit Bauhilfen aus dem Landesgesetz Nr. 4, beseitigt worden. Wie ich gesagt habe, ist geplant, die 64 Tupini-Wohnungen, die demnächst in Bozen zugewiesen werden sollen, zum größeren Teil Bewohnern von solchen uneigentlichen Wohnungen zuzuweisen und dabei auch ein Gebäude des ehemaligen Konzentrationslagers zu räumen. Zuletzt möchte ich die Aufmerksamkeit des Landtages auf die vor drei Wochen verteilten Statistiken über die Einteilung der auf Grund des Landesgesetzes eingereichten Gesuche lenken. Die 1723 deutschen und 900 ital. Gesuchsteller erzielten einen guten Durchschnitt — u. zw. nicht nur in Bozen, sondern in der gesamten Provinz — hinsichtlich der Wohnungsbedürftigkeit bei der deutschen wie auch bei der italienischen Sprachgruppe. Bisher konnten wir keine systematische Erhebung durchführen. Hinsichtlich der Wohnungen, die gemäß Sanitätsgesetz als unbewohnbar

erklärt werden, führen wir sehr strenge Kontrollen durch. Die entsprechenden Maßstäbe sind in der ganzen Provinz dieselben, wie sie in Bozen angewendet werden. Dabei hat sich herausgestellt, daß von den deutschen Gesuchstellern im Jahre 1962 34% in solchen ungesunden Wohnungen gelebt haben, von den italienischen Gesuchstellern 29%; im Jahre 1963 30% von der deutschen Sprachgruppe und 15% von der italienischen Sprachgruppe; im Jahre 1964 23% von der deutschen Sprachgruppe und 15% von der italienischen Sprachgruppe.

Wohnungen, die gemäß Sanitätsgesetz als unbewohnbar erklärt worden sind, dürfen, wenn die jetzigen Bewohner die Wohnung verlassen haben, nicht mehr vermietet werden. Vorbehaltlich einer systematischen Erhebung ergibt sich daraus zum ersten Male ein einigermaßen echtes Bild über die Wohnverhältnisse, wenn man die gesamte Provinz in Betracht zieht und nicht nur die Stadt Bozen.

NARDIN (Segretario - P.C.I.): Sono dichiarazioni ufficiali?

BENEDIKTER (Assessor für Volkswohnbau und Raumordnung - S.V.P.): Damit die Punktezahl anerkannt wird, muß die regelrechte Bestätigung des Bürgermeisters und des Gemeindecartes in den Akten enthalten sein, aus welcher hervorgeht, daß die Wohnung gemäß Art. 221 des Sanitätsgesetzes nach denselben Maßstäben, die vom Institut auch in Bozen angewendet werden, als ungesund gilt.

NARDIN (Segretario - P.C.I.): Non tutti hanno questa dichiarazione da parte dell'autorità competente!

BENEDIKTER (Assessor für Volkswohnbau und Raumordnung - S.V.P.): Jawohl, alle haben diese Bestätigung.

Was die Verwirklichung des Baues der Wohnungen nach dem sogenannten CEP-Plan in Haslach betrifft, so kann ich nur bestätigen, daß sich, zumindest in dieser zweiten Phase, die um 1960 begonnen haben dürfte, die Verwirklichung dieser verschiedenen Programme für rund 451 Wohnungen wegen der bürokratischen Schwierigkeiten verzögert hat. Dabei wurde, wie ihr wißt, die gesamte Durchführung dieses Programmes durch den Art. 13 der Durchführungsbestimmungen der Zuständigkeit der Provinz entzogen. Auf Grund der Übernahme der technischen Funktionen über den Volkswohnbau von seiten der Provinz wäre sie heute und seit einem Jahre in der Lage, die Pläne, bzw. auch eventuelle Preiserhöhungen, Preisanpassungen schneller zu genehmigen als es über das Ministerium und

das regionale Provveditorat für die öffentlichen Arbeiten möglich ist. Man darf deshalb behaupten, daß die Bauten in Haslach etwa um ein bis zwei Jahre schneller entstanden wären, wenn dieser Ausschluß der Provinzzuständigkeit für das CEP-Programm nicht erfolgt wäre.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? Nessuno. Passiamo agli articoli.

Art. 99 : approvato all'unanimità.

Art. 100 : approvato all'unanimità.

Art. 101 : approvato all'unanimità.

Art. 102 : approvato all'unanimità.

Art. 103 : approvato all'unanimità.

Art. 104 : approvato all'unanimità.

SPESE STRAORDINARIE

Art. 176 : approvato all'unanimità.

Art. 177 : approvato all'unanimità.

Rimane l'Assessorato ai Lavori Pubblici. Data la assenza dell'Assessore competente, i lavori saranno ripresi martedì 21, alle ore 9,30.

La seduta è tolta.

Ore 18 Uhr.